



Plenarprotokoll

113. Sitzung

Freitag, 8. Mai 2009

Bericht über die aktuelle Lage der HSH Nordbank	8387	Beschluss: Drucksache 16/2655 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	8411
Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/2655		Beschlüsse der gemeinsamen Wissenschaftsministerkonferenz vom 22. April 2009	8411
Rainer Wiegard, Finanzminister....	8387, 8401, 8406	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2641	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	8388, 8397, 8407	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 16/2641 mit Änderungen.....	8411
Frank Sauter [CDU].....	8390	Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein	8411
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	8392	Antrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/2639 (neu)	
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8393, 8404	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen.....	8411
Lars Harms [SSW].....	8396	Niclas Herbst [CDU].....	8413
Anke Spoorendonk [SSW].....	8399, 8410		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8399, 8409		
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	8400, 8404		

Astrid Höfs [SPD].....	8413	Stand und Perspektiven von Denkmalschutz und Denkmalpflege in Schleswig-Holstein.....	8433
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	8414		
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8415		
Anke Spoorendonk [SSW].....	8416	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2644	
Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 16/2639 (neu) und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	8417	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/2654	
Soziales Europa.....	8417	Beschluss: 1. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 16/2654 2. Annahme des Antrags Drucksache 16/2644 in der durch den Änderungsantrag Drucksache 16/2654 geänderten Fassung.....	8433
Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 16/2366			
Antwort der Landesregierung Drucksache 16/2611		Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags.....	8433
Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa.....	8417, 8430		
Rolf Fischer [SPD].....	8419, 8430		
Niclas Herbst [CDU].....	8422	Drucksache 16/2651	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	8423		
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8426	Beschluss: Annahme.....	8434
Anke Spoorendonk [SSW].....	8427		
Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss und den Sozialausschuss.....	8431	* * * *	
Deutsch-dänische Infrastrukturplanung intensivieren.....	8431	Regierungsbank:	
Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 16/2555		Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident	
Beschluss: Annahme.....	8432	Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen	
Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. März 2009.....	8432	Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	
Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 16/2617		Lothar Hay, Innenminister	
Detlef Buder [SPD], Berichtsteller.....	8432	Rainer Wiegard, Finanzminister	
Beschluss: Kenntnisaufnahme des Berichts Drucksache 16/2617 und Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	8433	Dr. Jörn Biel, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	
		Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren	
		* * * *	

Beginn: 10:01 Uhr

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die letzte Sitzung der 43. Tagung. Ich teile Ihnen mit, dass die Abgeordneten Heike Franzen und Thomas Stritzl weiterhin erkrankt sind. Wir wünschen ihnen von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt für die heutige Sitzung sind der Abgeordnete Günther Hildebrand sowie Minister Dr. Christian von Boetticher.

Mit der Begrüßung der Besucher warten wir, bis sie alle Platz genommen haben.

Aus diesem Grund rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 29 a auf:

Bericht über die aktuelle Lage der HSH Nordbank

Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 16/2655](#)

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind bereits in die Tagesordnung eingetreten.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich bitte zunächst um Abstimmung über den Berichts Antrag. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einstimmig ist dem so zugestimmt worden.

Ich bitte daher den Herrn Finanzminister Rainer Wiegard, den Bericht zu geben.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Ratingagentur S&P hat fünf Landesbanken zurückgestuft. Die beiden Agenturen Moody's und Fitch sehen dafür offensichtlich derzeit keine Veranlassung.

Ich denke, dass die Entscheidung der Ratingagentur aus folgenden Gründen sehr intensiv zu hinterfragen sein wird: Wir haben ein Restrukturierungskonzept beschlossen. Die Trennung von Kernbank und Konsolidierungsbank ist eingeleitet. Alle Anteilseigner unterstützen dieses Konzept. Der SoFFin hat Liquiditätsgarantien bewilligt. Hamburg und

Schleswig-Holstein werden eine Risikogarantie übernehmen und Eigenkapital in der notwendigen Größenordnung zuführen. Der SoFFin steht für gegebenenfalls notwendige Kapitalmaßnahmen für die neue Kernbank zur Verfügung. Darüber hinaus hat der Bund inzwischen seinen Widerstand aufgegeben, neue **Strukturen für Konsolidierungsbanken** zuzulassen, wie es seit langer Zeit unsere Forderung ist. Zugleich beraten Länder gemeinsam mit dem Bund über neue Strukturen der Landesbanken. Deshalb ist die Entscheidung von Standard & Poor's sehr sorgfältig zu hinterfragen.

Natürlich hat ein **Downgrade** Auswirkungen, wenn auch noch nicht im Augenblick. Ich denke, es wird einen Abfluss von bestehenden Einlagen und eine Verschlechterung der **Refinanzierungskonditionen** geben. Das kann im Augenblick durch die beantragten und bewilligten Liquiditätsgarantien des SoFFin ausgeglichen werden.

Aber auch wenn es kurzfristig möglicherweise keine Auswirkungen geben wird, auch nicht auf das Restrukturierungskonzept, so ist doch völlig klar, dass alles das, was wir derzeit an Maßnahmen ergreifen, was an Beschlüssen gefasst wurde und was derzeit diskutiert wird, das Ziel hat - und haben muss -, die Bank wieder zum A-Rating zurückzuführen. Dies gilt im Übrigen gleichermaßen für die anderen **Landesbanken**. Deshalb ist die zügige Umsetzung des Restrukturierungskonzeptes und damit Schaffung der Rahmenbedingungen ebenso unabdingbar wie die Herstellung neuer Konsolidierungsbankstrukturen auf der Bundesebene.

Zum zweiten Fragenkomplex: Alle Anteilseigner, auch Flowers und der SGV, unterstützen das Restrukturierungskonzept. Alle Anteilseigner, auch Flowers und der SGV, begrüßen, dass Hamburg und Schleswig-Holstein **Risikogarantien** abgeben. Auch Flowers und der SGV begrüßen, dass wir Eigenkapital in der beträchtlichen Größenordnung von 3 Milliarden € zuführen.

Herr Senator Freytag und ich haben in der vergangenen Woche noch einmal bilaterale Gespräche geführt und, Herr Kollege Hay, auch im Aufsichtsrat die anderen **Anteilseigner** ausdrücklich eingeladen, sich an den von Hamburg und Schleswig-Holstein beschlossenen Maßnahmen zu beteiligen. Wir haben Herrn Flowers ausdrücklich gebeten, möglichst vor dem 30. Juni noch einmal darüber nachzudenken, ob er sich nicht in der Größenordnung seines Anteils von knapp 26 %, also etwa 800 Millionen €, auch an der Eigenkapitalmaßnahme beteiligen möchte.

(Minister Rainer Wiegard)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er applaudiert wahrscheinlich!)

- Er hat jedenfalls nachdenklich genickt. Ich hoffe, dass das kein Bruch der Vertraulichkeit von Aufsichtsratssitzungen ist.

Die **Anfechtungsklage** wird nach Auffassung der Bank, der Länder und unserer Rechtsvertreter nicht von Erfolg gekrönt sein. Ich bitte um Verständnis, dass wir über die Abwehrmaßnahmen, die wir vorgesehen haben, nicht öffentlich diskutieren.

Wir haben mit der Änderung des Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetzes erwirkt - anders, als der Bund dies zunächst wollte -, dass auch wir in der Lage sein werden, auf der Hauptversammlung mit der Mehrheit der Anteile Entscheidungen zu treffen; die **Sperrminorität** ist außer Kraft gesetzt. Ich sage sehr deutlich: Es geht hier um die Festlegung des Preises für die Aktien. Ich habe kein Verständnis dafür, wenn von den Ländern verlangt wird, unter sehr hohem Aufwand Eigenkapitalmaßnahmen zu beschließen und Risikogarantien abzugeben, während diejenigen, die sich nicht daran beteiligen, davon besonders profitieren wollen. Wir werden über den **Aktienpreis** selbstverständlich ausgleichen, was wir an besonderem Aufwand leisten. Das ist derzeit der Unterschied in der Bewertung. Darüber werden wir mit den anderen Anteilseignern bis zum letzten Tag diskutieren. Ich sage sehr klar: Wir werden im Sinne des Landes Schleswig-Holstein und seiner Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Es gibt keine Bevorteilung von Anteilseignern, die sich nicht beteiligen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die dritte in dem Antrag formulierte Frage stellt sich am Ende der Diskussion, wie die **Landesbankstruktur** nach dieser Finanzkrise aussehen wird. Deshalb ist es heute schlicht und ergreifend zu früh, über Rechtsformen zu philosophieren.

Meine Damen und Herren, die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein vertreten massiv die Interessen zur Sicherung ihrer Vermögenswerte - unserer Vermögenswerte! Ich habe die herzliche Bitte, dass alle an diesem Verfahren Beteiligten - auch das Parlament, alle Fraktionen, auch die Opposition -

(Beifall bei der CDU)

an dieser Maßnahme mitwirken.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie wollen doch nur eine Bestätigung Ihres Kurses. - Zuruf

des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und das, was möglicherweise durch das Downrating an Abfluss von liquiden Mitteln erfolgen könnte - was niemand genau vorhersagen kann -, das erfolgt in demselben Umfang auch, indem in aller Öffentlichkeit permanent diese Bank in eine Diskussion gebracht wird, die sie aus Sicht der Einleger sehr kritisch bewerten lässt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Völliger Quatsch!)

- Herr Kubicki, das ist kein Quatsch, sondern das sind Fakten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Finanzminister für seinen Bericht. Es ist ein Mehr an Redezeit von zwei Minuten für die Fraktionen entstanden, die wir sofort eingeben werden.

Ich möchte die Aussprache eröffnen und erteile das Wort für die antragstellende FDP-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bedauerlich, Herr Finanzminister, dass wir immer aus der Presse erfahren müssen, was wir dann abfragen müssen, ohne dass das Parlament - und ich gehe davon aus, Sie haben Kenntnis - von Ihnen unterrichtet worden ist, in welcher Form auch immer. Wir haben eine ganze Reihe von Gremien, in denen Sie Entwicklungen, die für die Bewertung der künftigen Aussichten der **Positionierung der HSH Nordbank** relevant sind, mitteilen könnten. Das machen Sie nicht. Sie mahnen hier die Mitwirkung der Opposition an. Wir sind dazu gern bereit und haben das immer schon erklärt. Die wollen Sie doch aber gar nicht. Sie verfolgen einen Kurs, den Sie nicht hinterfragen lassen wollen. Sie geben öffentlich Erklärungen ab, die eine Halbwertzeit von wenigen Tagen haben, und appellieren an uns, dass wir dazu schweigen sollen, wenn eine Entwicklung eintritt, die wir im Hinblick auf die Risikotragfähigkeit unseres Landeshaushalts für bedenklich halten.

Ich habe schon einmal gesagt: Wir sind als Parlamentarier gewählt, um den Landeshaushalt im Auge zu behalten und nicht, um Interessenlagen Einzelner in der HSH Nordbank zu befriedigen.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich darf Ihnen sagen, dass die öffentlichen Erklärungen, die Sie hier abgeben, Standard & Poor's mit Sicherheit nicht bewegen wird, ihr **Rating der HSH Nordbank** eine Stufe nach oben oder unten zu verändern. Das können Sie übrigens den Erklärungen von Standard & Poor's selbst entnehmen, die gesagt haben, dass die unterschiedlichen **Einstufungen** aus den unterschiedlichen Herausforderungen der einzelnen Banken resultieren, dass der Kapitalbedarf und die Geschäftsaussichten die entscheidende Rolle spielen und dass die Unterstützung der Landesbanken durch die Eigentümer bereits durch einen Bonus von drei bis fünf Rating-Stufen berücksichtigt worden sei.

Wo stünde die HSH Nordbank eigentlich, wenn wir diese Entschließung nicht getroffen hätten, die in diesem Hohen Haus mit Mehrheit getroffen worden ist?

(Zuruf von der CDU: Ohne Sie!)

Haben Sie uns nicht vor einem halben Jahr noch dauernd erklärt, die HSH Nordbank sei eine erfolgreiche Geschäftsbank - der öffentliche Eigentümer würde eigentlich stören - mit einem erfolgreichen Geschäftsmodell mit herausragenden Aussichten? Sie müssen doch heute zur Kenntnis nehmen, dass der Markt - es sind nicht nur die Ratingagenturen - diese Ihre Behauptung schlicht und ergreifend hinterfragt und negativ bewertet hat. Das können Sie auch daran sehen, dass die Versicherungsprämien, die Sie für Einlagen der HSH Nordbank zu zahlen haben, heute mit zu den höchsten der Welt gehören. Das ist doch das Gegenteil von einem erfolgreichen Geschäftsmodell.

Wenn wir hören, dass es ein Downrating gibt, dann müssen wir uns doch fragen, welche Auswirkungen das hat. Und dann müssen Sie uns doch sagen - wenn nicht im Parlament hier, dann vielleicht in einem der Ausschüsse -, ob die Planungen der HSH Nordbank bezogen auf die Jahre 2009, 2010, 2011 und 2012 Bestand haben. Ich sage das noch einmal: Wenn der Vorstandsvorsitzende im November dieses Jahres kommt und erklärt, bedauerlicherweise sei man überrascht von der weiteren Entwicklung, und er brauche weiteres Eigenkapital, wird er erhebliche Probleme bekommen. Deswegen fragen wir uns, welche Auswirkungen das auf die Tragfähigkeit der HSH Nordbank hat. Denn Sie und wir als Parlamentarier insgesamt müssen den Menschen dieses Landes dann erklären, wie wir uns verhalten haben und wie wir uns weiter verhalten wollen.

Herr Minister, Ihre Behauptung, Moody's habe die HSH Nordbank nicht downgeratet ist schlicht und ergreifend falsch. Das wissen Sie. Die haben das nur schon vorher gemacht. Am 23. April 2009 hat Moody's das HSH-Rating downgeratet. Ich kann Ihnen das zeigen, Sie können das in „Boerse.de“ nachlesen. Auch Fitch ist beispielsweise bereits im März, was die Schiffsfinanzierung angeht, mit einem Downrating an das Licht der Öffentlichkeit getreten. Das ist also keine Neuentwicklung.

Aber wir fragen uns auch, wenn wir hören und lesen, was in Berlin passiert - das haben wir schon versucht, vorgestern zu erfragen -, wie es mit der weiteren Entwicklung eigentlich aussieht. Deshalb ist die Frage des **Rechtsformenwandels** eine sehr zentrale, denn die grundsätzlichen Entscheidungen sollen bis Ende Juni dieses Jahres fallen. Selbstverständlich werden Sie erleben, dass der private Aktionär Flowers, der sich mit der Maßgabe eines Börsengangs an der Bank beteiligt hat, keiner Entwicklung zustimmen kann und auch nicht wird, die darauf hinausläuft, eine **Landesbankenstruktur** mit einer oder mehreren Landesbanken in Deutschland in allein **öffentlicher Trägerschaft** zu schaffen.

Das ist Wegfall der Geschäftsgrundlage. Der wird zu Ihnen kommen und sagen: Lieber Finanzminister Wiegard, Sie dürfen mir jetzt das Geld wiedergeben, das ich in diese Bank investiert habe. Und auch darauf müssen wir uns im Zweifel einrichten. Denn unabhängig von dem Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz werden Sie einen Rechtsformenwandel ohne Zustimmung von Herrn Flowers nicht hinbekommen. Und eine **Fusion** oder eine Verschmelzung von Landesbanken mit unterschiedlichen Rechtsformen wird schlicht und ergreifend nicht möglich sein. Auch das sage ich Ihnen. Das können Ihnen Ihre Juristen, die Sie im Haus haben, vielleicht noch bestätigen.

Deshalb steht für uns auch die Frage im Raum - der 30. Juni ist nicht mehr so weit hin -: Was passiert eigentlich auf dem Feld, und wie richten Sie sich darauf ein? Welche Gespräche führen Sie jetzt bereits in welche Richtung? Ich würde Sie nur auffordern, diese Gespräche frühzeitig aufzunehmen, wenn sie noch nicht begonnen worden sind, damit wir nicht am Ende vor einem Scherbenhaufen von Entscheidungen stehen, die wir nicht mehr beeinflussen können.

Die nächste für mich zentrale Frage ist: Wenn es stimmt, was Herr Steinbrück gestern den Fraktionen von SPD und CDU im Bund vorgetragen hat, dass jedenfalls bis zur Abwicklung der **Zweckge-**

(Wolfgang Kubicki)

sellschaften über eine Laufzeit von 20 Jahren Ausschüttungen nicht mehr stattfinden werden, müssen Sie uns schon erklären, Herr Finanzminister, wie wir das mit den 40 Millionen € Zinsen jedes Jahr machen sollen, die wir für die 1 Milliarde € Eigenkapitalzuführung an die HSH Nordbank im Jahre 2008 dann dauerhaft zahlen. Was ist mit Ihrer Erklärung, dass die HSH Nordbank AG für den Landeshaushalt Schleswig-Holstein nach wie vor eine herausragende Position einnehmen könnte, dass im Jahre 2011 Gewinne erwirtschaftet werden, wenn es trotz der erwirtschafteten Gewinne zu einer Auszahlung an die Anteilseigner über eine Laufzeit von 20 Jahren nicht kommen kann?

Dann ist die nächste spannende Frage: Was ist mit Ihrer wunderbaren Erklärung des **Vermögenserhalts** bei Fusionierungen? Glaubt denn wirklich jemand ernsthaft, dass, wenn die Landesbanken Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein fusionieren, von dem Vermögenswert, den Schleswig-Holstein eingebracht hat, irgendetwas übrig bleibt, dass wir irgendetwas davon zurückbekommen? Ist diese Annahme in diesem Haus vorhanden? Und wenn sie nicht vorhanden ist, müssen wir auch diese Frage beantworten: Was machen wir auf Dauer mit den anderthalb Milliarden €, die an **frischem Kapital** durch Schleswig-Holstein zugeführt werden, und mit der **Garantieerklärung** des Landes Schleswig-Holstein? Auch das ist eine Frage, die beantwortet werden muss, denn Sie haben erklärt, der Steuerzahler sei nicht belastet worden. - Er wird auf diese Weise in erheblicher Weise belastet.

Ich bitte schlicht und ergreifend darum: Wenn Sie es ernst meinen mit der Mitwirkung der Opposition, dann nehmen Sie das Angebot von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vom SSW und von uns an. Diskutieren Sie mit uns verschiedene Modelle, möglicherweise im Beteiligungsausschuss oder auch in kleineren Gremien, aber erwarten Sie nicht, dass wir einem Kurs folgen, den wir im Ansatz für falsch halten.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki und bitte die Mitglieder des Hohen Hauses, mit dem Präsidium Kursteilnehmer der Deutschen Angestellten-Akademie aus Kiel sowie Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Heide-

Ost mit den begleitenden Lehrkräften sehr herzlich im Landtag zu begrüßen.

(Beifall)

Ich erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Frank Sauter das Wort.

Frank Sauter [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die **Herabsetzung der Bonitätsnoten** durch die Ratingagentur Standard & Poor's beunruhigt uns, auch wenn es insgesamt fünf Landesbanken betrifft. Das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen. Das entlastet uns zwar nicht, aber es zeigt, dass wir hier zumindest keinen Sonderfall HSH vorliegen haben.

Die Folgen liegen auf der Hand: Vorhandene **Liquidität** wird möglicherweise abfließen, und ich glaube, die Hoffnung ist begründet, dass das in einer Größenordnung passiert, die beherrschbar und überschaubar sein wird. Die Chancen auf neues Anlegergeld werden schlechter. Die entscheidende Frage bei schlechten Nachrichten in der Diskussion über die HSH Nordbank ist aus meiner Sicht immer die Frage: Ist die schlechte Nachricht eigentlich schon in all das eingepreist, was wir an Zukunftsszenarien auch von der Bank präsentiert bekommen haben, oder kommt das sozusagen oben drauf?

Es ist immerhin in den Begründungen der Ratingagentur festzustellen, dass die Dinge, die als Begründung herangezogen werden, bei den Beschlüssen des Landtags und auch bei Erstellen der Planungsrechnung der Bank die gravierenden finanziellen Stresssituationen und die strategischen Herausforderungen bekannt waren, sodass auch die Einschätzung der Bank die ist, die die Regierung hier vorgetragen hat und die sich auch in den ersten Reaktionen des Marktes in der Presse niederschlagen. Es gibt Anlass zur Hoffnung, dass es kurzfristig nicht zu den befürchteten negativen Auswirkungen in namhafter Größenordnung kommen wird.

Wenn der Markt ruhig und besonnen reagiert, dann sollte auch der Schleswig-Holsteinische Landtag es dem Markt gleichtun. Gebot der Stunde ist es, Kurs zu halten und die **Neustrukturierung** voranzutreiben. Dies hat auch der Oppositionsführer hier sehr eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht, und dies ist, glaube ich, auch das berechtigte Interesse und die berechtigte Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Beifall bei der CDU)

(Frank Sauter)

Meine Damen und Herren, die WestLB äußerte sich gestern zum Downgrading wie folgt:

„Wir hätten erwartet, dass die Agentur die zwischen Bund, Ländern und den Eigentümern der Landesbanken entwickelte Entscheidungsfindung abgewartet hätte.“

Dem kann ich mich nur uneingeschränkt anschließen.

Es macht zwar wenig Sinn, den Überbringer schlechter Nachrichten zu kritisieren oder zu bestrafen. Da gibt es ja viele Beispiele, wo man das nicht hätte tun sollen. Aber gerade angesichts der Erfahrungen der letzten Monate

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

sollten wir nicht erneut die Fehler machen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, nämlich die Ratingagenturen und deren Entscheidungen zu verabsolutieren.

Ich danke ausdrücklich dem „Hamburger Abendblatt“ für seine gestrige Berichterstattung, in der es eine Analyse und sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Ratingagenturen vorgenommen hat.

Ich darf erinnern: Die Kaupthing-Bank in Island wurde von Moody's bis zum 8. Oktober 2008 mit A 1 bewertet. Am 9. Oktober stellte die Bank alle Auszahlungen an ihre Kunden sowie die Liquiditätsversorgung für ihre Vertretungen im europäischen Ausland ein - einen Tag später!

Vieles von dem, was heute als „toxisches“ Investment wie Blei in den Regalen der Banken liegt - nicht nur der Landesbanken -, wurde seinerzeit von diesen Ratingagenturen mit besten Bewertungen versehen. Deswegen sage ich nicht, dass irgendetwas falsch ist von dem, was bewertet worden ist. Ich sage aber: Auch Ratingagenturen sind nicht unfehlbar. Und ich sage, dass man auch die Kritik, die an Entscheidungen von Ratingagenturen vorgetragen wird, ernst nehmen und diskutieren muss. Auch das gehört zu einem Gesamtbild.

(Beifall bei CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, ich denke, wir müssen für die Zukunft gründlicher abwägen, welche Teile der HSH-Debatte im Landtag, im Finanzausschuss oder im Beteiligungsausschuss zu führen sind, zum einen, weil wir uns zunehmend im Bereich einer fließenden Grenze zwischen politischer Debatte und Fachseminaren befinden - Fachseminaren der Betriebswirtschaftslehre oder des internationalen Bankenrechts -, und zum anderen, weil auch die

HSH Nordbank einen Anspruch auf Vertraulichkeit und Diskretion hat.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter Sauter, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Frank Sauter [CDU]:

Ich würde gern den Gedanken noch zu Ende bringen, Herr Oppositionsführer.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Dann können wir uns gern weiter unterhalten.

Es bringt doch niemanden weiter, wenn die Kollegin Heinold am Mittwoch der Regierung vorwirft, sie habe kein Konzept für die Neuordnung der Landesbanken, um sich dann zwei Tage später berichten zu lassen, mit welcher Rechtsform das angeblich nicht vorhandene Konzept in die Tat umgesetzt werden soll.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das ist nicht seriös.

Ich möchte Sie jetzt hier gar nicht mit einer eigenen Einschätzung behelligen. Ich möchte Herrn Dr. Rehm aus dem Finanzausschuss vom 19. März 2009 mit Genehmigung der Frau Präsidentin zitieren. Er sagte:

„Es wird neben all diesen Dingen auch folgender Gegebenheiten bedürfen: Vertrauen in die Organe der Bank, Disziplin der Träger und eine gute Kooperation zwischen den Trägern. Letzteres sage ich im Hinblick darauf, dass sich eine Bank wenig - um es klar zu sagen -, gar nicht für vertiefte öffentliche Diskussionen eignet. Die Bank steht im Wettbewerb. Sie steht im Fokus des Marktes und der Ratingagenturen.“

Ich sage Ihnen abschließend, meine Damen und Herren: Die Bank ist Marktteilnehmer, und es gilt die alte Feststellung: Der Markt hört mit. Die parlamentarische Befassung mit unserer Bank soll das Ziel haben, unsere Bank voranzubringen, das Vermögen dieses Landes zu sichern und Schaden von unserem Land abzuhalten. Ich hoffe, dass wir über die Fraktionsgrenzen hinweg Verfahren und Formen finden, wie wir diesem Ziel auch zukünftig gerecht werden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Frank Sauter und erteile das Wort für die SPD-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu dem Dringlichkeitsantrag und zu dem Bericht fünf Anmerkungen machen.

Erstens. Die Lage der **HSH Nordbank** ist die Lage einer Bank in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise, die wir in der Geschichte unseres Landes haben. Daher verbietet sich der Blick durch die rosa-rote Brille. Ich habe das hier schon mehrmals gesagt: Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als ob die Lage besser würde, wenn wir nur weniger kritisch darüber reden. Genauso allerdings sage ich: Es verbietet sich auch Schwarzmalerei, weil man ansonsten ein Stück Selffulfilling Prophecy betreibt und mit dazu beiträgt, dass das, was man eigentlich ändern will und ändern muss, nicht stattfinden kann. Deswegen hat die SPD-Fraktion in diesem Landtag seit Monaten bei diesem Thema die Haltung eingenommen, sich seriös und verantwortungsbewusst, aber natürlich auch durchaus kritisch zu den Dingen zu äußern, wie es übrigens unserer Verantwortung als Haushaltsgesetzgeber dieses Landes entspricht.

Zweitens. Der Umgang mit diesem Thema hier im Landtag erfordert von allen - und jeder Abgeordnete ist ja Abgeordneter des ganzen Volkes -, dass wir mit unserem **Landeseigentum** so umgehen, dass wir nicht zusätzlich Schaden anrichten. Das sage ich ganz deutlich, weil ich natürlich wahrnehme, dass die schrillen Töne in Teilbereichen das verstärken, was leider an negativen Entwicklungen ohnehin da ist.

Ich sage also durchaus: Man muss darüber reden, was im Fachausschuss passiert. Wir haben ja auch die Schwierigkeit: Wir werden einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss haben, und wir haben ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren. Ich sage allerdings auch, die **Öffentlichkeit** muss eingebunden sein in dem Maße, das dem Umstand geschuldet ist, dass wir hier mit Milliarden Garantien und -hilfen aus Steuerzahlermitteln eingreifen. Das geht nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Dies abzuwägen verlangt von jedem, dass man sich da in geeigneter Weise mit seiner Verantwortung auseinandersetzt. Ich bin nicht sicher, dass das in jedem Fall so gelingt, wie ich mir das vorstelle,

und wie das, glaube ich, auch geboten ist. Ich betone: Für mich ist das nicht der Punkt, Leuten Sand in die Augen zu streuen oder zu sagen, dass sie bestimmte Rechte nicht in Anspruch nehmen dürfen. Ich komme darauf gleich noch einmal zu sprechen. Aber ich finde schon, man muss sich immer genau überlegen, in welcher Art und Weise man über die Bank spricht.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Das hat die SPD-Fraktion hier all die Monate so durchgehalten. Dabei werden wir auch bleiben.

Drittens. Die Ratingagenturen sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems, weil sie - mir geht es gar nicht um die Bewertung - Einfluss nehmen. Sie haben diesen Einfluss in der Vergangenheit auch genommen. Ich habe aus diesem Hohen Haus schon viele flotte Bemerkungen gehört, wer das angeblich alles verursacht habe. Ich will darauf hinweisen, dass es hochbezahlte Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, hochbezahlte Ratingagenturen und andere waren, auf deren Bewertungsgrundlagen gehandelt worden ist, und zwar immer mit dem Hinweis: Weniger Kontrolle, weniger Staat und mehr Macht. Das war die Lage in der Vergangenheit, und das von privat organisierten Interessenvertretungen, die teilweise an den Produkten selbst beteiligt gewesen sind, die sie mit entsprechenden Bewertungen ausgestattet haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer das nicht ändert und wer das ignoriert, der ist politisch naiv oder aber begreift nicht, welche Folgerungen aus dieser Krise auch zu ziehen sind.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Die Interessen des Landes Schleswig-Holstein - da wiederhole ich das, was ich vorgestern gesagt habe, weil es mir außerordentlich wichtig ist, das noch einmal festzustellen - können nur wahrgenommen werden, wenn entschlossen und frühzeitig bei Zukunftskonzepten mitgewirkt wird

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

und wenn alle, die da mitzureden und das mitzutragen haben, auch informiert und eingebunden werden. Sonst geht das nicht, sonst wird man nichts erreichen. Schleswig-Holstein ist klein. Das Argument, man müsse alles Mögliche erst abwarten, ist sicherlich richtig bezogen auf die Konsequenz, was die **Rechtsform** angeht. Insgesamt ist es aber nicht richtig. Wenn wir die Weichen nicht mit stellen, dann werden wir mit befördert, und zwar ohne jede Form von Einfluss.

(Dr. Ralf Stegner)

Deswegen sage ich, dass das nicht so sein kann, und deswegen füge ich hinzu - das sage ich auch jedes Mal, aber es ist jedes Mal richtig und muss immer wieder in Erinnerung gerufen werden -: Dieser Landtag hat mit den Resolutionen die Zielrichtung vorgegeben, und das glasklar und ohne jedwede Interpretationsmöglichkeit.

Damit bin ich bei meinem fünften Punkt. Nein, Herr Hentschel, ich spiele überhaupt nicht Opposition, sondern ich nehme die Verantwortung wahr, die dieses Haus wahrzunehmen hat. Die SPD-Fraktion lässt sich das auch nicht nehmen. Das will ich ganz deutlich sagen. Mit Opposition hat das überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei SPD und FDP)

Sie sollten das nicht kritisieren, weil Sie das vielleicht in Teilen nicht so machen, wie ich das eben beschrieben habe. Der fünfte Punkt betrifft nämlich alle. Das ist der einzige Punkt, bei dem ich mich auch noch einmal kritisch nach rechts wenden möchte.

Herr Finanzminister, ich glaube schon, dass der, der Vertrauen einfordert - das ist zu Recht geschehen -, die **Informationspolitik** gegenüber diesem Haus und allen, den Regierungsfractionen und den Oppositionsfractionen, in der Weise ausgestalten muss, dass man nicht das tut, was gerade eben nötig ist, sodass wir möglichst solche Dringlichkeitsanträge wie heute gar nicht brauchen, sondern dass das in einer Form geschieht, dass alle hier im Haus das auch machen können, wozu ich Sie eben zu ermahnen versucht habe. Das ist ein Anspruch, den alle Fraktionen hier im Haus haben - die Regierungsfractionen und auch die Oppositionsfractionen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte das für außerordentlich wichtig, weil ich wirklich glaube, dass da, gerade was den Bankvorstand angeht, in der Vergangenheit so viel danebengegangen ist. Wenn wir so viele Dinge hier erörtern, nachdem sie in den Zeitungen gestanden haben, ist es sehr schwierig, damit umzugehen, wenn wir das an dieser Stelle nicht ein wenig offensiver machen.

Deswegen wäre mein dringender Rat, dass wirklich alle Beteiligten versuchen, dieses Thema nicht zur parteipolitischen Profilierung zu nutzen - das ist nämlich aus meiner Sicht nicht sinnvoll, dann tun wir für unser Eigentum nichts Gutes -, sondern dies aus der Verantwortung für die Sache heraus zu tun. Ich sage Ihnen: Wer immer sich hier anders verhält,

die SPD-Fraktion wird dabei bleiben. Das entspricht nämlich unserer Verantwortung als Regierungsfraction, Herr Kollege Hentschel, die wir mitgestalten wollen, dass es mit unserem Eigentum besser wird, dass wir keinen Schaden anrichten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler über das hinaus, was schon da ist, und dass wir das Gewicht der Landesinteressen so einbringen, wie das die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes von uns allen erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Vorsitzenden der SPD-Fraktion und erteile das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, vor zwei Tagen haben Sie uns hier noch weismachen wollen, dass Sie in aller Ruhe bis Oktober ein Konzept für die **Neustrukturierung der Landesbanken** arbeiten. Das war eine Farce. Schon Mittwochmorgen konnten wir in der Zeitung lesen, dass die Diskussionen in Berlin längst laufen, Ihr Ministerpräsident mit dabei. Ich weiß nicht, ob Ihre Kommunikation untereinander nicht funktioniert, aber es ist einfach absoluter Mist, dass wir ständig aus der Presse mehr erfahren als von Ihnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Deshalb unterstütze ich es natürlich, wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD den Finanzminister ermahnt - das hat er getan -, endlich seine Informationspolitik zu verbessern. Das hat unsere ausdrückliche Unterstützung. Bei dieser Mahnung sind wir mit dabei. So wie bisher kann das nicht weitergehen. Die Realität der Verhandlungen in Berlin darf uns doch hier nicht überholen, indem wir sozusagen immer hinterherhinken.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Frau Abgeordnete Heinold, erlauben Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Carstensen?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

(Monika Heinold)

Peter Harry Carstensen [CDU]: Frau Kollegin Heinold, können Sie dem Hohen Haus bitte bestätigen, dass Sie von mir am Mittwochmorgen über die Sitzung am Dienstagabend in Berlin sofort informiert worden sind?

- Herr Ministerpräsident, wenn ich mich richtig erinnere, waren Sie am Mittwoch nicht im Haus,

(Peter Harry Carstensen [CDU]: Am Mittwochnachmittag!)

sondern Sie waren nach der Debatte im Haus. Sie haben mich darüber informiert, dass Sie sozusagen in den Nachrichten gehört hätten - so habe ich das auf jeden Fall empfunden -, dass die Debatte hier nicht optimal gelaufen sei und dass Sie deshalb darum bitten, dass wir zukünftig regelmäßig alle zwei bis drei Wochen bei Ihnen im Amtszimmer Gespräche führen, um zu einer verbesserten Information zu kommen. Ich habe Ihnen gesagt, dass ich dazu selbstverständlich bereit bin.

Ich sage hier auch in aller Deutlichkeit: Dieses Parlament hat in einer **Resolution** beschlossen, dass der Landtag, der Finanzausschuss, der Beteiligungsausschuss informiert und beteiligt werden wollen. Darauf bestehe ich trotz aller Angebote zum Dialog.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Carstensen?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Peter Harry Carstensen [CDU]: Frau Kollegin Heinold, darf ich etwas genauer fragen?
- Können Sie bestätigen, dass ich Sie am Mittwochnachmittag, nachdem ich ins Parlament zurückgekehrt bin, über die Diskussion, über die Verhandlungen und über die Ergebnisse vom Dienstagabend unterrichtet habe?

- Herr Ministerpräsident, es war ja erkennbar, dass wir beide dort vorn an einem runden Tisch stehen und Sie mir vom Abend vorher berichtet haben.

(Zurufe von der CDU)

Ob Sie mich dort vollständig informiert haben oder nicht, kann ich nicht bestätigen, weil ich nicht dabei war.

(Unruhe bei der CDU)

- Ich war ja am Dienstagabend nicht dabei. Aber die Frage, wie ein Parlament informiert und beteiligt wird, das ist eine ganz andere Frage. Wir hatten am Mittwochmorgen hier eine öffentliche Debatte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und in dieser öffentlichen Debatte hat der Finanzminister noch einmal bestätigt, dass bis Oktober ein Konzept ausgearbeitet werden soll, wohl wissend, dass am Abend vorher in Berlin gesagt worden ist: In zwei bis vier Wochen werden wir die Sache einschließlich Rechtsform zwischen den Ländern entscheiden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Frau Abgeordnete Heinold, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Spoorendonk?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Anke Spoorendonk [SSW]: Frau Abgeordnete, haben Sie dieses Gespräch mit dem Ministerpräsidenten so aufgefasst, dass es jetzt stellvertretend an die Stelle der öffentlichen Information im Plenum oder in Ausschüssen tritt?

(Zurufe von der CDU)

- Frau Spoorendonk, ich habe es als ein Angebot verstanden, den Dialog zukünftig zu verbessern. Das war die Intention des Ministerpräsidenten. Ich finde es gut, wenn er sich einschaltet und sagt: Bisher ist die Information nicht optimal gelaufen, wir müssen das verbessern. Er bietet zukünftig Gespräche an. Ich hoffe, dass er das allen anbietet, damit die Landesregierung nicht weiter im stillen Kämmerlein ihre Konzeption macht, sondern damit wir gemeinsam im Interesse des Landes ein vernünftiges Konzept finden.

(Beifall bei den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist nicht das Parlament, das hier Vermögensvernichtung betreibt, wie immer wieder gesagt wird, sondern es sind die schlechten Nachrichten. Wir sind doch nicht dafür verantwortlich, wenn ein Vorstandsvorsitzender mit großem Brimborium fristlos entlassen wird, weil er

(Monika Heinold)

anscheinend Unterlagen durchgereicht hat. Wir sind auch nicht zuständig für Vorfälle in New York. Solche Hiobsbotschaften kommen sozusagen auf uns zu, und ich bemühe mich schon, nur jede zweite zu kommentieren, um es der Bank nicht zu schwer zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Neu - und deshalb unser Dringlichkeitsantrag - ist jetzt das **Downgrading**. Ich sage Ihnen, Herr Sauter: Natürlich sind **Ratingagenturen** nicht unfehlbar. Ich habe erhebliche Kritik an dem, was die Ratingagenturen zu verantworten haben.

Herr Landesvorsitzender, Herr Ministerpräsident, es wäre nett, wenn Sie - Draußen steht ein schöner runder Tisch, wie ich aus meiner Erfahrung weiß.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Frau Abgeordnete, dafür ist das Präsidium zuständig.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Das würde mich freuen, ja, vielen Dank.

Noch einmal zurück zu den Ratingagenturen: Natürlich sind diese nicht unfehlbar. Die Ratingagenturen tragen hohe Verantwortung für das, was schiefgelaufen ist. Aber, Herr Sauter, es hilft uns doch nicht weiter, wenn wir jetzt die Ratingagenturen beschimpfen. Die **Herabstufung** auf **BBB+** ist es doch, die der HSH Nordbank zukünftig das Leben extrem schwer macht. Der Finanzminister hat das doch geschildert: Es sind Investmentfonds, es sind institutionelle Anleger, die ihr Geld abziehen oder nicht mehr anlegen dürfen. Das ist die reale Konsequenz. Darüber muss die Landesregierung informieren, und die HSH Nordbank muss sagen, wie sie das hinbekommen will.

Es wird ja auch insgesamt teurer für die HSH Nordbank. Auch das ist eines der Probleme. Schon die 10 Milliarden €, die die **Anteilseigner** jetzt garantieren sollen, führen dazu, dass die HSH Nordbank 400 Millionen € jährlich aufbringen muss, um die Gebühr dafür zu bezahlen.

Wenn es so weitergeht, werden auch die 30 Milliarden € **Garantie** beim SoFFin ausgeschöpft werden. Dabei sind die Zinssätze sehr unterschiedlich. Sie

reichen von weniger als 1 % bis zu mehr als 1 %, je nachdem, wie was in Anspruch genommen wird. Gehen wir einmal von einem Durchschnitt von 1 % aus. Bei 30 Milliarden € sind das noch einmal 300 Millionen € an **Gebühreuzahlungen**. Das heißt, die HSH Nordbank hätte zukünftig 700 Millionen €, die allein an Gebühren herausgepresst werden, und das - das muss man sich immer wieder vergegenwärtigen - bei einem Jahresgewinn von 250 Millionen € in guten Zeiten!

Deshalb ist es eindeutig so: Das **neue Geschäftsmodell** steht auf sehr dünnem Eis. Alles, was jetzt sozusagen noch einmal querschießt - das ist natürlich die Herabstufung im Rating -, macht es für die Landesbank schwer und erfordert umso dringlicher, dass die Landesregierung alles, was in der Resolution verabschiedet und festgeschrieben wurde, auch umsetzt.

Ich komme noch einmal zur Resolution, Herr Finanzminister. Dort ist festgeschrieben - dafür bin ich der Großen Koalition sehr dankbar -, dass es zukünftig **Zielvereinbarungen** geben soll, Zielvereinbarungen mit dem Vorstand. In diesen Zielvereinbarungen soll festgeschrieben werden, wie das, was der Landtag hier beschlossen hat, umgesetzt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Herr Finanzminister, ich frage Sie hier und heute: Wie ist das mit den Zielvereinbarungen? Haben Sie damit begonnen, diese Zielvereinbarungen mit der Bank aufzustellen, oder ignorieren Sie auch diesen Parlamentsbeschluss nach dem Motto „Ich wurschtele mich da schon irgendwie durch“?

Die Herabsetzung durch Standard & Poor's ist auch deshalb so unbefriedigend, weil es ja gleich **zwei Stufen** waren, die die HSH Nordbank runtergepurzelt ist. Auch da hat sie leider wieder schlechter abgeschnitten als andere Landesbanken. Vor allen Dingen muss uns die Begründung auch Sorge machen. Die **Gründe** für diese Herabstufung um zwei Stufen sind ja nicht nur die strukturierten Finanzprodukte, sondern es sind auch die **Immobilienfinanzierung** und die **Schiffsfinanzierung**, es sind genau die Bereiche, auf denen unsere neue, gesunde **Kernbank** beruht. Das ist tatsächlich ein ernst zu nehmendes Problem. Da stellt sich mir natürlich die Frage, ob denn diese dubiose Liste - 105 Milliarden € **Risiko** bei der HSH Nordbank -, die es angeblich bei der **BaFin** gibt, ob die von uns nicht doch ernster genommen werden muss, als wir das bisher getan haben. Das wurde vom **Vorstand der Bank** bisher als nicht ernst zu nehmen abgetan.

(Monika Heinold)

Herr Ministerpräsident, ich erwarte für meine Fraktion, dass Sie in Berlin - abgestimmt mit dem Parlament - sehr klar eine Konzeption verfolgen, die deutlich macht, dass sich diese **sieben Landesbanken** überholt haben. Wir brauchen im **Bund** oberhalb des Sparkassensektors nur noch ein **zentrales Finanzinstitut**. Die Länder müssen sich mittelfristig rausziehen, und es muss sichergestellt werden, beispielsweise über Filialen, dass die Kompetenz, die es hier in der Region gibt, erhalten bleibt und dass die Anbindung zur **regionalen Wirtschaft** erhalten bleibt, damit es nicht unsere Betriebe sind, die letztlich im Regen stehen, weil wir uns in Berlin nicht im Interesse unseres Landes eingebracht haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Heinold und erteile für den SSW im Landtag Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum zweiten Mal in dieser Woche hat die Landesregierung die Chance, uns allen hier im Landtag zu veraten, was sie eigentlich mit der HSH Nordbank will. Statt diese Chance zu nutzen, macht uns die Landesregierung vor, wie man geschlossen zusammenhält: Die Augen zu, die Ohren zu und vor allem den Mund zu.

Ich muss allerdings sagen, dass mir diese Problemlösungsstrategie langsam auf die Nerven geht.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anscheinend hat die Landesregierung den Ernst der Lage immer noch nicht verstanden. In Sachen HSH Nordbank geht es schon lange nicht mehr darum, ob man hier oder da noch ein „Milliönchen“ der Steuergelder der schleswig-holsteinischen Bevölkerung loswerden muss, damit die HSH wieder den richtigen Kurs einschlägt. Die HSH Nordbank hat nicht mehr nur Schlagseite, sondern droht zu kentern.

Kollege Sauter hat in seiner Rede zur HSH Nordbank am Mittwoch deutlich gemacht, dass es in Schleswig-Holstein erst einmal darum geht zu wissen, was wir wollen und was wir können. Ich frage mich langsam: Was macht die Landesregierung die ganze Zeit? Seit Frühling 2008 ist diesem Parla-

ment bewusst, dass die HSH Nordbank Schlagseite hat, und seitdem wartet die Landesregierung. Sie wartet - aber auf was eigentlich? Darauf, dass es wieder keine Alternativen mehr gibt? Minister Wiegand hat deutlich gemacht, dass zumindest er darauf wartet, dass die getroffenen **Beschlüsse des Landtags** umgesetzt werden. Prima! Das reicht aber nicht. Um die von der Großen Koalition beschlossenen **Resolutionen** umzusetzen, muss die Landesregierung auch etwas tun. Früher war es schon schlimm genug, dass die Landesregierung nur reagierte statt agierte. Aber jetzt reagiert sie noch nicht einmal mehr.

Bisher hat die HSH Nordbank fröhlich nach außen kommuniziert, dass man noch das Rating „A“ oder „A-“ und damit auch das Vertrauen der Investoren besitze. Nachdem die Ratingagentur Standard & Poor's die HSH heruntergestuft hat, wird es nicht mehr nur schwer, das gerade noch gefeierte Geschäftsmodell umzusetzen, sondern vor allem auch, an genügend **Kapital** zu kommen. Ob die Ratingagentur auf das Geschäftsmodell und die darin bereits von der Opposition als nicht tragfähig eingeordneten Geschäftsfelder Immobilien und Schiffsfinanzierung reagiert oder ob S&P auf alle anderen Negativschlagzeilen der Bank reagiert, ist bisher noch unklar.

Unklar ist auch, ob die beiden anderen großen Ratingagenturen nachziehen werden. Ganz unabhängig davon, wieso das **Downgrading** geschehen ist und ob Moody's und Fitch Ratings mitziehen, wissen wir aber eins auch heute schon ganz sicher: Das Problem hat erst einmal unser Land Schleswig-Holstein. Vor einem Monat haben **Hamburg** und **Schleswig-Holstein** der HSH Nordbank nicht nur 3 Milliarden € **Eigenkapital** versprochen, sondern vor allem auch 10 Milliarden € **Garantien**. Dass die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Garantie von Bankexperten bei 40 % lag, hat vor einem Monat kaum jemand geglaubt. Wie hoch das Risiko jetzt liegt, möchte ich eigentlich gar nicht mehr hören, denn egal, was Bankenexperten sagen: Es ist zu hoch für das Land Schleswig-Holstein und für die Steuerzahler, viel zu hoch!

Als ob das Downgrading der HSH Nordbank nicht schon schlimm genug wäre, hat der **Privatinvestor** Flowers jetzt auch noch eine **Anfechtungsklage** gegen die durch den Aufsichtsrat vorgeschlagene Kapitalerhöhung eingereicht. Mal ganz davon abgesehen, dass Herr Flowers ausreichend Gelegenheit hatte, sich an der Kapitalerhöhung zu beteiligen, hat er eben Pech gehabt. Wenn aber ein Gerichtsurteil belegen sollte, dass die Aktien der HSH mit 11 bis

(Lars Harms)

20 € zu niedrig bewertet werden, könnte das beim eventuellen **Abkauf der Sparkassenanteile** der HSH ein teures Vergnügen für unser Land Schleswig-Holstein werden.

Der **Fusionsdruck** auf die HSH Nordbank steigt von Tag zu Tag, die Aussichten werden dagegen von Tag zu Tag düsterer. Und nicht zuletzt die BaFin droht jetzt schon damit, dass, wenn die Landesbanken nicht bis Juli ein Fusionsmodell vorgeschlagen haben, ihnen der Ausschluss aus dem **SoFFin-Rettungspaket** droht.

Und unsere Landesregierung? - Aufgabe der Landesregierung ist es, als einer der Anteilseigner die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die HSH Nordbank überleben kann. Bisher gibt es aber kein Konzept, keine Verhandlungen, keine vorgeschlagene Richtung. Vor einem Jahr hat die Landesregierung schon versagt und wiederholt jetzt Monat für Monat und Woche für Woche, was sie am besten kann, nämlich abwarten und nichts tun. Sechs von **sieben Landesbanken** sind in Bewegung gekommen, um sich zu retten. Nur eine, die bewegt sich nicht - die HSH Nordbank. Und das haben wir auch gerade der Landesregierung zu verdanken.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur fürs Protokoll: Auch mich hat am späten Nachmittag des vorgestrigen Tages der Ministerpräsident zu sich gebeten, um mir zu erklären - das gebe ich jetzt auch zu Protokoll -, dass er mit Frau Kollegin Heinold und mir gern einmal über die Zukunft der Landesbank Schleswig-Holstein, die HSH, sprechen möchte. Er hat mitgeteilt, dass es am Dienstagabend ein aus seiner Sicht sehr erfolgreiches Gespräch beim Bundesfinanzminister gegeben habe, und er uns darüber dann auch unterrichten wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Frank Sauter [CDU])

Wenn das die Form der **Unterrichtung** ist, Kollege Sauter, können wir uns das künftig sparen.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, er hat den Eindruck erweckt, er habe unterrichtet, was mitnichten der Fall ist. Jedenfalls bei mir war das nicht der Fall.

Herr Kollege Sauter, unabhängig davon habe ich Verständnis dafür, wenn Sie eine Bewerbungsrede für den Parteitag halten. Aber Sie sollten bei all dem, was Sie tun, vielleicht die Realität auch noch ein bisschen im Auge behalten. Auf die Frage, ob wir Kritik an den **Ratingagenturen** üben oder nicht, kommt es überhaupt nicht an. Denn erstens sind diese davon völlig unbeeindruckt, zweitens können wir das **Regelwerk**, was weltweit, jedenfalls europaweit gilt, nicht außer Kraft setzen. Sie wissen, dass die **Kategorisierung** der Ratingagentur S&P für die Benotung nach **Basel II** unabdingbar ist. Das ist dort festgeschrieben. Nach diesen Ratingkriterienfestschreibungen bei Basel II muss künftig eine stärkere **Eigenkapitalunterlegung** von den Unternehmen erfolgen, die mit der HSH Nordbank Geschäfte machen wollen. Sie wissen genauso wie ich, dass bei vielen Anlegern in deren Satzung steht, dass dann, wenn das Rating bei S&P unter A fällt, also auf B fällt, auch auf **Triple-B** fällt, es ihnen satzungsmäßig verboten ist, mit der entsprechenden Bank, also der HSH Nordbank, Geschäfte zu machen. Das wird uns demnächst auch noch in gewisser Weise weiter beschäftigen.

Aber ich werde es langsam leid - -

(Tobias Koch [CDU]: Wir auch!)

- Sie auch, ja. Ich kann das verstehen, weil Sie sich dafür rechtfertigen müssen, Herr Koch. - Ich bin es leid, dass Sie immer so tun, als würden Sie an einer Entwicklung teilnehmen, die über Sie hinwegrollt. Wenn dieses Land bis Ende Juni 2009 nicht erklärt, dass es an der **Fusion von Landesbanken**, einem Zusammenschluss von Landesbanken, teilnimmt, dann werden wir schlicht und ergreifend ausgeschlossen, Herr Minister, ausgeschlossen von den Maßnahmen, die der Bund auf den Weg bringt.

Ich weiß, dass Sie mir nicht glauben. Das war in der Vergangenheit immer schon so. Und ich weiß, dass Sie immer von der Wirklichkeit überholt worden sind. Ich will das nur zum Besten geben. Lesen Sie doch einfach einmal in der „Welt“ nach, was Herr Steinbrück erklärt hat:

„Steinbrück kritisierte erneut das Verhalten von Landesbanken, die besonders betroffen sind.“

Damit meint er auch die HSH Nordbank.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Kubicki, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Kubicki, können Sie mir zeigen, wo die von Ihnen oft zitierte Frist vom 30. Juni 2009 schriftlich - in einem Gesetz oder sonst irgendwo - niedergelegt ist, oder handelt es sich hierbei nicht vielmehr um eine Einzelaussage des Bundesfinanzministers?

- Ich zitiere den Bundesfinanzminister aus Presseveröffentlichungen. Genauso wie Sie und der Ministerpräsident habe ich Presseveröffentlichungen in dieser Art und Weise bislang vertraut, weil sie sich im Nachhinein als wahr herausgestellt haben.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Erlauben Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Koch?

Tobias Koch [CDU]: Halten Sie Einzeläußerungen eines Bundesfinanzministers für ausschlaggebend und für uns in Schleswig-Holstein maßgeblich, wo wir doch gleichzeitig sagen, wir akzeptieren es nicht einmal, wenn uns der Bundesgesetzgeber eine Schuldenbremse vorschreibt? Dagegen würden wir verfassungsrechtlich klagen. Hier machen Sie eine Einzelmeinung als maßgebliches Instrument fest.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Koch, die Frage der Haushaltshoheit ist eine verfassungsrechtliche Frage, die von Einzeläußerungen des Bundesfinanzministers unabhängig ist - genauso wie von Äußerungen des Deutschen Bundestages. Das ist erstens eine verfassungsrechtliche Frage, die im Zweifel durch das Verfassungsgericht geklärt werden muss. Zweitens nehme ich den Bundesfinanzminister, der der Bundesregierung angehört, die auch von Ihrer Partei getragen wird, genauso ernst wie Ihre Bundestagsfraktion. Aus der Bundestagsfraktion der CDU kommen nämlich entsprechende Erklärungen, dass die Sache bis zu einer bestimmten **Frist** geregelt sein muss, weil sonst den Steuerzahlern nicht zu vermitteln ist, dass der Bund mit weiteren Mitteln eintreten soll.

Ich empfehle Ihnen dazu als Lektüre heute - das sind mehr als drei Minuten - die Darstellung im „FAZ.NET“: Steinbrück legt überarbeitetes „Bad-Bank“-Modell vor. Ich empfehle auch, die Aussagen von Herrn Kampeter und Herrn Schneider zur Kenntnis zu nehmen.

Darf ich das fortführen, Frau Präsidentin? - Selbstverständlich meint der Bundesfinanzminister auch die HSH Nordbank. Das wissen Sie genauso wie ich. Ich könnte das zitieren. Auch die BaFin meint die HSH Nordbank, wenn sie von Landesbanken redet, die sich bis zur Halskrause mit Papieren vollgepumpt haben, die sich heute als „Schrottpapiere“ und als „toxisch“ erweisen.

„Der Finanzminister“ - so heißt es in der „Welt“ vom 8. Mai 2009 - „will den Ländern nur dann Hilfen bei der Auslagerung gewähren, wenn sich die Landesbanken in absehbarer Zeit zusammenschließen.“ In absehbarer Zeit ist für ihn Mitte des Jahres. Das muss übrigens auch so sein - Herr Kollege Koch, daran erkennen Sie, wie intelligent Ihre Frage war -, weil der Gesetzgeber des Bundes nur noch bis zum 27. September 2009 im Amt ist und es danach einen neuen gibt. Insofern gibt es eine Fristsetzung, die logischerweise auch etwas mit dem jetzigen Modell zu tun hat.

Ich empfehle noch einmal, in der „FAZ“ nachzulesen, wie das Modell aussieht. In den nächsten 20 Jahren muss die Bank aus Gewinnen die Differenzbeträge in die **Zweckgesellschaft** einzahlen. Ich erwarte schlicht und ergreifend eine Antwort auf die Frage, was eigentlich mit dem **Anteil Schleswig-Holsteins** und der **Verzinsung dieses Anteils** in den nächsten 20 Jahren werden soll.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter, die Zeit!

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ein letzter Satz. Frau Präsidentin, ich wäre dankbar, wenn Sie bei der Opposition mit der Zeit genauso gnädig wären wie bei den Regierungsfractionen. - Nicht die Politiker, die immer gescholten werden, haben die Verluste der HSH Nordbank eingefahren. Nicht die Politiker haben sich mit „Schrottpapieren“ vollgesogen. Nicht die Politiker haben erklärt, dass sie in den nächsten zwei Jahren weitere Verluste anhäufen werden und damit das Eigenkapital aufgezehrt wird, das wir gerade hinzuführen. Das waren Bankmanager. Ich wäre froh, die würden sich in der Öffentlichkeit mit ihrer Kritik momentan etwas zurückhalten und nicht wir.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Herrn Abgeordneten Carstensen ausgesprochen dankbar dafür, dass er die Kollegin Heihold in einer Zwischenfrage daran erinnert hat, dass es am späten Nachmittag am Mittwoch ein kurzes Gespräch über die Verhandlungen gegeben hat, die am Dienstag geführt worden sind. Ich bin dem Kollegen Kubicki ausgesprochen dankbar dafür, dass er das bestätigt hat. Darum sage ich: Der SSW ist in keinster Weise über Gespräche informiert worden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir auch nicht!)

Wir haben keine Gespräche mit dem Ministerpräsidenten oder dem Finanzminister am späten Nachmittag am Mittwoch oder sonst wann geführt.

Ich erinnere daran, dass die Abgeordneten des SSW nach der Geschäftsordnung dieses Landtages die Rechte und Pflichten einer Fraktion haben. Eine Unterrichtung des Parlaments kann nicht dadurch ersetzt werden, dass der Ministerpräsident vor dem Plenum Gespräche an einem runden Tisch mit ausgewählten Abgeordneten führt.

(Beifall bei SSW, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Dafür gibt es Gremien dieses Parlaments. Es gibt Ausschüsse. Es gibt den Beteiligungsausschuss. Es gibt den Ältestenrat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen schon zu, dass ich dieses Thema in die nächste Sitzung des Ältestenrates bringen werde.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas zur **Informationspolitik** sagen. Herr Carstensen, ich finde es gut, wenn Sie ankündigen, dass sich etwas bessern soll und Sie in Zukunft regelmäßig Gespräche mit den Fraktionen führen wollen. Das halte ich für eine gute Sache. Das ist okay. Wir haben ein Jahr ständig darum gebeten, haben mehrfach dazu aufgefordert, haben mehrfach gesagt, es müsse sich etwas verbessern. Selbst einer der Fraktionsvorsitzenden der beiden Regierungsfractionen tritt hier auf und sagt, dass die Informationspolitik so nicht weitergehen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich erwarte nicht, dass Sie das in einem Nachmittagsgespräch tun, nachdem wir am Vormittag hier über die HSH Nordbank geredet - wir haben hier im Landtag am Vormittag darüber geredet! - und keine Informationen bekommen haben. Nachdem die Landtagsdebatte vorbei ist, kommen Sie und informieren zwei Fraktionen. Den SSW haben Sie offensichtlich nicht informiert. Mich würde interessieren, ob Sie die beiden Regierungsfractionen informiert haben. Anscheinend nicht. Es nickt keiner. In dieser Art und Weise kann es hier nicht weitergehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich erwarte, dass Sie Ihrem Finanzminister den Kopf waschen, Herr Ministerpräsident, wenn Sie das wirklich ernst meinen, und ein deutliches Wort sagen und dass in Zukunft die normalen **Regeln der parlamentarischen Information** eingehalten werden. Es muss selbstverständlich sein, dass, wenn wir hier eine parlamentarische Debatte führen, die Informationen innerhalb der Debatte auf den Tisch kommen und nicht hinterher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte noch etwas zu der Frage der **Fusion** sagen. Ich bin entsetzt über das, was zu der Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Koch angeklungen ist. Er tut so, das sei das alles überhaupt nichts und als sei das eine nebensächliche Meinung, die Herr Steinbrück geäußert habe. Erstens ist Herr Steinbrück der zuständige Bundesfinanzminister. Wenn er sich äußert, muss man das in gewisser Weise ernst nehmen. Was wollen Sie hier im Land sonst überhaupt noch ernst nehmen?

(Karl-Martin Hentschel)

Ich lese einmal eine Reuters-Meldung vom 6. Mai vor:

„In Bund- und Länderkreisen hieß es unterdessen, das geplante ‚Bad-Bank‘-Modell der Bundesregierung zur Entgiftung der Bankbilanzen würde wohl nur wenigen Landesbanken nutzen.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

„Die von Steinbrück aufgestellten Hürden seien einigen Landesregierungen zu hoch. Steinbrück will den Banken nur Hilfen gewähren, wenn Fortschritte bei der Umstrukturierung des öffentlich-rechtlichen Bankensektors gemacht werden.“

Herr Steinbrück sagt an einer anderen Stelle, dass die **Landesbanken** fusionieren müssen. Das hat Herr von Beust aus Hamburg gestern mitgeteilt, immerhin auch ein Regierungschef, möglicherweise aber völlig irrelevant. Aber auch er hat etwas mit der HSH Nordbank zu tun. Er sagt, dass die Landesbanken fusionieren müssen, weil sie sonst kein Geld kriegen. Und dann stellt der Abgeordnete Koch der Regierungsfraktion und der zuständige Sprecher einer der beiden Regierungsfaktionen eine Frage und meint, das sei völlig irrelevant. Erstens ist er von seiner Regierung offensichtlich überhaupt nicht informiert worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zweitens ist das blindäugig. Das muss man deutlich sagen. Offensichtlich liest er nicht einmal mehr die normalen dpa- und Pressemitteilungen, die wir jeden Tag bekommen.

Ich kann dazu nur sagen: Wenn das so in den Zeitungen steht, muss entweder der Finanzminister sagen: „Das, was Steinbrück gesagt hat, das, was Ole von Beust gesagt hat, ist falsch, ich habe zuverlässige Informationen, dass das alles falsch ist und bin wesentlich besser informiert“, oder Sie müssen hier darlegen, wie Sie mit der Fusion der Landesbanken umgehen wollen, und zwar rasch, damit wir das Geld kriegen und nicht zu den Ländern gehören, denen die Hürden offenbar zu hoch sind, von denen Herr Steinbrück spricht.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Hentschel!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss. - Ich möchte an dieser Stelle von dieser Landesregierung, der die Hürden zu hoch sind und die kein Geld braucht, weil sie offensichtlich so reich ist, wissen: Gehört Schleswig-Holstein dazu? Welche Position haben Sie vertreten?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die Landesregierung erhält Herr Ministerpräsident Peter Harry Carstensen.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erstens zu dem Gespräch. Ich habe mit Frau Heinold und Herrn Kubicki darüber gesprochen, ob es möglich ist, dass wir uns in unregelmäßigen Zeitabständen gemeinsam bei mir im Büro zusammensetzen - nicht nur mit den beiden, sondern auch mit den anderen Fraktionen.

Liebe Anke Spoorendonk, ich habe zuerst mit den beiden gesprochen. Wir sind den ganzen Vormittag unterwegs gewesen. Mit den anderen wäre über diese Technik auch gesprochen worden. Ich habe nicht mit dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen gesprochen, sondern mit derjenigen, die innerhalb dieser Fraktion in der Regel über die finanzpolitischen Dinge spricht. Ich habe mit dem Fraktionsvorsitzenden der FDP gesprochen, der ebenfalls über die finanzpolitischen Dinge spricht. Ich hätte auch mit denjenigen gesprochen, die beim SSW, bei der SPD sowie bei uns darüber sprechen, weil es keinen Sinn macht, das Gespräch nur mit einigen zu führen.

In diesem Gesprächszusammenhang habe ich über die wesentlichen Ergebnisse des Gesprächs von Dienstagabend berichtet. Im Wesentlichen gibt es zwei Ergebnisse: Es soll eine **Zweckgesellschaft** geben. Ich darf hierzu vielleicht etwas mehr ausführen, obwohl wir in diesem Gespräch an sich verabredet haben, nicht zu viel in der Presse und außerhalb auszuführen, weil es dort Arbeitsaufträge gegeben hat, die noch abgearbeitet werden müssen. Es soll ein Zweckgesellschaft geben, in die die Risikopapiere eingebracht werden sollen. Wir haben dort als Ministerpräsidenten und Minister von Ländern, die Landesbanken haben, deutlich gesagt, dass dies für uns nicht ausreichend sein kann, weil von der

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Bilanzsumme der HSH Nordbank ungefähr 80 bis 90 Milliarden € in eine Abbaubank eingebracht werden müssten. An „giftigen“ Papieren würden vielleicht 8 bis 10 Milliarden € infrage kommen.

Um es ganz deutlich zu sagen: Ich habe dem zugestimmt, dass der Finanzminister gesagt hat: Ich möchte von den Ländern mehr haben als nur eine Absichtserklärung darüber, dass es zu einer Umstrukturierung und zu einer Konsolidierung der Landesbanken kommen wird. Dies hat mit dem 1. Juni 2009, mit dem 30. Juni 2009 oder auch mit einem anderen Termin nichts zu tun, weil dies gar nicht an einem Termin festzumachen ist. Eine Umstrukturierung ist erst zu machen, wenn alle anderen Landesbanken so weit sind wie wir, sodass Abbaubank und Kernbank getrennt werden können. Insofern kann das Datum nicht stimmen.

Das Problem bei der Zweckgesellschaft ist, dass diese innerhalb der Legislaturperiode geschaffen worden sein muss, weil dies ansonsten der Diskontinuität anheim fallen würde. Wenn ich das richtig weiß, dann wird am 13. Mai 2009, also am nächsten Mittwoch eine **Vorlage im Bundeskabinett** vorliegen. Daher sind die Gespräche geführt worden. Es wurden **Arbeitsgruppen** eingerichtet. Der Finanzminister hat darum gebeten, dass sie von uns hochrangig besetzt werden. Sie werden von uns mit einem Staatssekretär besetzt. Andere Länder entsenden hohe Abteilungsleiter. Wir haben einen Staatssekretär dorthin geschickt.

Ich habe deutlich gemacht, dass wir selbstverständlich bereit und der Meinung sind, dass wir zu einer Neustrukturierung von Landesbanken kommen müssen. Das haben wir in vielen Gesprächen mit den Landesbanken gesagt. Wir sind diejenigen, die dies befördern und die Diskussion darüber mit den anderen in Gang gebracht haben. Dies geschah nicht öffentlich, weil diese Dinge nicht öffentlich gemacht werden können, weil wir es dort mit sensiblen Bereichen zu tun haben.

Es wurde etwas erreicht. Darüber habe ich in einem zweiten Punkt informiert. Es kann und soll in diesem Zusammenhang eine Veränderung des **Finanzmarktstabilisierungsgesetzes** geben, und zwar auch im Sinne Schleswig-Holsteins. Frau Heinold, ich habe immer gesagt: Frisches Geld wird es allein aus Schleswig-Holstein für die HSH Nordbank nicht geben. Wenn wir - wie es der Resolution des Landtags entspricht - die nächsten Forderungen dann, wenn etwas zu fordern ist, über den SoFFin abzuwickeln haben, dann müssen wir sichergestellt haben, dass die Frist beim SoFFin nicht am 31. Dezember 2009 endet. Der Finanzminister hat ebenso

zugesagt, dass dies mit eingebracht wird. Das heißt, die Frist für **Eigenkapitalverbesserungen** über den SoFFin wird bis zum 31. Dezember 2010 laufen.

Ich glaube, in diesem Sinne, im Sinne unserer HSH Nordbank und im Sinne unseres Landes habe ich dort verhandelt. Ich bitte, dies so zur Kenntnis zu nehmen. Die Vorabinformationen über die zwei Eckpunkte dienen erstens dazu, darüber zu berichten und zweitens dazu, dafür zu sorgen, dass wir mit der Opposition und mit den Sprechern aller Fraktionen demnächst anders reden als in öffentlichen Veranstaltungen, die immer dazu führen, dass wir auch über Banken und über Schwierigkeiten bei Banken reden, was nicht immer zur Verbesserung der Situation der Banken führt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Selbstverständlich.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Ministerpräsident, können Sie mir erklären, warum in dem Bericht der Landesregierung und Ihres Finanzministers von dem, was Sie gesagt haben, nichts vor kam?

- Ich bin am Dienstagabend um 23:30 Uhr von der Sitzung zurück gewesen, Herr Hentschel.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich rede von dem heutigen Bericht!)

- Die Fragen sind so nicht gestellt worden. Ich glaube, der Bericht, den der Herr Finanzminister heute gegeben hat, ist zumindest nach derzeitigem Stand der richtige Bericht gewesen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile dem Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will zunächst auf die Anmerkungen von Lars Harms eingehen. Herr Kollege Harms, ich bin einigema-

(Minister Rainer Wiegard)

Ben verwundert, dass Sie sagen, dass die **Landesregierung** als **Anteilseigner** seit über einem Jahr untätig geblieben sei. Ich kann es eigentlich nicht fassen. Offensichtlich sind Sie nach dem, was Sie hier ausgeführt haben, an nichts beteiligt.

Wir haben als Anteilseigner - und zwar alle vier Anteilseigner - unmittelbar nach Vorlage des Jahresergebnisses 2007 den Vorstand beauftragt. Das war im Mai 2008, also jetzt vor einem Jahr. Wir haben den Vorstand beauftragt, unverzüglich ein Konzept zur Straffung des Geschäftsmodells, zur Kostenreduktion, zur Anpassung an den Markt und zur Reduzierung des Geschäftsvolumens vorzulegen. Das **Programm** ist über den Sommer hinweg vom Vorstand entwickelt worden. Es wurde Anfang September 2008 den Gremien zur Entscheidung vorgelegt, und zwar unter dem Begriff „**wetterfest**“. Ich kann mich daran erinnern, dass auch viele aus dem Kreis dieses Landtags zum Teil recht kritisch beäugt und kommentiert haben, dass der Vorstand ein Konzept vorgelegt hat, das damals bereits unter anderem eine Halbierung des Neugeschäfts und eine deutliche Reduzierung der Mitarbeiterzahl um 750 vorgesehen hat.

Unmittelbar nach der Lehman-Pleite, als die Auswirkungen der Finanzmarktkrise Dimensionen angenommen hatten, die bis dahin niemand erwartet hatte, haben wir noch einmal eine weitere deutliche Konzentration des Modells vorgesehen. Sich hier hinzustellen und zu sagen, es sei seit einem Jahr nichts passiert, ist unglaublich.

Ich will hier nicht auf alle Punkte eingehen, aber ich will noch einmal die Diskussion über die Landesbanken, die nicht Gegenstand des heutigen Dringlichkeitsantrags war, die aber sehr wohl Gegenstand der Beratungen von Mittwoch und der vergangenen Monate war, aufnehmen. Herr Kollege Hentschel, weil Sie offensichtlich nichts davon wissen, erbitte ich Ihre besondere Aufmerksamkeit. Frau Heinold, ich habe am 12. November 2008 unter anderem ausgeführt:

„Der Kapitalmarkt wird nach überstandener Krise nicht wieder so aussehen wie vor der Krise. Das erfordert vor allem die Konzentration der Banken auf eigene Geschäftsmodelle. Wenn sich aber alle auf demselben Markt tummeln, wird der Markt für alle kleiner. Deshalb wird es notwendig sein, die Landesbanken insgesamt neu aufzustellen - nicht etwa, um damit die Krise zu bewältigen; das wird nicht gelingen -, und zwar für die Zeit danach. Hier kann die HSH Nordbank einen

deutlichen Beitrag zur Neustrukturierung ... leisten.“

- Das war am 12. November 2008. Da haben wir mit dem Notwendigen reagiert.

Am 10. Dezember 2008 habe ich an derselben Stelle ausgeführt:

„Die Ministerpräsidenten der Trägerländer von Landesbanken beraten derzeit gemeinsam mit ihren Finanzministern über Notwendigkeiten, Chancen und Risiken von Fusionen der Landesbanken in Deutschland. Dazu zählen regionale wie funktionale Strukturfragen. Sie beraten über mögliche regionale Gliederungen, wie sie auch in dem Vorschlag der Sparkassen- und Giroverbände mit drei Landesbanken zum Ausdruck kommen.“

Dann wird dezidiert das mögliche Modell, eines dieser möglichen Modelle, dargestellt. Ich habe weiter ausgeführt:

„Deshalb werden darüber hinaus auch verschiedene funktionale Varianten diskutiert, bei denen einzelne Landesbanken ihre Stärken ergänzen, ohne zugleich Klumpenrisiken überdimensional werden zu lassen und die Chancen eher im Wachstum aus gegenseitiger Stärke heraus als in Kostensenkungen zu sehen.“

Das war im Dezember 2008.

Dazu gehören auch Überlegungen zu verbundenen Modellen, bei denen sich mit regionalen und funktionalen Geschäftsmodellen aufgestellte Landesinstitute unter einer - laut Arbeitstitel - gemeinsamen Bank deutscher Länder als Holding versammeln könnten. Sie können das alles im Protokoll nachlesen. Ich will das nur deutlich machen, weil Sie immer sagen, Sie seien über nichts informiert, Sie seien nicht über Gespräche informiert und darüber, welche Varianten diskutiert werden. Sie sind in der Tat informiert.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Ich möchte den Gedanken im Zusammenhang gern zu Ende führen, und dann bin ich gern bereit, Ihre Zwischenfrage zuzulassen, Herr Kollege Harms.

Am 6. Mai 2009, am Mittwoch, als es darum ging, hier Bericht zu erstatten über das, was im Landes-

(Minister Rainer Wiegard)

bankensektor in der Diskussion ist, habe ich berichtet:

„Es ist notwendig, über Zusammenschlüsse von Landesbanken zu verhandeln, wenn jede einzelne Landesbank vor Ort ihre Hausaufgaben erledigt hat, und mit der gleichen Sorgfalt und Zielrichtung, wie das hier geschehen ist, die definitiven Risiken ihrer bisherigen Geschäfte klar von dem zukünftigen Geschäftsmodell abgegrenzt hat.“

Ich habe weiter ausgeführt, dass es nicht nur im Bereich der Kernbanken, sondern auch der Abbaubanken notwendig ist, dass wir anschluss- und beteiligungsfähig bleiben und dass wir dem Bundesfinanzminister hierzu entsprechende Vorschläge gemacht haben, übrigens bereits vor Monaten. Deshalb bin ich sehr froh, dass der Bund endlich seinen Widerstand aufgibt, hier neue Strukturen zuzulassen. Ich habe dazu ausgeführt:

„Wir ... legen Wert auf eine breite Definition der einlieferbaren Aktiva, auf geringere regulatorische Vorschriften, auf erleichterte Bilanzierungsvorschriften zur Vermeidung von Abwertungen und auf bessere Refinanzierungsmöglichkeiten durch den Bund.“

- Alles hier dargelegt. Also kommen Sie bitte nicht und behaupten, Sie hätten von nichts gewusst!

Jetzt lasse ich gern Ihre Zwischenfrage zu.

Lars Harms [SSW]: Herr Wiegard, Sie haben vorhin gesagt, seit Dezember würden Modelle diskutiert. Ich interessiere mich dafür, für welches Modell sich die schleswig-holsteinische Landesregierung entschieden hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der Stand der Dinge, dass dieses Modell auch durchgesetzt wird, wie ist der Verhandlungsstand mit den entsprechenden Partnern, dass man dieses Modell zum Wohle der HSH Nordbank umsetzen kann?

- Herr Kollege Harms, vielleicht können wir da die Wortmeldung des Ministerpräsidenten eben zurückspulen und ablaufen lassen: Es gibt noch keine Entscheidung für irgendein Modell, weder von uns noch von Bayern noch von Nordrhein-Westfalen, auch nicht von Baden-Württemberg. Ich könnte sie jetzt alle aufzählen, Sie kennen die Länder selbst.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nordrhein-Westfalen hat sich doch positioniert!)

- Das ist ein Vorschlag, über den zu diskutieren sein wird. Ich bin sehr erstaunt darüber.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welchen Vorschlag machen Sie?)

Wenn Sie das eben verfolgt haben - ich habe dieses Modell als eine von mehreren Varianten - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wollen wissen, mit welcher Position die Landesregierung in die Verhandlungen geht!)

Präsident Martin Kayenburg:

Lieber Herr Hentschel, den Ton sollten Sie etwas zurücknehmen. Fragen sind immer zulässig.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben einen Anspruch darauf!)

Herr Hentschel, ich bitte Sie, sich im Ton zu mäßigen.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Kollege Hentschel, ich versuche es noch einmal sachlich, auch wenn es schwer ist, denn offensichtlich haben Sie auch die Äußerungen in den letzten Monaten nicht nachvollziehen können. Vielleicht müssen wir da noch einmal andere Informations- und Kommunikationswege gehen. Die sind ja in der Tat auch zu verbessern.

Ich sage Ihnen noch einmal: Wir werden uns nicht jetzt auf ein Modell festlegen, ohne zu wissen, wie ein **mögliches Geschäftsmodell** einer solchen Bank aussieht und wie die **möglichen Risiken**, die darin schlummern, aussehen. Deshalb geht es zunächst darum - was die HSH Nordbank gemacht hat -, für alle Banken zu definieren, welches die Risiken sind, die in strukturierten Papieren möglicherweise schlummern, und welches die Risiken sind, die sich aus dem aktuellen Kreditgeschäft dieser Banken ergeben. Wie können diese separiert werden, wie können wir sie in der neuen Struktur von Konsolidierungsmodellen des Bundes separieren, und wie können wir dann mit einem oder mehreren neuen Geschäftsmodellen zu Strukturen kommen? Diese Strukturen können verschiedene Varianten sein, die wir aufgezählt haben. Darüber wird mit den Trägerländern der Landesbanken, dem Bundesfinanzminister und der BaFin und dem SoFFin sorgfältig diskutiert.

Erst wenn diese **Separierungszahlen** offenliegen, wenn wir wissen, welche Risiken ausgeklammert

(Minister Rainer Wiegard)

und wie behandelt werden, können wir uns konkret auf ein Modell verständigen.

Worum es jetzt geht, ist, dass der Bund eingesehen hat, dass wir kurzfristig doch die Lösung für sogenannte „Bad Banks“ auf den Weg bringen; dass wir durchgesetzt haben, dass das Modell, das den Landesbanken hilft, dabei mit zu berücksichtigen ist; dass wir umgesetzt haben, dass die Leistungsfähigkeit des SoFFin über den 31. Dezember 2009 hinaus verlängert wird und dass wir in diesem Zusammenhang - Frau Kollegin Heinold, wenn Sie erst Fragen stellen und sich dann unterhalten, wundern Sie sich nachher wieder, dass Sie von nichts wissen - zwischen den Bundesländern und mit dem Bundesfinanzminister einen Weg vereinbaren, wie wir zu neuen Strukturen kommen. Das wird der Gegenstand der Beratungen sein. An diesen Beratungen werden selbstverständlich auch die Gremien des Landtags beteiligt sein.

Auch zu den Gesprächen der vergangenen Wochen und zu dem Gespräch von Dienstag gibt es bisher noch keine **schriftliche Unterlage**. Wir werden die Gremien des Landtags auf die Weise, wie der Ministerpräsident das angeboten hat, so lange mündlich informieren, wie es nur auf diese Weise möglich ist, und dann konkret, sofort und unverzüglich in die Beratungen einbinden, wenn konkrete Unterlagen der Bundesregierung hierzu vorliegen. Ich gehe davon aus, dass das nächste Woche der Fall sein wird.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit ich mir selbst und auch von anderen nicht den Vorwurf machen lassen muss, nicht ganz vollständig gewesen zu sein - ich habe gerade eben etwas vergessen. Ich habe gesagt, die **Zweckgesellschaft**, die der Bundesfinanzminister vorgeschlagen hat, würde für uns nicht ausreichen. Auch der Finanzminister ist gerade eben mit einem Satz darauf eingegangen.

Weil die Zweckgesellschaft nur für die sogenannten „giftigen“ Papiere gelten würde, die etwa 10 % der Abbaubank - vielleicht etwas mehr - ausmachen würden, haben wir durchgesetzt, dass die sogenannte **Anstalt in der Anstalt** weiterverfolgt wird, die sogenannte AidA. Nur ist die Anstalt in der Anstalt

nicht in wenigen Wochen zu erreichen, das heißt, nicht bis zum Ende der Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Hier wird eine Regelung gefunden, die dafür sorgt, dass dies über die Beauftragung von SoFFin oder andere Regelungen weiterverfolgt wird.

Ich habe genauso wie unser Finanzminister darum gebeten, dass wir mehr als nur eine lockere Absichtserklärung bekommen, dass wir zu einer Neuordnung der Landesbanken kommen, zu einer Konsolidierung der Landesbanken - wie er sich ausdrückte -, dass es mehr gibt als nur eine Absichtserklärung.

All diejenigen, die jetzt über die Neuordnung von Landesbanken sprechen, müssen wissen, dass wir uns geöffnet haben, uns aber an der Diskussion nur beteiligen können, wenn es auch jemand anderen gibt, der dabei ist. Ich glaube, die anderen Landesbanken sind in der Diskussion noch nicht so weit wie wir. Wir sind schon länger in der Diskussion drin, auch mit den anderen Landesbanken. Aber es ist dort natürlich Erhebliches an Vorarbeit zu leisten, um zu sehen, wie so etwas überhaupt gestaltet werden kann.

Ich will da nur einen Punkt ansprechen: Wie werden die **Haftungsfragen** geregelt? Wir sind alle zu einem großen Teil noch in der Gewährträgerhaftung. Wie ist dies zu behandeln? Das ist die Aufgabe der Arbeitsgruppen, die sich jetzt in einer intensiven Arbeit sehr schnell und intensiv damit zu beschäftigen haben.

Jeder muss Verständnis dafür haben, dass man heute kein endgültiges Modell skizzieren kann. Das Modell, das sich ergeben wird, kann sich nur in Verhandlungen ergeben, in den Verhandlungen mit dem Bund, in den Verhandlungen mit den anderen Ländern, in den Verhandlungen mit den Sparkassen und sicherlich auch in der Diskussion, die wir selbst zu führen haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Den Fraktionen steht eine weitere Redezeit von jeweils 16 Minuten zu. - Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich versuche, es einmal ganz ruhig zu machen. Es handelt sich um die **größte finanzpolitische Entscheidung**, die der Landtag getroffen hat. Es

(Monika Heinold)

geht darum, dass jetzt im Anschluss daran eine Gestaltung für die HSH Nordbank folgt, die die nächsten Jahre trägt. Es geht um große Teile des Vermögens des Landes.

Dann haben wir hier eine Situation, wo der Finanzminister von Sitzung zu Sitzung Allgemeinplätze verkündet. Herr Finanzminister, Sie haben eben noch einmal aus Ihren Pressemeldungen vorgelesen. Genau das ist es, was wir kritisieren: Sie verkünden immer wieder, was theoretisch alles machbar sei. Das können wir aber auch der Presse entnehmen. Uns geht es darum, was die Landesregierung in den Gesprächen mit Berlin für das Land Schleswig-Holstein vertritt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

Da ist es doch bitter

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Mittwoch der Bericht, heute der Bericht -, dass der Finanzminister dazu nichts sagt. Umso interessanter ist es aber, dass der Ministerpräsident ein paar Details nennt, die uns in der Debatte ein Stückchen weiterbringen. Es ist ja wichtig zu wissen, dass die Landesregierung in den Gesprächen das **AidA-Modell** vertritt. Das ist mit Grundvoraussetzung dafür, dass wir zum Schluss nicht drei, sondern zwei Teile der HSH Nordbank haben. Es ist richtig, dass Sie das vertreten.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

- Nein, Herr Ministerpräsident. Wir kritisieren, dass es Stück für Stück **Teilinformationen** gibt und bei uns nicht angekommen ist, für welches Konzept die Landesregierung in Berlin eintritt. Wollen Sie zukünftig eine Landesbank, Herr Finanzminister? Können Sie sich auch ein Modell von zwei bis drei Landesbanken vorstellen? Haben Sie die Vorstellung, dass sich die Länder zukünftig komplett herausziehen? Bisher haben Sie immer wieder gesagt, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt und wir gucken, was debattiert wird.

Meine Sorge ist, dass Sie sich zum Schluss von der HSH Nordbank wieder alles diktieren lassen und wir hier im Landtag nur noch abnicken können. Das ist doch wieder das Ende vom Lied.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Finanzminister, da ich genug Zeit habe, lese ich Ihnen einmal Teile aus der Resolution vor, die

der Landtag beschlossen hat. Das ist die **Resolution** Drucksache 16/2586, Punkt 9:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, an einer tragfähigen Weiterentwicklung der Landesbankstruktur nachdrücklich mitzuwirken und ihre diesbezüglichen Möglichkeiten konstruktiv wahrzunehmen. Er erwartet, dabei umfangreich und zeitnah beteiligt zu werden.“

Es geht hier nicht nur um die Information.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht um eine Beteiligung, das heißt der **Beteiligungsausschuss** hätte vor Dienstagabend tagen müssen.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich gehe doch nicht in eine Verhandlung, ohne dass ich eigene Papiere habe!)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Hentschel, wir wollen hier keine Dialoge von Bank zu Bank. Das Wort hat Frau Heinold. Ich bitte jetzt um Ruhe.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Ministerpräsident, ich gehe einmal davon aus, dass Sie wussten, was Thema der Veranstaltung ist, als Sie nach Berlin gefahren sind. Davon gehe ich einfach einmal niedrigschwellig aus. Wenn Sie gewusst haben, dass es um die Neustrukturierung der Landesbanken geht, und wenn Sie einen Auftrag des Landtags haben - mit großer Mehrheit verabschiedet -, dass der Landtag zeitnah beteiligt werden will, hätte es die Möglichkeit gegeben, über den Beteiligungsausschuss einmal ein Meinungsbild abzufragen, was dort in etwa im Interesse des Landes ist.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Mit Sicherheit nicht!)

Ich nehme noch einmal den eben angesprochenen Punkt 4 aus der Resolution. Er heißt:

„Mit dem Vorstand sind Zielvereinbarungen abzuschließen, die die Vorgaben des Landtages aus den Resolutionen enthalten.“

Herr Finanzminister, ich habe Sie eben schon gefragt, wie weit Sie mit diesen **Zielvereinbarungen**

(Monika Heinold)

sind. Ich bitte Sie noch einmal, uns dies hier darzustellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Außerdem - aber das ist Sache des Parlamentes, und darum bitte ich den Finanzausschussvorsitzenden - ist es dringend notwendig, dass der **Beteiligungsausschuss** tagt. Denn in der Resolution ist auch festgeschrieben, dass an der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Anstalt und HSH Nordbank der Beteiligungsausschuss beteiligt werden muss.

Es gibt ja zurzeit eine sehr heftige Debatte über die Frage, wie man die Anstalt konstruiert, wie das rechtlich aufgestellt wird, und auch darüber, ob denn unsere Forderung, das Stammkapital zu privilegierten Stammaktien zu machen, rechtlich möglich ist oder nicht. Auch das ist eine Debatte, die der Finanzminister zwar nicht mit uns führt, die aber ansonsten geführt wird.

Insofern bleibt es bei unserem Appell: Die Landesregierung muss sagen, was aus ihrer Sicht das Beste für das Land wäre, und nicht nur aufzählen, was in der Debatte alles möglich wäre. Sie muss ihre Position mit dem Landtag abstimmen, bevor sie in die Verhandlungen geht.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Ja, der Beteiligungsausschuss!)

- Herr Wadephul, so haben Sie es auf jeden Fall beschlossen. Der Beteiligungsausschuss muss tagen, damit wir dort einen aktuellen Sachstand bekommen. Herr Wadephul, von dem Beteiligungsausschuss hatte ich vorhin auch gesprochen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile Herrn Minister Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weil sich die Kollegin Heinold beharrlich weigert, gegebene Informationen zur Kenntnis zu nehmen, die ich eben noch einmal dargelegt habe - weil sie es in der Zeit offensichtlich vorgezogen hat, sich mit anderen zu unterhalten, statt die erbetenen Informationen entgegenzunehmen -, will ich es noch einmal versuchen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zielvereinbarungen!)

Ich habe am 6. Mai 2009 - am Mittwoch - das Parlament über die Absichten der Landesregierung und die Gespräche, die dazu geführt worden sind, informiert. Ich habe ausgeführt - Anschluss- und Beteiligungsfähigkeit gilt auch für die **Konsolidierungsbank** -, dem Bundesfinanzminister in einem Gespräch im Februar 2009 dazu entsprechende Vorschläge gemacht zu haben. Seinerzeit wurden sie jedoch abgelehnt.

Inzwischen sind sie Gegenstand der Beratungen zwischen dem Ministerpräsidenten und der Bundesregierung, zuletzt gestern Abend, das war Dienstag. Ich habe Sie darüber informiert. Ich habe gesagt:

„Dabei geht es darum, die Rechtsform einer Bundesanstalt zu nutzen, um unter diesem Schirm eigene Anstalten der Landesbanken oder anderer Institute zu bilden“

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Alles ist gesagt worden!)

Wenn ich den Namen AidA nicht genannt habe, wenn Sie den Zusammenhang selbst nicht verstehen, sage ich jetzt einmal: Das entspricht dem AidA-Modell - damit Sie es verstehen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das war zu hochschwellig!)

Weiter habe ich ausgeführt, welches die Bedingungen sind, mit denen der Ministerpräsident in diese Gespräche gegangen ist - -

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Heinold, wir legen Wert auf eine breite Definition für einlieferbare Aktiva. Das ist eben anders als das **Zweckgesellschaftsmodell**, das der Bund favorisiert hat. Wir wollen geringere regulatorische Vorschriften, erleichterte Bilanzierungsvorschriften zur Vermeidung von Abwertungen und die Refinanzierungsmöglichkeiten durch den Bund und den SoFFin.

Ebenso habe ich ausgeführt - das können Sie bitte noch einmal im Protokoll nachlesen, ich muss es Ihnen nicht zweimal vorlesen -, welches denn die Bedingungen der Landesregierung für konkrete Verhandlungen über einzelne Modelle von Landesbanken sind.

Ich bin schon sehr verwundert, dass Sie sagen, Sie wüssten von gar nichts - Sie hätten keine Ahnung, weil die Landesregierung Sie nicht informiere, Sie könnten auch nicht wissen, wie hoch die Risiken sind, die in den ganzen Landesbanken schlummeren -, aber am vergangenen Mittwoch konkret einen

(Minister Rainer Wiegard)

Vorschlag gemacht haben, in dem Sie sagen: Wir wollen die **Bank deutscher Länder**. Ich kann mich nur wundern, dass Sie das einfach so sagen, obwohl Sie doch offensichtlich überhaupt keine Zusammenhänge kennen. Heute stellen Sie sich übrigens hin und sagen: Wir wollen die Bank deutscher Länder, und dann sollen sich die Länder daraus zurückziehen. Das passt alles irgendwie nicht zusammen.

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich nenne Ihnen nur einmal einen Punkt der Diskussion, den ich für bedeutungsvoll halte: Wenn Sie die Bilanzen der Landesbanken addieren - und das kann zunächst einmal nur diese Bank deutscher Länder darstellen -, hat sie ein Volumen von etwa 2 Billionen €. Dann ist es die fünfgrößte Bank in Europa, in der Größenordnung der Deutschen Bank.

(Frank Sauter [CDU]: Größer!)

Sie haben den Vorschlag gemacht, so etwas jetzt gründen zu wollen, und dann ist diese Bank in den Händen von 16 Ländern und dem Bund. Ich frage - das ist das, was der Kollege Kubicki vorhin auch eingewendet hat -: Wie kriegen wir dann unsere Vermögenswerte möglicherweise wieder heraus? Das muss Gegenstand von Diskussionen sein. Deshalb müssen diese Fakten, die ich Ihnen seit langer Zeit immer wieder aufzeige, die mit großer Sorgfalt erarbeitet werden müssen, bekannt sein, bevor man sich überhaupt auf ganz konkrete Modelle verständigen kann.

Worauf wir uns heute verständigen können, worauf wir uns verständigen müssen und worauf wir, Herr Ministerpräsident und ich, seit Beginn der Finanzkrise - zweite Stufe, seit der Lehman-Pleite - hingewiesen haben, ist, dass wir zu einer **Veränderung der Struktur der Landesbanken** in erheblicher Weise kommen müssen. Das können Sie in der Regierungserklärung vom November 2008 nachlesen. Dass wir darüber reden, sobald diskutierfähige Unterlagen auf dem Tisch liegen, ist völlig klar. Darüber brauchen wir uns überhaupt nicht zu streiten. Aber diese müssen erst einmal da sein, damit man über konkrete Maßnahmen reden kann und damit man nicht einfach wie Sie einmal schnell aus der Hüfte eine Empfehlung gibt und sagt: Wir wollen eine solche Bank einrichten, ohne zu wissen, was denn dahintersteckt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Die weitere Redezeit für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beträgt 15 Minuten, die Redezeit für alle Übrigen 20 Minuten.

Zum Zweiten will ich darauf hinweisen, dass sich wiederholte Mahnungen, ob ein Abgeordneter zuhört oder nicht, erübrigen; denn das ist in die Entscheidungshoheit jedes Einzelnen gestellt.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hinterlässt vermutlich mehr Verwirrung, als dass sie zur Klarheit beiträgt. Der Ministerpräsident erklärt, man führe seit geraumer Zeit mit anderen Landesbanken Gespräche über eine **Restrukturierung**. Der Finanzminister erklärt uns gerade, solche Gespräche seien gegenwärtig sinnlos, weil man noch keine tragfähigen Zahlen habe.

(Zuruf von der CDU)

- Das ist so. Er hat gerade Frau Heinold gegenüber gesagt, das sei gegenwärtig relativ sinnlos. Wir können das gern im Protokoll nachlesen. Herr Kollege Dr. Wadephul, ich finde es mittlerweile ziemlich komisch,

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Ich finde es auch komisch!)

weil wir uns in der Diskussion auch mit der Frage der Logik beschäftigen müssen.

Herr Finanzminister, als Sie im November und im Dezember erklärten, dass die Landesbankenstruktur eine neue Form erhalten müsse, war das nicht mit der Erklärung versehen worden, dass es zu Fusionen oder Zusammenschlüssen kommen solle, sondern mit der ausdrücklichen Erklärung, dass die **HSH Nordbank** diejenige Bank sei, die mit einem tragfähigen **Geschäftsmodell** bewiesen habe, dass sie am Markt überlebensfähig sei. Herr Finanzminister, übrigens war auch diese Erklärung uns gegenüber - die HSH Nordbank verfüge über ein tragfähiges Geschäftsmodell, das ihre langfristige Überlebensfähigkeit sichere - die Grundlage der Entschließung des Landtags, der HSH Nordbank 3 Milliarden **€neues Eigenkapital** zuzuführen.

Mir stellt sich in der heutigen Diskussion die Frage, warum Sie jetzt - wie ich höre und was ich aus anderen Gründen vernünftig finde - so vehement beim **Bund** dafür eintreten, dass er sich an der **Risikoabschirmung** beteiligen möge. Haben Sie Sorge, dass

(Wolfgang Kubicki)

bei der HSH Nordbank noch weitere Risiken schlummern, die sie möglicherweise nicht selbst tragen kann? Dann war die Unterrichtung gegenüber dem Landtag im April dieses Jahres unzureichend, um es freundlich zu formulieren.

Herr Finanzminister, wir haben mit der Antwort auf Frage 3 von Ihnen genau das erwartet, was bisher nur ansatzweise erfolgt ist: Uns zu erklären, wie und in welcher Rechtsform aus Ihrer Sicht ein Zusammenschluss der Landesbanken, auf welcher tragfähigen Grundlage auch immer, möglich sein soll. Sie müssen doch eine Idee vom weiteren Vorgehen haben. Sollen wir zu den anderen Ministerpräsidenten gehen und sie auffordern, ihre Landesbanken in Aktiengesellschaften umzuwandeln, damit wir über einen Aktientausch oder über andere Fusionsmodelle dazu kommen, eine **gemeinsame Einrichtung** zu erhalten? Oder sollen wir uns überlegen, wie wir unsere Anteile an der Bank nutzen, um einen **Rechtsformwandel** bei der Bank hinzubekommen?

Noch einmal: Den Zusammenschluss einer AG mit einem öffentlich-rechtlichen Institut bekommen Sie nicht hin. Also müssen Sie sich doch die Frage stellen, was dann geschieht, wenn die anderen sagen, es müsse **öffentlich-rechtlich** bleiben. Wie kriegen wir dann Herrn Flowers und die Sparkassen als **Anteilseigner aus der HSH Nordbank** heraus, damit wir zu den weiterführenden Modellen, die ja eine Rolle spielen, kommen können? Sie müssen sich bitte überlegen: Wie kriegen wir Herrn Flowers heraus? Das wird nicht kostenlos und - das kann ich Ihnen jetzt schon sagen - auch nicht mit Enteignung möglich sein. Sie müssen vorher die alternativen Szenarien durchspielen, auch wegen der erheblichen Auswirkungen auf den **Landeshaushalt** Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW – Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadehul [CDU])

- Herr Kollege Wadehul, ich weiß nicht, wie Sie das als Anwalt machen. Ich bin es gewohnt, bevor ich in einen Prozess gehe, mir die verschiedenen Varianten zu überlegen und zu fragen, wie ich auf das eine oder das andere Szenario reagiere - übrigens etwas, was wir von der Bank mit der Vorlage des Berichts auch erwartet haben.

(Dr. Johann Wadehul [CDU]: Aber nicht coram publico!)

Wie sieht das Stressszenario aus? Was passiert, wenn A, B oder C eintritt? Bisher habe ich nicht den Eindruck - Herr Kollege Wadehul, es mag ja

sein, dass es bei Ihnen anders ist -, dass diese durchgreifenden Überlegungen im Haus des Finanzministers angestellt worden sind. Bevor man sie aber nicht angestellt hat, kann man auch keine sinnvolle Aussage dazu treffen, wie man sich positionieren will.

(Beifall bei FDP, SSW und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Einflussmöglichkeiten** des Landes Schleswig-Holstein in einer künftigen - größeren - Bank werden deutlich geringer sein als gegenwärtig in der HSH Nordbank. Das ist logisch. Deshalb müssen Sie sich die Frage stellen: Was passiert eigentlich mit den **Vermögenswerten**, die eingebracht worden sind? In einer öffentlich-rechtlichen Struktur bekommen wir das eingezahlte Kapital nicht wieder, weil es - entgegen Ihrer doch weitreichenden Überlegung der Wertaufholung - keinen Gang an die Börse geben wird und mithin keine Aktien, die verkauft werden könnten. Damit kann auch kein **Rückfluss an die Landeskasse** erfolgen. Dann sagen Sie doch dem schleswig-holsteinischen Steuerzahler, dass er dauerhaft auf die zweieinhalb Milliarden €, die in der gegenwärtigen Krise zur Stützung der HSH Nordbank eingespielt werden, verzichten darf, und zwar dauerhaft.

Sehen Sie sich die **Überlegungen des Bundes** an; diese sind nachzulesen. Der Bundesfinanzminister hat gestern entsprechende Erklärungen abgegeben, sowohl gegenüber Ihrer Bundestagsfraktion als auch gegenüber der Fraktion der SPD. Das Modell der kleinen „Bad Bank“ bedeutet, dass - jedenfalls in den nächsten 20 Jahren - Ausschüttungen an die Anteilseigner der Landesbanken, die davon Gebrauch machen, nicht erfolgen werden.

Auch das darf ich Ihnen sagen: Die Experten nicht nur des Bundesfinanzministeriums, sondern auch der BaFin gehen davon aus, dass die „Bad-Bank“-Lösung nur von der Commerzbank, der schwer angeschlagenen Immobilienbank Hypo Real Estate sowie den Landesbanken HSH Nordbank und WestLB in Anspruch genommen werden dürfte. Das hat etwas damit zu tun, dass sich - entgegen Ihrer Behauptung - die HSH Nordbank mit „Schrottpapieren“ bis über die Halskrause hinaus vollgesogen hat. Das wissen Sie, das weiß ich auch. Entsprechende Erklärungen werden den Bundestagsfraktionen - nicht nur denen von CDU und SPD, sondern auch meiner eigenen gegenüber - in den jeweiligen Erörterungen unisono abgegeben. Also tun Sie doch nicht so, als sei das alles heile Welt. Erklären Sie schlicht und ergreifend, wie Sie

(Wolfgang Kubicki)

bei einem solchen Modell die Einflussmöglichkeiten und den Vermögensschutz gewährleisten wollen!

Die nächste Frage ist: Haben wir überhaupt eine Alternative? - Ich sage Ihnen: Der Bund wird Ihnen das Stöckchen hinhalten und sagen: Springen Sie! – Wir können sagen: Das machen wir nicht. - Dann sagt der Bund: In Ordnung, dann nehmt ihr an dem Modell nicht teil.

Wenn wir aber an dem Modell nicht teilnehmen, müssen Sie uns doch jetzt sagen, was dann eigentlich passiert. Gibt es die Notwendigkeit, unbedingt daran teilzunehmen, oder haben wir Freiheitsgrade, daran nicht teilzunehmen? - Das ist auch eine Frage, die Sie beantworten müssen. Die bisherige Erklärung, Sie seien mannhaft dabei, den Bund oder die anderen Länder von irgendetwas zu überzeugen, findet ja nur noch in diesem Hohen Haus Widerhall. Außerhalb der Grenzen Schleswig-Holsteins löst das Lachsälven aus. Wenn ich sage, dass ich von meinem Finanzminister dieses oder jenes höre, dann höre ich aus Berlin: Das ist ja toll! – Herrn Kollegen Stegner wird es ähnlich gehen; er ist zurückhaltend genug, wie ich gehört habe, das zu erklären. Aber fragen Sie einmal den Bundesfinanzminister, was er von den Erklärungen hier hält. Fragen Sie einmal Ihre eigene Bundestagsfraktion, was sie davon hält.

Obwohl wir, wie ich denke, in dem Ziel, den Landeshaushalt möglichst zu schonen und möglichst hohe Erträge aus dem Vermögen, das wir eingesetzt haben, zu erzielen, hohe Übereinstimmung haben, sind wir, was ich sehr bedauere, nicht in der Lage, eine Konzeption zu entwickeln, Interessen zu formulieren, die dann auch gemeinsam durchgesetzt werden können. Ich bedauere das auch deshalb, weil ich sehe, dass das in anderen Ländern möglich ist.

Ich sitze in einer entsprechenden Arbeitsgruppe meiner eigenen Partei. Sie wissen, dass wir in **fünf Landesregierungen** gemeinsam mit der Union vertreten sind. Diese Landesregierungen entwickeln **Konzepte** und setzen sie im Zweifel auch durch. Sie fragen aber immer wieder nach der Position Schleswig-Holsteins. Dann sage ich: Das weiß ich nicht. Ich höre immer wieder, der Bank gehe es gut. Wir schafften das allein. - Wenn ich dann gefragt werde, warum wir an einer „Bad-Bank“-Lösung teilnehmen wollen, sage ich: Weil es nach meiner Auffassung der Bank vielleicht doch nicht ganz so gutgeht.

(Zuruf von Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

- Das ist ein schwaches Bild, Frau Ministerin. Ausgerechnet Sie müssen so etwas erklären. Ausgerechnet Sie!

(Zuruf von Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

- Das sage ich Ihnen im Juni, in der nächsten Debatte. Ihre dauernden Erklärungen Ihrer hervorragenden Bildungspolitik scheitern an der Wirklichkeit. Aber lassen wir das.

Die spannende Frage wird sein - das haben wir jetzt als Dauerthema -: Wie gehen wir mit dem um, was in den nächsten Wochen und Monaten passiert? Das **Downgrading** von S & P war nur der Anfang. Das habe ich Ihnen im vergangenen Jahr schon gesagt. Sie werden wegen der **Klumpenrisiken** aus **Immobilien- und Schiffsfinanzierungen** in den nächsten Wochen und Monaten richtig etwas auf die Ohren bekommen. Dann haben wir, wie gesagt, keine Handlungsalternativen mehr. Ich bedauere, dass es nicht vorher zu einer vernünftigen Lösung gekommen ist.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wiegard, ich glaube, dass der Herr Ministerpräsident durchaus verstanden hat, worauf wir hinauswollen. Ich werde versuchen, es Ihnen noch einmal nahezubringen.

Wenn der Ministerpräsident oder Sie, Herr Minister, zu einer Sitzung nach Berlin fahren, um Gespräche über die Zukunft der Landesbanken zu führen, dann gehe ich davon aus, dass Ihr Ministerium diese Sitzung vorbereitet und ein Papier erarbeitet, in dem die Position des Landes festgelegt wird.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen:
Das hat er doch vorhin gesagt!)

- Wenn das so ist, Herr Ministerpräsident!

Wir haben den Beschluss gefasst, dass an diesen **Planungen für die Weiterentwicklung der Landesbank** das Parlament beteiligt wird. Das hat das **Parlament** beschlossen. Wenn Sie dann in solche Gespräche gehen und wenn entsprechende Papiere erarbeitet worden sind, dann können Sie doch diese

(Karl-Martin Hentschel)

Papiere im Beteiligungsausschuss vorlegen und mit dem Parlament besprechen. Dann kann die Beteiligung des Parlaments an diesen Gesprächen stattfinden. Das Parlament kann sich eine Meinung bilden und festlegen, welche Position das Land Schleswig-Holstein vertreten soll.

Herr Wiegard, ich vermute auch, dass in diesen Papieren, wenn sie existieren - Sie sagen ja, es existieren Papiere -, nicht nur Fragen stehen, sondern dass darin auch steht, worauf Schleswig-Holstein zu achten hat, welche Probleme auf Schleswig-Holstein zukommen können und was Schleswig-Holstein in diesen Gesprächen erreichen sollte. Genau das ist aber das, woran das Land und der Landtag beteiligt werden sollen. Der Landtag hat das beschlossen, also erwarte ich auch, dass das auch so geschieht. Bisher ist es offensichtlich nicht geschehen. Es gibt also ein Defizit, das behoben werden muss.

Da können Sie nicht sagen, Sie hätten schon vor einem halben Jahr oder vor einem Vierteljahr immer wieder etwas Neues erzählt. Darum geht es nicht. Es geht jetzt ganz konkret darum, dass die Gespräche vorbereitet werden, die in Berlin über die **Zukunft der Landesbanken** geführt werden, und dass dazu Papiere gemacht werden und dass daran das Parlament beteiligt wird.

Die FDP hat eine interne Arbeitsgruppe, die das Ganze vorbereitet. Frau Heinold hat auch nicht aus der Hüfte geschossen. Auch Frau Heinold ist Mitglied in einer länderübergreifenden Arbeitsgruppe der Grünen, wo genau diese Fragen diskutiert werden. Ich gehe davon aus, dass das in anderen Fraktionen auch der Fall ist, das hoffe ich jedenfalls.

Ein Papier, das erstellt wird, kommt auch aus der Diskussion solcher Arbeitsgruppen. Herr Wiegard, insofern können Sie sich nicht länger hinstellen und sagen, Sie haben schon alles erzählt, sondern wir erwarten, dass die Papiere der Landesregierung, mit denen Sie in Verhandlungen gehen, dem Parlament zur Kenntnis gegeben werden, dass das Parlament beteiligt wird und dass gemeinsam entschieden wird.

Ein zweiter Punkt: Herr Wiegard, Sie haben immer noch nicht auf die Frage geantwortet, was mit dem Stand der **Zielvereinbarungen** ist. Gibt es dazu einen Entwurf? Wann wird der Entwurf dem Parlament zur Beteiligung vorgelegt?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich erteile Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keiner in diesem Haus vertritt die Auffassung, dass wir es bei der HSH Nordbank mit einer einfachen Materie zu tun haben. Das mag sich wie eine banale Feststellung anhören, aber ich denke, das ist so, und das sollte dann vielleicht auch noch einmal wortwörtlich hier gesagt werden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Debatte, die wir hier - in den letzten Stunden hätte ich fast gesagt - geführt haben, mehr als andere deutlich macht, dass die Landesregierung in den vergangenen vielen Monaten nicht agiert, sondern reagiert hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hat anscheinend sehr viel Energie darauf verwendet, uns davon zu überzeugen - das hat sie ja getan -, dass sie alles im Griff hat und wie schwierig alles ist. Denn warum sonst stellt sich der Finanzminister hin und kommt mit einem Zitat nach dem anderen, belegt alles anhand von Protokollen und schriftlichen Aussagen. Das ist doch ein Versuch zu rechtfertigen, dass die Landesregierung alles im Griff hat.

Darum sage ich: Ein Blick über den eigenen Tellerand zeigt, dass es in anderen Bundesländern anders geht. Ich habe mir sagen lassen, dass man in Bayern einen interfraktionellen Ausschuss eingerichtet hat, damit alle Abgeordneten, das Parlament als Ganzes also, von Anfang an beteiligt werden können. Ich möchte auch noch einmal - das ist vielleicht überflüssig, aber die Debatte hat gezeigt, dass es doch nicht ganz überflüssig ist - deutlich machen, dass es einen Unterschied zwischen Unterrichtung oder Gesprächen und Beteiligung gibt. Beteiligung heißt, dass man mit am Tisch sitzt, dass man mit überlegt und auch mit in die Pflicht genommen wird. Man kann sich nicht in öffentlichen Debatten im Landtag hinstellen und sagen: Ihr von der Opposition macht euch das einfach, ihr hättet auch das eine oder andere gleich mittragen müssen. Wir sind nicht beteiligt gewesen!

Jetzt kann es nicht so weitergehen, dass immer nur herumgedoktert wird, dass immer nur interpretiert wird, dass immer wieder gesagt wird: Wir wollen euch ja unterrichten, und wir geloben auch Besserung. Das kann es nicht sein. Jetzt muss ein Schlusstrich gezogen werden, und es müssen wirk-

(Anke Spoorendonk)

lich die Gremien des Landtags genutzt werden, die für Beteiligungen zuständig sind. Keiner verlangt, dass alles Mögliche in öffentlicher Debatte geklärt werden soll. Das ist nicht möglich, und das ist auch nicht sinnvoll. Aber wir haben Ausschüsse. Wir haben den Beteiligungsausschuss. Dort muss auch Beteiligung in Sachen Landtag beteiligen durchexerziert werden. Wir brauchen wirklich eine andere **Informationskultur** und eine andere **Beteiligungskultur** in diesem Land. Ich denke, das ist für uns die Konklusion der heutigen Debatte.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen. Mit der Debatte ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Nach unserer Planung haben wir noch weitere drei Stunden angemeldete Redezeit. Die gute Nachricht ist, der Tagesordnungspunkt 23 wird auf Juni verschoben, die schlechte Nachricht ist, es bleibt bei mindestens zweieinhalb Stunden, es sei denn, die Parlamentarischen Geschäftsführer kämen gleich zu mir und würden feststellen, was wir noch schieben könnten, zumal die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache auch noch abzuhandeln sind.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

Beschlüsse der gemeinsamen Wissenschaftsministerkonferenz vom 22. April 2009

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2641

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Präsident, die Parlamentarischen Geschäftsführer stehen gerade zusammen und prüfen, ob man diesen Punkt schieben oder sonst anders behandeln kann! Mit diesem Auftrag ist zumindest unsere Parlamentarische Geschäftsführerin in der Runde! Deshalb bitte ich, das kurz zurückzustellen!)

- Damit stelle ich fest, dass sich die Fraktionen geeinigt haben, aus dem unter Tagesordnungspunkt 24 beantragten mündlichen Bericht einen schriftlichen zu machen und die Beantwortung in der nächsten Plenartagung vornehmen zu lassen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Nunmehr rufe ich Tagesordnungspunkt 22 auf:

Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2639 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich, ob der Antrag angenommen wird. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Dann gratuliere ich der Frau Ministerin, dass sie nunmehr eine Stunde vorher ihren Bericht geben kann.

Frau Ministerin Ute Erdsiek-Rave, Sie haben das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Europa beeinflusst das Leben der heutigen Schülergenerationen sehr viel stärker als das ihrer Eltern und Großeltern. Europa ist inzwischen mehr als eine Hoffnung oder nur ein Versprechen. Europa ist Realität - eine Realität, die manchmal auch mühsam ist wie jetzt gerade im Zusammenhang mit dem **Vertrag von Lissabon** und zugleich eine Realität, deren Chancen noch längst nicht ausgeschöpft sind. Vielen Jüngeren ist heute gar nicht mehr bewusst, wie gewaltig der Unterschied zur Situation vor 20 Jahren ist, bevor Europa - -

(Unruhe)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich glaube ja, dass alle ein wenig erschöpft sind, aber ich bitte jetzt doch um Ruhe. Wer unbedingt einen Kaffee trinken muss, der tut das am besten draußen.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Also, dafür habe ich schon mal einen Ordnungsruf bekommen!)

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Herr Präsident, diese Aufforderung, zum Kaffeetrinken zu gehen, erfreut mich natürlich nicht, vor allen Dingen mitten in meinem Satz, wenn ich das sagen darf.

Ich wiederhole den Satz: Vielen Jüngeren ist heute gar nicht mehr bewusst, wie gewaltig der Unterschied zur Situation von vor 20 Jahren ist, bevor

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Europa mit friedlichen Revolutionen ein neues Gesicht bekam. Sie kennen aus vielen Umfragen, aus vielen Jugendstudien, wie wenig den jungen Menschen diese Phase vor 20 Jahren im Gedächtnis ist. Darum ist es gut, dass derzeit bei den vielen Feiern und Gedenktagen, die in Deutschland zu begehen sind, dies auch noch einmal hervorgehoben wird.

Aus diesem Grund hat Europa an jeder **Schule in Schleswig-Holstein** einen hohen Stellenwert. Die Lehrerpläne berücksichtigen das auf vielfältige Weise. An den Schulen ist das häufig verbunden mit **Kontakten**, mit **Besuchen**, mit **Schüleraustauschen**. Darüber ist an anderer Stelle ausführlich berichtet worden. Das kann ich hier nicht wiederholen.

Zur Beschäftigung mit Europa trägt außerdem der **europäische Wettbewerb** bei als ältester Schülerwettbewerb in Europa. Er wurde in der letzten Woche gerade hier im Landeshaus gewürdigt. Unsere 30 **Europaschulen** tragen darüber hinaus den europäischen Gedanken auf ganz besondere Weise weiter - innerhalb der eigenen Schule, aber auch nach außen in ihr jeweiliges Umfeld. Sie orientieren sich dabei an den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Europabildung in der Schule. Ein **Euro-pa-Curriculum** ist die Grundlage der Unterrichtsarbeit. Das ist das zentrale Element.

Beispielhaft, damit Sie sich eine Vorstellung machen können, was das denn in einem Curriculum bedeutet - es sind ja hier nicht alle pädagogisch so vorgebildet -, will ich kurz zitieren, was Themen der fünften und sechsten Jahrgangsstufe der Maria-von-Weber-Schule in Eutin beispielsweise sind: Teilnahme am europäischen Sprachenwettbewerb „The Big Challenge“ in Englisch, die Beschäftigung mit europäischen Märchen und Sagen im Deutschunterricht, mit europäischen Ornamenten in Kunst, mit Liedern aus Europa in Musik, in Religion der Vergleich von unterschiedlichen Ritualen für die christlichen Feiern in Europa oder in Biologie das Nachverfolgen von europäischen Vogelzugrouten. Das ist doch wirklich kreativ und fächerübergreifend. Darauf aufbauend werden die Themen in den folgenden Jahrgangsstufen dann ausdifferenziert und verfolgt.

Das Beispiel zeigt schon, dass Schülerinnen und Schüler von Europaschulen regelmäßig an europaorientierten Wettbewerben und Jugendforen teilnehmen. Das **Fremdsprachenprofil** der Europaschulen geht über das nationale Fremdsprachenangebot der jeweiligen Schulart hinaus. Es gibt zusätzliche Angebote im Regelunterricht, im Wahl-

pflichtbereich und in zusätzlichen Arbeitsgemeinschaften.

Natürlich gehören auch regelmäßig **länderübergreifende Projekte** zum Profil. Europaschulen unterhalten aktive und dauerhafte Partnerschaften mit Schulen, Ausbildungsunternehmen und anderen Partnern im europäischen Ausland. Internationale Begegnungen und Projekte werden im Unterricht integriert.

Die weiterführenden Schulen ermöglichen **beruflich orientierte Praktika** beziehungsweise **Betriebspraktika im europäischen Ausland**. Neben der Arbeit in länderübergreifenden und internationalen Netzwerken unterstützen Europaschulen auch in ihrem regionalen Umfeld die Vermittlung des Europagedankens. Dabei beziehen sie sich auf andere Schulen und weitere Einrichtungen in der Region und beziehen Partner aus Politik und Wirtschaft, Kunst und Kultur in ihre Bildungsarbeit mit ein und treten auch hier als Förderer des Europagedankens hervor.

Die Arbeit der Europaschulen wird vom Land natürlich unterstützt. Allerdings hat die fachliche Begleitung das meiste Gewicht. Die **finanzielle Förderung** des Landes ist bescheiden; dass muss man einfach zugeben. Sie umfasst insgesamt 2.500 € für Fortbildung und Foren und 4.000 € für Reisen zu Partnerschulen, Auslandspraktika und Ähnliches. Hinzu kamen 2008 erstmalig 15.000 € aus dem Kompensationsfonds des Bundes, also insgesamt pro Europaschule ungefähr 700 €. Das Ministerium leistet zudem direkte Unterstützung bei der Beantragung von Mitteln der verschiedenen EU-Förderprogramme.

Meine Damen und Herren, über die 30 schon bestehenden Europaschulen hinaus gibt es natürlich weitere Schulen, die Interesse an diesem Titel haben. Wir erarbeiten für den weiteren Prozess derzeit ein Grundsatzpapier - das ist ja auch in Rendsburg schon diskutiert worden -, das im Wesentlichen die Kriterien enthalten wird, die ich Ihnen hier genannt habe. Darüber hinaus sollen alle Europaschulen künftig jährlich darüber Bericht erstatten, wie sie die Kriterien erfüllen.

Ich finde, dass unsere Europaschulen besonders engagierte, gute Schulen sind. Ich möchte gern, dass sich der Europagedanke nicht nur in den Schulen allgemein weiter festigt, sondern auch, dass wir den Kreis der dezidierten Europaschulen, die sich in so vorbildlicher Weise mit diesem Gedanken befassen, noch erweitert werden kann - auf klarer Grundlage,

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

nach guten Kriterien und nachvollziehbar für die Öffentlichkeit und das Parlament.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke der Frau Ministerin. Ich bitte um Nachsicht, dass ich Sie in meinem Bemühen um Ruhe mitten im Satz unterbrochen habe.

Nunmehr eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Niclas Herbst.

Niclas Herbst [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat ruhig, allerdings auch relativ leer.

(Heiterkeit)

Ich danke zunächst einmal der Ministerin für den Bericht.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Ziel war es natürlich, dass wir auch in der Europawoche die Europaschulen noch einmal würdigen und uns aktuell über die Situation berichten lassen. Dafür möchte ich Ihnen danken. Ich würde Sie bitten, auch zu ermöglichen, dass wir im Ausschuss schriftlich noch einmal dieses Thema aufgreifen. Das wird sicherlich möglich sein, damit wir auch noch etwas tiefer in die Debatte einsteigen können.

Ansonsten ist, glaube ich, über die segensreiche Tätigkeit der 30 **Europaschulen** schon sehr viel gesagt worden. Ich muss das nicht wiederholen, und vor allem muss ich auch meinen nachfolgenden Rednern nicht alles vorwegnehmen. Wichtig wäre, wie gesagt, dass wir die konkrete Situation noch einmal im Ausschuss aufarbeiten dürfen.

Gerade die jetzige Phase vor der Europawahl und auch die gerade zu Ende gehende **Europawoche** hat ja sicherlich viele Kollegen in die Europaschulen geführt. Nicht nur in den Europaschulen wird gute Arbeit geleistet, aber gerade dort. Es ist immer wieder ein Gewinn, dort als Abgeordneter mit Jugendlichen zu diskutieren.

Ein Punkt ist mir wichtig, der mir vor der Europawahl immer wieder deutlich wurde, nämlich dass es zwar sehr viele Informationen über Europa gibt, es allerdings doch gerade für junge Menschen relativ schwierig ist, diese Informationen zu filtern. Das kann und muss die Schule unterstützen. Gerade deshalb haben unsere Europaschulen auch eine **Pilotfunktion**. Das ist in dem Bericht deutlich gewor-

den. Dafür danke ich. Wir werden das im Ausschuss vertiefen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD erteile ich der Frau Abgeordneten Astrid Höfs das Wort.

Astrid Höfs [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Woche können wir zu Recht die Europawoche nennen. Sie heißt ja auch die Europawoche. Heute steht eine Menge von Europathemen auf der Tagesordnung. Es fehlt jetzt noch der Bereich der Bildung. Ohne Bildung haben **Jugendliche** keine Chancen, ohne Chancen keine gesellschaftliche Teilhabe.

Der wirtschaftliche und soziale Wandel erfordert von den jungen Menschen heute mehr Kompetenzen als jemals zuvor, damit sie sich in einer **globalisierten Wirtschaft** und in einer immer vielfältigeren Gesellschaft behaupten können. Sie benötigen in jedem Falle nicht nur umfassende Sprachkenntnisse. Kreativität und die Fähigkeit, immer weiter dazulernen zu können, sind gefragt.

Junge Menschen müssen rechtzeitig und umfassend auf die Arbeitswelt Europa aufmerksam gemacht und vorbereitet werden. Ein besonderes Engagement zeigen hier die 30 Europaschulen in Schleswig-Holstein. Ich bin erfreut, dass die Anzahl der **Europaschulen** ständig gewachsen ist und dass alle Schularten vertreten sind, wenngleich sehr unterschiedlich verteilt. Trotzdem ist es sehr wichtig, dass sie mehr geworden sind.

Das Interesse, Europaschule zu werden, ist sehr groß. Am besten wäre es, finde ich, wenn alle Schulen Europaschulen würden. Dann könnten wir davon ausgehen, dass der Europagedanke ausgeweitet wird, dass das Fremdsprachenprofil erweitert wird, dass grenzüberschreitende Projekte mit Schulen in anderen europäischen Ländern vertieft werden und dass **Schulpartnerschaften** ausgebaut werden. Partnerschaften eröffnen allen Beteiligten europäische Erfahrungen. Diese Kontakte vermitteln gelebtes Europa, Verständnis für andere Menschen, andere Kulturen und helfen, Vorurteile abzubauen. Dabei sehe ich den Schüleraustausch als genauso wichtig wie den Lehrkräfteaustausch an.

Anlässlich eines Gedankenaustauschs der Mitglieder des Arbeitskreises Europa der SPD-Fraktion mit Vertretern der Europaschulen wurde sehr deut-

(Astrid Höfs)

lich, dass gerade die Kontaktmöglichkeiten und Austauschprogramme bei den Schülerinnen und Schülern sehr gefragt sind. Insgesamt ist die Nachfrage nach Auslandsaufenthalten aber viel größer als das Angebot.

Zum Teil liegt das daran, dass die **Antragsverfahren** für EU-geförderte Projekte sehr bürokratisch sind und deswegen auch die praktische Umsetzung sehr aufwendig ist. Hierbei mangelt es den **Lehrkräften** hauptsächlich an Zeit für spezielle Aufgaben. Die betreffenden Lehrkräfte sollten auch besser über mögliche EU-Förderprogramme informiert sein, mehr Kontakte zu Lehrerinnen und Lehrern in Europa pflegen können, damit die Informationen dann auch vermehrt an die Schülerinnen und Schüler fließen können. Vielleicht ist es möglich, diese Arbeit in nächster Zeit entweder durch **Ausgleichsstunden** oder durch **Koordinatorstellen** zu verbessern. Gut ist, dass das Ministerium die Schulen bei der Vermittlung der EU-Förderprogramme unterstützt.

Am liebsten wäre es mir natürlich, wenn alle Schülerinnen und Schüler einen **Auslandsaufenthalt** machen könnten. Oft scheitert dieser auch an den finanziellen Möglichkeiten der Familien. Deshalb möchte ich hier auch den Verein der Europaschulen erwähnen, der oft hilfreich eingreift.

Für die **berufsbildenden Schulen** ist es oft ein Problem, Betrieben in Schleswig-Holstein den Europagedanken zu vermitteln. Während es den Schulen gelingt, die Schülerinnen und Schüler zu motivieren, sich für einen Auslandsaufenthalt zu entscheiden, muss in den **Betrieben** häufig erhebliche Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit die Auszubildenden ein **Praktikum** im europäischen Ausland machen können. Von Handwerksbetrieben, die daran teilgenommen haben, weiß ich, dass davon nicht nur die Auszubildenden, sondern nach deren Rückkehr auch die heimatlichen Betriebe profitieren.

Das gemeinsame Lernen junger Menschen aus verschiedenen Ländern ist ein Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in Europa. Und gerade unsere Kinder sind doch die besten Botschafter, um das weitere Zusammenwachsen unseres Europas zu ermöglichen und voranzutreiben. Wir dürfen deshalb in unseren Bemühungen nicht nachlassen, den europäischen Gedanken so früh wie möglich an Kinder und Jugendliche heranzutragen.

Der **Europaausschuss** hat sich deshalb wiederholt in Europaschulen informiert, und - was ich noch wichtiger finde - die Ausschussmitglieder haben

während gemeinsamer Veranstaltungen mit den Schülerinnen und Schülern in Europaschulen über Europapolitik und über die Möglichkeiten junger Menschen in Europa diskutiert. Dafür sage ich den Ausschussmitgliedern aller Fraktionen herzlichen Dank, die sich daran beteiligt und sich den Fragen der Schülerinnen und Schüler gestellt haben.

Wir - die Europapolitikerinnen und Europapolitiker - nehmen gern jede Gelegenheit wahr, an Projekttagen oder auch in der Europawoche mit Schülerinnen und Schülern über Europa zu diskutieren und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Jeder einzelne Schüler, jede einzelne Schülerin und jede Lehrkraft in Europaschulen leistet einen Beitrag zur Integration und zum Frieden in Europa. Dafür spreche ich ihnen allen meine Anerkennung aus.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP hat der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle darin einig, dass die Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein und ihr Engagement außerordentlich verdienstvoll sind, dass sie zur Entwicklung des europäischen Gedankens beitragen und dass sie ein Beispiel für eine gute Bildungsarbeit in entsprechend profilierten Schulen in unserem Land darstellen

Ich möchte nur ein Beispiel aus den Aktivitäten von Europaschulen herausgreifen und zeigen, wie innovativ dort auch gearbeitet wird, nämlich etwa mit einem Beitrag, den die einzige Europaschule in Stormarn, das Emil-von-Behring-Gymnasium in Großhansdorf, mit der Entwicklung eines Konzepts geleistet hat, bei dem man den **Schüleraustausch** mit einer Schule in **Bilbao** in Spanien mit dem Angebot von **Wirtschaftspraktika** koppelt. Das macht, glaube ich, deutlich, wie man Schülern dieses Europa, das sowohl ein gemeinsamer Binnenmarkt als auch ein gemeinsamer Arbeitsmarkt ist, mit solchen Angeboten einzelner Schulen vertraut machen und ihnen öffnen kann.

Nun hat sich der Verein, in dem sich die Europaschulen unseres Landes zusammengeschlossen haben, Ende letzten Jahres in einem Resümee der bisherigen Arbeit, die die Schulen geleistet haben, für eine Reihe von **Verbesserungen der Arbeitsbe-**

(Dr. Ekkehard Klug)

dingungen dieser Schulen ausgesprochen. Ich denke, es ist vor allem auch notwendig, dass wir in der Ausschussnachbereitung dieser Landtagsdebatte darüber reden, wie man in den drei Punkten, die der **Verein Europaschulen** hier nennt, weiterkommen kann, nämlich etwa in der Verbesserung der Bedingungen für Berufs-, Betriebs- und Wirtschaftspraktika im Ausland einschließlich der Verbesserung der Angebote im Bereich des Lehrlingsaustauschs. Weiter geht es um eine Konzeption, die die Lehrkräfte dieser Schulen einschließt - bis hin zu ersten Schritten zur Einführung einer Art Europareferendariat.

Auf einen dritten Punkt wird man als Abgeordneter immer wieder hingewiesen, wenn man die Schulen vor Ort besucht. Es geht dabei um die Frage, ob es nicht ein spezielles Förderinstrumentarium jenseits der nur immateriellen Äußerungen geben könnte, aber eben zusätzlich, das für die Europaarbeit der Schulen bereitgestellt werden könnte. Vielleicht wäre auch eine zentrale Beratungsstelle nützlich, wenn es um die Inanspruchnahme von EU-Förderprogrammen geht.

Das sind jedenfalls Dinge, auf die man als Abgeordneter vor Ort angesprochen wird, weil alle wissen, wie schwierig manchmal das Anzapfen von EU-Programmen in der Praxis ist. Okay, ich will diese Stichworte hier nur noch einmal zur Diskussion stellen. Ich denke, wir werden uns im Ausschuss vertiefend darüber austauschen.

Fazit auch mit Blick auf die bevorstehende Europawahl: Das Engagement, das die Europaschulen erbringen, ist politische Bildung für Europa im besten Sinne. Ich bin nicht ganz so überzeugt wie Frau Höfs, ob es das Ziel sein sollte, dass jede Schule in Schleswig-Holstein Europaschule im Sinne des Vereins Europaschulen sein sollte. Man sollte Schulen unterschiedlicher Profile in unserer Schullandschaft ermöglichen, aber die Zahl 30 ist deutlich steigerungsfähig.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Astrid Höfs [SPD])

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa assoziieren viele vor allem mit den Milliardensubventionen für die Landwirtschaft, die in ihrer Wirkung aber eher geeignet sind, nationale Ökonomien abzusichern, als die Solidarität eines gemeinsamen Europas zu fördern. Ganz anders die **Europaschulen**. Keineswegs durch Subventionen aus Brüssel verwöhnt - die Ministerin hat gerade die sehr bescheidenen Mittel genannt, die hierfür zur Verfügung stehen -, praktizieren sie den kulturellen Austausch und die Völkerverständigung konkret, und dies zum Teil schon seit Jahrzehnten. Ich sage an dieser Stelle für meine Fraktion ausdrücklich: Chapeau vor dieser Leistung!

Wir sind in der Pflicht, uns dafür einzusetzen, dass der innereuropäische Austausch zwischen Schulklassen und einzelnen Schülerinnen und Schülern, aber auch unter den Lehrkräften international viel mehr zur Selbstverständlichkeit wird - und dies nicht nur am Gymnasium, sondern für alle Schularten.

Die Anzahl und die geringe Förderung der überall so begehrten **Assistant Teacher** beispielsweise sind für alle beteiligten Staaten eher beschämend. Frau Ministerin, Sie haben uns dankenswerterweise neulich Zahlen geliefert, und ich will Ihnen auch keinesfalls allein irgendeine Schuld zuweisen. Das ist offensichtlich in der Prioritätenliste vieler Staaten nicht sehr weit oben angesiedelt - und das, obwohl alle Schulen händeringend nach diesen muttersprachlichen Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrern suchen und sie mit Handkuss empfangen, weil sie natürlich das Angebot an den Europaschulen, aber auch an anderen Schulen sehr bereichern. Aber gerade an den Europaschulen müsste es, finde ich, natürlich einen besonderen Zugang zu diesem Angebot geben, damit dieses Profil auf diese Weise besonders gefördert wird.

Außerdem ist zu bedenken, dass viele Schülerinnen und Schüler - vor allem der Gymnasien - inzwischen gern in einem englischsprachigen Land einen **Auslandsaufenthalt** für ein ganzes Jahr verbringen, häufig in Amerika. Das ist ja auch das größte englischsprachige Land, und es gibt viele Programme und viele Förderstipendien dafür. Wenn man dagegen sieht, wie viel im Bildungsbereich gerade hinsichtlich solcher Praktika und Auslandsaufenthalte an Schulen im europäischen Raum stattfindet und dabei das englischsprachige Großbritannien abzieht, merkt man, was für ein Ungleichgewicht es dort gibt.

(Angelika Birk)

Wenn wir den Europagedanken fördern wollen, wenn wir die europäische Solidarität und das Wissen über die europäischen Länder und ihre Erfahrungen fördern wollen, wenn wir auch wollen, dass andere Sprachen als Englisch gesprochen werden - wir werden die Weltsprache Englisch natürlich nicht ablösen können, aber eine größere Sprachenvielfalt auf dieser Welt ist sicherlich wünschenswert; und die europäischen Sprachen haben hierbei einen reichen Schatz zu bieten -, wenn wir also hier mehr tun wollen, müssen wir uns natürlich noch ganz anders für **Bildungsprogramme** für Europaschulen in allen Ländern einsetzen. Also, dem Trend, alles nach Amerika, alles nur englischsprachig, der zum Teil auch wirtschaftlich gefördert wird, muss etwas entgegengesetzt werden.

Dabei ist Frankreich traditionell ein natürlicher Partner in dieser Frage. Wir haben dann aber auch die Verpflichtungen gegenüber dem Land Polen, die wir mit Leben erfüllen. Aber dann wird es auch schon dünn. Ich habe mich deswegen ausgesprochen gefreut, dass der Kollege vorhin das Beispiel aus Bilbao in Spanien angebracht hat. Spanien ist allerdings ein westeuropäisches Land und ein Land, dessen Sprache sich in unseren Schulen noch eher widerspiegelt, denn Spanisch gibt es durchaus in unserem Schulkanon.

Was machen hingegen wir mit den vielen neuen **Nachbarn im Osten**, die jetzt zur EU gehören, in denen natürlich noch viel weniger Geld vorhanden ist und deren Sprachen, wenn man sie sich auf dem Weltmarkt der Sprachen anschaut, verschwindend wenig vorkommen und die auch noch schwierig zu erlernen sind wie zum Beispiel Ungarisch? Es ist auch nicht sehr populär, Finnisch zu lernen. Was machen wir da mit Schulpartnerschaften?

Wenn wir den Europagedanken ernst nehmen, kann es nicht sein, dass wir die reichen Länder Europas untereinander vernetzen. Wenn wir das als Solidaritäts- und Bildungsaustausch ernst nehmen wollen, müssen wir uns - nicht heute und nicht sofort, aber auf jeden Fall - der Aufgabe widmen, auch hier zu einem Austausch zu kommen, der auf ein breiteres Fundament als bisher gestellt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ritzek
[CDU])

Die Schulen, die sich hier als Pionier auf den Weg gemacht haben, haben es besonders schwer. Deshalb unterstreiche ich den Gedanken an dieser Stelle noch einmal.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW im Landtag hat die Frau Vorsitzende, Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die schleswig-holsteinischen Europaschulen eine beeindruckende Arbeit leisten, ist unumstritten. Das wurde von der Ministerin schon hervorgehoben. Das will ich jetzt nicht vertiefen. Dass die Europaschulen seit 1996 verschiedenste Instrumente entwickelt haben, um ihren Schülerinnen und Schülern auch diese in den Europaschulen beigebrachte **Europakompetenz** zu vermitteln und so für mehr Verständnis, Toleranz und Miteinander unter den Menschen in Europa sorgen, ist ebenfalls unbestritten. Aus Sicht des SSW gilt es, diese Arbeit zu würdigen und vor allem, diese Arbeit in Zukunft verstärkt zu unterstützen.

Für die weitere Beratung im Ausschuss möchte ich - genau wie der Kollege Klug - ein paar Stichworte loswerden, die nicht neu sind, die wir in den verschiedensten Ausschussberatungen auch schon mehrfach angesprochen haben, die aber aus Sicht des SSW uns weiterhin als Ziel vor Augen sein sollten.

Erstens. Die Europaschulen brauchen eine bessere **finanzielle Förderung**.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist nicht einfach. Sie brauchen aber mehr Unterstützung, sodass sie sich dann auch innerhalb der verschiedensten Projekte bewegen können. Zudem dient eine bessere finanzielle Förderung sowohl der Motivation als auch der Belohnung. Wir können grundsätzlich nicht vonseiten der Politik fordern, dass Europa den Bürgerinnen und Bürgern nähergebracht wird, wenn wir gleichzeitig nicht bereit sind, dieses auch angemessen zu fördern. Das muss weiterhin unser Ziel sein.

Zweitens müssen die Europaschulen aus Sicht des SSW systematisch mit **Fremdsprachenassistenten** ausgestattet werden. Auch das ist kein neues Thema. Das haben wir im Ausschuss mehrfach beraten. Diese jungen Menschen, die Fremdsprachenassistenten, beleben den Fremdsprachenunterricht über den pädagogischen Austauschdienst und können den Schülerinnen und Schülern das Leben in einem anderen Land Europas ganz konkret näherbringen. Die Anregung der Kollegin Birk aufgreifend könnte man gerade mit Hilfe von Fremdsprachenassisten-

(Anke Spoorendonk)

ten auch einen breiteren Zugang zu den anderen Sprachen Europas ermöglichen.

Drittens sollte aus Sicht des SSW eine **Beratungsstelle** für die Schulen zur Erarbeitung von **EU-Förderanträgen** eingerichtet werden.

(Zurufe)

Es gibt schon solche Stellen. Aber im Gespräch mit Europaschulen hört man immer wieder, dass es mehr als wünschenswert wäre, wenn es für EU-Förder-Anträge für den schulischen Bereich so eine Stelle geben könnte. Genau wie wir es schon von INTERREG und auch aus dem Zukunftsprogramm kennen, brauchen auch die Lehrerinnen und Lehrer Unterstützung, um sich durch den Antragsdschungel zu kämpfen und so mehr Geld aus Brüssel nach Schleswig-Holstein zu holen.

Viertens müssen wir uns überlegen, ob es nicht angemessen und richtig ist, für jede Europaschule auch **zwei Ausgleichsstunden** zur Verfügung zu stellen, damit der Mehraufwand der Lehrerinnen und Lehrer nicht nur aus ehrenamtlicher Arbeit geleistet werden muss, sondern auch vom Land anerkannt wird.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das wäre weiterhin auch ein Ausdruck von Wertschätzung der Arbeit, die an den Europaschulen nicht nur über die Fördervereine, sondern auch wirklich von den Lehrkräften geleistet wird.

Und fünftens wünscht sich der SSW eine **politische Initiative** zur Stärkung der Arbeit der Europaschulen. Über die konkrete Gestaltung müssen wir weiter im Europaausschuss beraten. Aber Schwerpunkt so einer politischen Initiative könnte die Förderung der **grenzüberschreitenden Mobilität** von Lehrlingen und Studierenden sein. Auch das ist nichts Neues. Aber gerade einmal 2 % der Lehrlinge gehen deutschlandweit während ihrer Ausbildung ins Ausland. Die Zahl der Studierenden ist mit der Einführung von Bachelor und Master gesunken, da diese verschulden Studiengänge einen Auslandsaufenthalt häufig nicht mehr zulassen. Und derzeit werden gerade einmal 41 % der im Ausland erbrachten Leistungen in Deutschland auch anerkannt. Auch da besteht noch Nachholbedarf.

Grundsätzlich: Für einen Exportweltmeister wie Deutschland - das sind wir ja immer noch - ist es notwendig, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer interkulturelle Kompetenz besitzen und sich in dieser globalisierten Welt bewegen können.

Wir wünschen uns, dass wir über weitere Beratungen im Ausschuss auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Europaschulen verbessern können. Ansonsten wünschen wir uns, dass auch alle anderen Schulen sich letztlich als Europaschulen verstehen.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/2639 (neu) durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Frau Spoorendonk, Ihren Hinweis auf Befassung im Europaausschuss werte ich als den Hinweis auf Selbstbefassung, da die Überweisung eines mündlichen Berichtes nicht vorgesehen ist.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ja, ist klar!)

Ich rufe dann den Tagesordnungspunkt 12 auf:

Soziales Europa

Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 16/2366

Antwort der Landesregierung
Drucksache 16/2611

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich zur Beantwortung der Großen Anfrage das Wort dem Herrn Minister für Justiz, Arbeit und Europa, Uwe Döring.

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wahrscheinlich bin ich noch irgendwo in der Zeitverschiebung verfangen. Ich sagte eben schon zu Herrn Klug, vielleicht taue ich auch erst noch auf. Tut mir leid, dass ich erst jetzt dazu komme, Ihnen den Bericht vorzustellen, den Sie bereits erhalten haben.

Die vorliegende Antwort auf die Große Anfrage zeigt, wie wichtig die Politik der Europäischen Union für Schleswig-Holstein ist und was wir in Schleswig-Holstein im sozialen Bereich daraus machen.

(Minister Uwe Döring)

Lassen Sie mich das an einigen Beispielen skizzieren. Die **deutsch-dänische Zusammenarbeit** umfasst inzwischen nicht mehr nur die regionale Ebene und beschränkt sich auch nicht auf Wirtschaft und Umwelt. Einige von uns werden sich sicherlich noch an die Zeit erinnern, als wir über die Frage diskutierten, ob, wann und unter welchen Bedingungen eine **grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung** überhaupt möglich ist. Seit den 90er-Jahren haben wir mithilfe von INTERREG eine enge Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich aufbauen können. Es ist ein großer Fortschritt - ich bin sehr froh darüber -, dass dieser Bereich inzwischen substanziell in die gemeinsame Erklärung zwischen Schleswig-Holstein und Süddänemark aufgenommen wurde sowie Teil unseres jährlichen Arbeitsprogramms ist.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Torsten Geerds [CDU])

Mit der **Neuausrichtung** der **EU-Strukturpolitik** haben wir auch innerhalb Schleswig-Holsteins unsere Schwerpunkte neu ausgerichtet. Mit dem **Zukunftsprogramm** schafft die Landesregierung einen einheitlichen Förderrahmen für wirtschaftliche und gesellschaftliche Potenziale, die es zu stärken und durch innovative Vorhaben zu unterstützen gilt. Ziele sind mehr Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und damit gesellschaftlicher Wohlstand in unserem Land. Wir wollen damit weitere innovative Projekte anstoßen, zum Beispiel Projekte zum Ausbau der wirtschaftsnahen Forschungsinfrastruktur, auch um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Auch das ist ein Teil, der zum sozialen Europa gehört. Dazu gehören auch Projekte zum lebenslangen Lernen und zur weiteren Entwicklung der spezifischen regionalen Potenziale. Hier müssen wir schon bei den jungen Menschen ansetzen. Deshalb bin ich sehr froh, dass ich mit meiner Kollegin Erdsiek-Rave das **Projekt „Schule und Arbeitswelt“** aus europäischen Mitteln finanzieren kann, aus dem Europäischen Sozialfonds. Das ist ein Teil konkreter, sozialer Arbeit, die wir an Schulen leisten können,

(Vereinzelter Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

damit junge Menschen frühzeitig eine Berufsorientierung haben und später auch ihren Arbeitsplatz und ihren Platz in der Gesellschaft finden.

Der Bericht zeigt aber auch deutlich, was wir heute gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise brauchen: eine **Neubestimmung** von

Markt und staatlichem Handeln, eine Neubestimmung von **europäischen Kompetenzen** und **nationalen Strukturen**. So gab es im letzten Jahr - wir haben hier im Haus schon mehrfach darüber diskutiert - eine Reihe von Urteilen des EuGH, die den Schutz des Binnenmarktes, insbesondere die Dienstleistungsfreiheit, faktisch über nationale Regelungen stellen - sowohl beim Streikrecht als auch bei der Tariffindung. Das hat zu vielen Diskussionen und zu viel Unverständnis geführt. Hier fehlen klare EU-Regelungen zum sozialen Europa und/oder, wenn man das nicht europäisch regeln will, dann ein klares Bekenntnis zu Subsidiarität, dass die nationalen Standards gehalten werden können.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier besteht - lassen Sie mich das gerade im Vorfeld der Europawahl sagen - eine ganz große Gefahr, weil das dazu führt, dass wir bei solchen Wahlen schlechte Beteiligungen haben, weil nämlich die Menschen die EU nicht als Schutzschild vor wirtschaftlichen Problemen wahrnehmen, sondern als Teil der Bedrohung empfinden.

(Holger Astrup [SPD]: Leider ist das so!)

Wenn das passiert, werden wir ein riesiges Problem haben, Köpfe und Herzen der Menschen für Europa zu gewinnen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch für die EU gilt der Satz: Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der SPD)

Die **europäische Integration** hat schon viel erreicht. Sie ist aus einer Wirtschaftsgemeinschaft entstanden, die über die **ökonomische Integration** eine politische Gemeinschaft erreichen will. Der erste ökonomische Abschnitt war erfolgreich. Das zeigt übrigens auch die aktuelle Weltfinanzkrise. Kein Land allein ist in der Lage, die Probleme zu lösen. Beim zweiten Abschnitt, dem Aufbau einer **politischen Gemeinschaft**, sind wir schon weit gekommen. Die bevorstehende Wahl zum Europaparlament ist ein wichtiger Bestandteil für eine funktionierende Demokratie in Europa. Aber wir müssen auch den dritten Teil vollenden, die Stärkung des **sozialen Europas**, ein Europa, in dessen Mittelpunkt die Menschen und nicht nur die Märkte stehen.

Doch was ist ein soziales Europa? Jeder hat eine andere Definition davon. Für die einen gehört zum

(Minister Uwe Döring)

sozialen Europa ein starker Staat, der eingreift und alles entscheidet, für andere soll alles der Markt regeln. Ich bin davon überzeugt: Wir werden zwischen beiden Positionen eine sinnvolle Balance finden müssen. Wie diese austariert werden soll, darüber werden wir noch lange diskutieren müssen. Aber wir müssen dies erreichen.

Was könnten die **Kernpunkte** eines **sozialen Europas** sein? Aus meiner Sicht kann ich Ihnen dazu einige Vorschläge machen.

Wir brauchen **grenzüberschreitende Arbeitnehmerrechte**.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Je stärker Unternehmen europaweit und global handeln, desto bedeutender wird es, dass Arbeitnehmerrechte nicht an nationalen Grenzen haltmachen.

Wir brauchen einen europäischen Pakt gegen Lohndumping. Die Menschen, ganz gleich, wo in Europa sie wohnen, müssen von ihrer Arbeit leben können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen einen **sozialen Stabilitätspakt** mit Zielen und Standards über die jeweiligen Sozial- und Bildungsausgaben, die sich dann allerdings auch an den jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeiten zu orientieren haben. Damit die Mobilität, die Freizügigkeit von Menschen nicht ein reines Lippenbekenntnis bleibt, müssen wir letztlich, was die Sozialsysteme angeht, dafür sorgen, dass wir möglichst viel harmonisieren, dass Ansprüche der sozialen Sicherung mitgenommen werden können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn ich das nicht habe, habe ich eine faktische Schranke. Das heißt, wenn ich das will, dass sich Menschen in diesem Binnenmarkt frei bewegen können - ich bin sehr dafür -, darf es für sie dadurch keine persönlichen Nachteile geben. Wenn das der Fall ist, werden sie es nicht tun.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine **bessere Koordinierung** der **Wirtschafts-**, der **Finanz-** und der **Geldpolitik**. So könnte zum Beispiel die Europäische Zentralbank neben der Wahrung von Preisstabilität auch die Förderung von Wachstum und Beschäftigung als gleichgewichtiges Ziel verfolgen, wie wir das früher von der Bundesbank kannten. Das Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt muss nach fairen Re-

geln verlaufen. Steuerdumping darf es genauso wenig geben wie Lohndumping.

Schließlich: Wir brauchen bessere **Rechtsetzung**. Der Abbau überflüssiger Regelungen ist äußerst sinnvoll. Darüber haben wir hier auch mehrfach gesprochen. Aber es müssen ordnungspolitische Funktionen aufrecht erhalten bleiben. Es kann nicht die völlige Deregulierung sein. Aber was überflüssig ist, was hemmt, muss entsprechend abgeschafft werden.

Es gibt noch eine ganze Reihe anderer Stichpunkte, die ich hier anführen könnte. Eines aber sollten wir nicht vergessen: Das **zentrale Europa** ist das zentrale Zukunftsprojekt der Europäischen Union im 21. Jahrhundert. Es braucht das Fundament einer engagierten europäischen Bürgergesellschaft, denn es ist ein Projekt aller 500 Millionen Menschen in Europa, einer der größten Demokratien in der Welt. Deshalb ist es auch so wichtig, dass die Menschen im Juni zur **Wahl des Europäischen Parlaments** gehen. Auch wenn wir alle unterschiedliche Auffassungen davon haben, wer denn gewählt werden soll, sollten wir alle gemeinsam dafür sorgen, dass gewählt wird. Das Wesentliche ist, dass wir eine hohe Beteiligung haben.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir eine hohe Beteiligung haben, kann es zu einem entsprechend hohen Gewicht kommen. Insofern haben wir alle eine gemeinsame politische Verantwortung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf weitere Beratungen in den Ausschüssen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Rolf Fischer.

Rolf Fischer [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern trafen sich in Prag zu einem **europäischen Beschäftigungsgipfel** leider nur sehr wenige europäische Staaten. Es ist gut, wenn man miteinander redet, noch besser wäre es gewesen, wenn konkrete Maßnahmen beschlossen worden wären. Auch das ist nicht der Fall. Das ist enttäuschend, denn die Zeit drängt.

Noch immer ist die Frage der Arbeitszeiten chaotisch geregelt; noch immer gibt keinen Schutz-

(Rolf Fischer)

schirm für Beschäftigung; noch immer sind die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unzureichend geschützt. Weil das so ist, brauchen wir das soziale Europa, brauchen wir ein Europa, in dem die Menschen und nicht die Märkte im Mittelpunkt stehen. Der Minister hat es gesagt. Das ist der Zusammenhang, in den ich unsere Große Anfrage stellen möchte.

Wir wollen, dass Europa Träger einer neuen Hoffnung, eines neuen Versprechens wird: Wir wollen ein **sozial gerechtes** und **solidarisches Europa** mit starken Bürgerrechten und verbindlichen Rechten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Solange dies nicht erfüllt ist, werden die Menschen die Chancen, die Europa ihnen bietet, nicht erkennen, und vor allem werden sie sich nicht mit Europa identifizieren.

Ein Europa, in Frieden geeint, politisch stark, sozial und demokratisch erfolgreich, das ist unsere sozialdemokratische Antwort auf die neue soziale Frage im 21. Jahrhundert. Gerade die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt: Europa braucht nicht weniger, Europa braucht mehr Europa! Deshalb ist die **Euro-pawahl** in vier Wochen auch eine Richtungswahl. Deshalb ist sie so wichtig. Wir wollen, dass sie zu einem Signal des Aufbruchs für ein starkes und soziales Europa der Zukunft wird.

Europa wurde in der Vergangenheit fast ausschließlich wirtschaftlich definiert, von der Montanunion bis zur Wirtschaftsgemeinschaft, vom Binnenmarkt bis zu den unsäglichen EuGH-Urteilen zur Tariftreue. Heute wissen wir, dass diese Einseitigkeit zu Lasten der Menschen geht. Die Bürger wissen dies auch. Die Antwort der Landesregierung zeigt, inwieweit Europa auf Schleswig-Holstein zum Beispiel in der Frage der Tariftreue gewirkt hat. Das wird ganz deutlich. An dieser Stelle darf ich dem Minister und vor allen Dingen dem Ministerium herzlich für die Antwort danken.

(Beifall bei SPD und CDU)

Weil das so ist, stellen die Menschen zu Recht Bedingung an dieses Europa, Bedingungen, die wir aufnehmen wollen und müssen.

Ich sage deutlich: Das fällt uns Sozialdemokraten leicht, denn unsere Vorstellungen von Europa entsprechen genau diesen Bedingungen: Wir wollen, dass Wirtschaften auch auf europäischer Ebene in eine soziale und politische Ordnung eingefasst ist. Auch im europäischen Binnenmarkt müssen soziale und ökologische Regeln gelten.

Wenn wir eines zurzeit erfahren, dann ist es doch dies: Die Märkte und ihre Macher, die immer den individuellen Profit vor das Gemeinwohl gesetzt haben, sind gescheitert.

(Beifall bei der SPD)

Weil das so ist, müssen wir gleichwertig - ich betone: gleichwertig! - neben die reine **Wirtschafts- und Währungsunion** eine neue starke und funktionsstüchtige **Sozialunion** stellen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist übrigens nicht nur unser politisches Ziel, das ist auch eine europäische Tradition.

Sozialstaatlichkeit ist die richtige Antwort auf die **Globalisierung**. Sie ist eine europäische Antwort, und wir wollen sie weiterentwickeln. Wir sagen deutlich: In Europa dürfen nicht soziale Mindeststandards regieren, sondern wir brauchen das höchstmögliche Maß an sozialem Schutz.

So tragisch es ist, dass aus vielen europäischen Milliarden mittlerweile nur noch Millionäre geworden sind, so tragisch es ist, dass die Gehälter der Vorstandsvorsitzenden großer Firmen plötzlich öffentlich diskutiert werden, so sehr hält sich allerdings auch mein Mitleid in Grenzen. Denn weit tragischer ist das Steigen der europäischen Arbeitslosenquote, weit tragischer ist die damit verbundene Armut vieler Menschen, und weit tragischer ist, dass es auf der europäischen Ebene viel zu wenig Möglichkeiten gibt, dagegen anzugehen. Deshalb brauchen wir einen **europäischen Pakt für Arbeit**.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb wollen wir den Ausbau der Arbeitnehmerrechte. Deshalb brauchen wir starke europäische Betriebsräte. Deshalb stärken wir die Tarifautonomie, und zwar in allen Staaten Europas.

(Beifall bei der SPD)

Dass in diesen Zusammenhang auch der gesetzliche Mindestlohn für Deutschland gehört, der in Europa längst Standard ist, ist ebenso selbstverständlich wie richtig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ohne diese Instrumente wird es kein soziales Europa geben. Als unser Spitzeneuropäer Martin Schulz jüngst darauf hinwies, dass sich der Franzose Sarkozy im Europaparlament wie Karl Marx im Exil anhöre, wurde noch etwas anderes sehr deutlich:

(Rolf Fischer)

Wenn die Konjunktur schwächelt, dann sind plötzlich alle - oder fast alle - sozial.

(Zuruf von der SPD: Herr Kubicki nicht!)

Ich wage vorherzusagen: Wenn die Krise vorbei ist, dann sind diese guten Vorsätze schnell vergessen. Ich sage auch: Ein Zurück wäre fatal. Das wäre ein Rückschlag. Gerade jetzt muss die Europäische Union soziale Verantwortung beweisen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Der Soziologe Ulrich Beck warnt vor diesem Rückschritt und spricht sich für eine gemeinsame Finanzpolitik, eine gemeinsame Steuerpolitik und eine gemeinsame Industrie- und Sozialpolitik der EU aus. Er schreibt: Gerade diese **Krise** könnte verwandelt werden in eine Neubegründung der EU. Diese Neubegründung muss ein soziales Europa sein, zu dem auch eine starke europäische Bildungs- und Forschungspolitik gehört.

Wenn wir den Aufstieg durch Bildung wollen, wenn wir von den Menschen Mobilität verlangen und wenn wir sogar durch Förderprogramme die Voraussetzungen dafür schaffen, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass alle diese **Chancen** nutzen können, dass alle dabei sind und dass alle Talente gefördert werden. Deshalb wollen wir ein europäisches Recht auf Weiterbildung. Wir wollen die sprachliche Bildung fördern. Wir wollen endlich die bessere Anerkennung von Bildungsabschlüssen aller Stufen. Wir wollen auch, dass die **Bildungsprogramme der EU** noch stärker als bisher Auszubildende und junge Berufseinsteiger einbeziehen. Hier gibt es noch viel zu tun. Die Antwort der Landesregierung belegt dies im Übrigen.

(Beifall bei SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Wissen Sie, Herr Kubicki, wir wollen nicht nur alles, wir können auch alles. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das bezweifele ich!)

- Im Gegensatz zu manchem Besserwisser habe ich wirklich recht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir eines von Europa lernen, dann ist es das: Wir brauchen mehr Betreuungsangebote für Kinder, mehr Ganztagschulen und mehr gemeinschaftliches Lernen in unseren Schulen.

In der Antwort der Landesregierung wird auch auf die **soziale Verantwortung von Unternehmen** eingegangen. Das heißt, soziale und ökologische

Belange sind in der Unternehmenstätigkeit stärker zu berücksichtigen, wie dies von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wird. Ich begrüße es außerordentlich, dass die Landesregierung das europäische Konzept der Corporate Social Responsibility (CSR) unterstützt und finanziell fördert. Allerdings ist CSR noch freiwillig, das erscheint mir zu wenig. Hier würde ich mir eine stärkere europäische Initiative wünschen, die diese soziale und ethische Verantwortung der Unternehmen nachprüfbar einfordert und Verstöße auch ahndet.

(Beifall bei der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn der nationale Rahmen nicht mehr ausreicht, um die sozialen Rechte von Menschen zu schützen, dann müssen wir die gleichen Rechte auf europäischer Ebene einführen und absichern. Das ist übrigens nicht nur eine politische oder juristische Frage, das ist auch eine Frage der **politischen Kultur**. Ich möchte darauf hinweisen, dass auch dieser Bereich der politischen Kultur immer dann bemüht wird, wenn eine Krise da war. Eigentlich ist dies ein Teil, den wir auch außerhalb einer Krise bemühen und intensiv diskutieren sollten, denn diese politische Kultur schafft **Identität**. Sie schafft auch in Europa den Frieden nach innen. Wenn ich darf, dann will ich die Chance nutzen, an Carlo Schmid zu erinnern, der genau diesen Aspekt als großer Europäer in seiner aktiven Laufbahn immer wieder betont hat. Ich glaube, es ist Zeit, auch einmal an diesen großen Europäer der Sozialdemokratie zu erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Ein soziales Europa heißt für uns: Solidarisch finanzierte Sozialsysteme für die Absicherung im Alter und gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit, für alle Bürgerinnen und Bürger zugängliche Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge und das Recht auf demokratische Mitbestimmung. Willy Brandt hat es 1979 so formuliert: Dieses Europa gehört uns allen. Es ist uns gemeinsam anvertraut. Was wir anstreben, ist eine Gesellschaft, die frei ist von Furcht, mit gleichen Chancen für alle Menschen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Niclas Herbst das Wort.

Niclas Herbst [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz der fortgeschrittenen Zeit möchte ich es nicht versäumen, mich auch beim Antragsteller dafür herzlich zu bedanken, dass er das Thema auf die Tagesordnung gebracht hat. Ich möchte mich aber auch bei der gesamten Landesverwaltung bedanken. Europa ist ein **Querschnittsthema**. Daher gehe ich davon aus, dass daran viele Ministerien beteiligt waren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir haben hier eben nicht nur einen Hauch von Wahlkampf gespürt. Ich sage ausdrücklich, dass ich das in Ordnung finde. Wir sind im Wahlkampf, und es ist gut, wenn die Leute draußen das mitkriegen. Hier wehte sozusagen ein wenig der eisige Hauch des Klassenkampfes.

(Zurufe)

Ich will darauf hinweisen, dass wir gestern bereits auf das Niveau hingewiesen wurden, und zwar durch ein Kommuniqué des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Vorsitzende des **Gewerkschaftsbundes** hat gesagt, dass er die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage grundsätzlich lobt. Er hat allerdings einen Teil herausgenommen und ihn auch benannt. Ansonsten sagt er, ich darf zitieren: Er, Deutschland, „vermisse nicht nur im Landtag eine anspruchsvolle Diskussion zu europäischen Fragen.“

Kollege Fischer, das sollten wir auf uns alle beziehen. Hier möchte ich ausdrücklich alle Kollegen verteidigen. „So sei die Debatte am gestrigen Mittwoch zum Europabericht der Landesregierung über ein bescheidenes Niveau nicht hinausgekommen. Und selbst Europaminister Döring habe die Gelegenheit nicht ausreichend genutzt ...“ usw. „Er hoffe, so Deutschland, dass am morgigen Freitag“ - die jetzige Debatte ist gemeint - „der Landtag und die Landesregierung die Gelegenheit nutzen, die schwache Debatte vom Mittwoch wieder wettzumachen.“

Wir wissen also: Wir sind bei Peter Deutschland „Sucht den Superredner“, und die Jury besteht aus einem hauptamtlichen Apparat. Ich würde mich freuen, wenn wir in Zukunft darauf hinwiesen, dass wir nicht so übereinander urteilen sollten. Die SPD rühmt sich des guten Kontaktes zum DGB. Wir sollten lieber in direkten Kontakt miteinander eintreten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Einzelne Fragen aus der Großen Anfrage sind im Europabericht der Landesregierung eigentlich schon beantwortet. Ich will den Versuch wagen, diese „Glückskeksrhetorik“ zu vermeiden, die dem Motto folgt: Der Mensch und nicht der Markt muss im Mittelpunkt stehen. Dieser Meinung sind wir alle. Die Frage ist nur, wie wir das ausgestalten. Deshalb will ich meinen Beitrag zur „Glückskeksrhetorik“ bringen und sagen: Das größte **europäische Sozialprogramm** ist gerade für uns in Deutschland der **Gemeinsame Binnenmarkt**. Das hätte vielleicht auch in die Rede gehört.

(Beifall bei CDU, FDP und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

In einer Zeit, in der wir alles gern auf Brüssel schieben, will ich einmal die Unterschiede deutlich machen, die uns vielleicht auch hier im Haus trennen. Ich denke, im Ziel sind wir uns einig. Hier bringt auch die Schärfe des Wahlkampfes wenig, die zum Beispiel von der SPD auf Bundesebene mit dem Haifisch eingebracht wurde. Vielleicht bin ich ein wenig empfindlich bei Tiervergleichen in der Politik. Wie dem auch sei, wir sollten darauf hinweisen, wo wir stehen.

Für meine Partei sage ich: Wir sind die Partei der **Subsidiarität**. Wir sind dort, wo es notwendig ist, für ein **starkes Europa**. Wir sind dort, wo es möglich ist, für eine **starke Regionalebene**. Europa braucht keinen Supersozialstaat. Hier unterscheiden wir uns, so glaube ich, denn auch die Ausführungen des Herrn Europaministers waren für mich nicht zustimmungsfähig. Das habe ich deutlich gehört. Wir brauchen keine europäische Sozialunion. Wir brauchen sie vor allen Dingen dann nicht, wenn sie in der Wertigkeit mit der Wirtschafts- und Währungsunion gleichgestellt ist. Das will ich ausdrücklich nicht.

Ich will nicht auf das Thema **Mindestlohn** eingehen. Ich will das kurz erklären, denn wir reden nicht über soziale Mindeststandards. Wenn man sich die Debatten im Europäischen Parlament anschaut, dann liegen wir im Endeffekt gar nicht so weit auseinander. Wir wollen keine vollständige oder weitgehende **Harmonisierung der Sozialsysteme**. Ich bin auch gar nicht sicher, ob Sie wissen, was Sie da sagen und welche Konsequenzen das hätte. Wenn Sie über eine europäische Sozialunion reden, dann denken Sie als Sozialdemokraten wahrscheinlich immer an Schweden, wobei sich in Schweden einiges tut. Bulgarien und Rumänien gehören aber auch zur Europäischen Union. Die dahinterstehenden Sozialphilosophien sind auch sehr unterschiedlich. Ob Sie wirklich zum Beispiel eine

(Niclas Herbst)

Angleichung an die britische Sozialphilosophie wollen, wage ich stark zu bezweifeln. Am Ende heißt es wieder, die Tarifautonomie werde ausgehöhlt. Nein, ich denke, wir sollten hier etwas vorsichtiger sein.

Ich sage ganz klar: Aufgabe der EU ist es, zu koordinieren, zu fördern und Ländermaßnahmen zu unterstützen. Es gibt auch viele Beispiele, in denen das gut funktioniert. Ich will diese einmal aus der Großen Anfrage herausnehmen. Das Zukunftsprogramm Arbeit wurde genannt. Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass europäische Leitlinien in konkrete Programme umgesetzt wurden, und zwar mit europäischen Mitteln, die aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert werden und gute Ergebnisse bringen. So stelle ich mir das vor. Dazu brauchen wir keinen Supersozialstaat, der aus Brüssel einheitlich und harmonisiert alles regelt. Nein, das können wir vor Ort viel besser.

(Beifall bei CDU und FDP)

Man stelle sich einmal vor, wir müssten die **Arbeitsmarktpolitik** wirklich von Brüssel aus harmonisiert betreiben! Glauben Sie wirklich, dass die Arbeitsmarktentwicklung in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren mit der in Spanien vergleichbar ist und dass man da nicht andere Schwerpunkte setzen muss, gerade bei den extremen Situationen? Ich nenne Spanien als negatives Beispiel, seit dort eine sozialistische Regierung an der Macht ist.

Es gibt genügend weitere Beispiele, die es verdient hätten, stärker in den Mittelpunkt gestellt zu werden. Der **Europäische Fonds für regionale Entwicklung** beispielsweise - da kann man genau sehen, wie wir vor Ort die Lissabon-Strategie herunterbrechen - ist ein gutes Beispiel. Dafür brauchen wir keinen Supersozialstaat.

Das **Subsidiaritätsprinzip** muss gestärkt werden. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich möchte damit keine Probleme kleinreden. Gerade die drei genannten Urteile stellen uns vor eine schwierige Situation bei der Abwägung zwischen Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerrechten, ohne Frage. Das beschäftigt uns in diesen Tagen auch konkret im Landtag, wenn wir an die Auswirkungen davon denken.

Wir brauchen beispielsweise eine konsequente **Umsetzung der Entsenderichtlinie**, nicht unbedingt eine neue. Das ist die Balance zwischen Freizügigkeit und Arbeitnehmerschutz. Das wird eine wichtige Aufgabe für das neue Europäische Parlament. Ich sage noch einmal als durchgehendes Motiv mei-

ner Botschaft: Da können wir vor Ort viel mehr tun und regeln und im Sinne der Subsidiarität handeln.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht aufzuzeigen, wo die wesentlichen Unterschiede liegen. Ich sage noch einmal: Wir sind uns sicherlich einig in dem Ziel, für die Menschen in Europa einen **Wirtschaftsraum** zu schaffen, der auch ein **Sozialraum** ist, in dem man gern lebt. Wir sollen uns das nicht zu einfach vorstellen. Europa lebt auch von den Unterschieden, und Europa lebt auch von dem Wettbewerb, durchaus auch vom Wettbewerb der Sozialsysteme. Dabei sollten wir bleiben. Wir sind damit eigentlich ganz gut gefahren. Die Fortschritte sind ja auch aufgezeigt worden. Wir sollten lieber daran arbeiten, die konkreten Fortschritte weiterzuentwickeln, als mit Wahlkampfretorik die Gemeinsamkeiten, die es da vielleicht gibt, zu gefährden.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine Europawahl mit einer hohen Beteiligung, aber auch mit einem politischen Ergebnis, das den Supersozialstaat verhindert und stattdessen die Subsidiarität in Europa stärkt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich weiß nicht, was Peter Dieter Deutschland-Bohlen zu meiner Rede jetzt sagt und wie er sie bewertet. Das ist mir aber - offengestanden - auch ziemlich egal.

Lieber Kollege Herbst, ich habe den Haifisch Ostern in Baden-Württemberg bewundern dürfen. Ich finde das gar nicht schlimm. Ich finde das sehr sympathisch. Erstens grinst der Hai. Zweitens habe ich noch nie so viel FDP-Wahlwerbemittel in Baden-Württemberg oder sonst wo gesehen. Insofern bedanke ich mich bei den Sozialdemokraten. Ich finde, das war eine gute Idee, uns zu plakatieren. Ich gehe davon aus, dass uns das mächtig Stimmenzuwachs einbringen wird.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, **Ziel der europäischen Sozialpolitik** ist es, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu fördern, ein hohes Beschäftigungsniveau,

(Dr. Heiner Garg)

ein hohes Maß an sozialem Schutz sowie die Hebung der Lebensqualität zu erreichen. Die Große Anfrage ist und bleibt auch nach der Rede des Kollegen Fischer, die auch ich eher als Wahlkampfge-töse und Klassenkampf empfunden habe - aber das macht nichts -, eine interessante Ergänzung zu den alljährlichen **Europaberichten** der Landesregierung. Die dort beantworteten Fragen ergeben auf die Themenbereiche Arbeit, Bildung und Forschung sowie Wirtschaft bezogen einen ganz neuen Blickwinkel, der ansonsten in den Europaberichten eher etwas knapp gehalten wird.

Das Besondere an dieser Großen Anfrage ist, dass Themenbereiche abgefragt werden, für die die Europäische Gemeinschaft keine weitreichenden eigenständigen **Kompetenzen** besitzt. Die national zu regelnden Bereiche der Sozialpolitik und die Erreichung sozialer Ziele können deshalb durch grenzüberschreitende Rahmenvorgaben der EU und durch entsprechende Fördergelder ergänzt und unterstützt werden.

Wenn die Menschen in Europa selbst bestimmen - das ist ja der Hauptgedanke des Europas der Völker -, wie und wo sie leben, wie und wo sie arbeiten möchten, dann brauchen sie **Rahmenbedingungen**. Es ist deshalb konsequent, in der Anfrage nach der Vergleichbarkeit und gegenseitigen Anerkennung von Bildungsabschlüssen und der Portabilität von Sozialversicherungsansprüchen zu fragen. Das sind Themenbereiche, für die ein europäischer Rahmen mit Sicherheit notwendig ist. Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in den europäischen Mitgliedstaaten, die Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen und die gewollte Arbeitnehmermobilität werfen in der Praxis insbesondere bei der sozialen Absicherung oder der medizinischen Versorgung Fragen auf, die im **europäischen Kontext** gelöst werden müssen.

Grundvoraussetzung für ein **soziales Europa** ist aber, dass sich die Menschen mit Europa identifizieren können. Dabei müssen wir - darauf ist Kollege Herbst besonders eingegangen - berücksichtigen, dass die Europäische Union mittlerweile eine Gemeinschaft aus fast 500 Millionen Menschen aus 27 Ländern ist, die zueinanderfinden müssen. Das bedeutet, dass unter dem Dach der EU 27 **unterschiedliche Sozialsysteme** bestehen, die auf verschiedensten Traditionen und Lebenswirklichkeiten basieren. Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Herausforderungen lassen sich nicht einfach über einen Kamm scheren und nicht einfach vergleichen. Wir brauchen deshalb maßgeschneiderte **Konzepte**, die

die unterschiedlichen Realitäten in der EU widerspiegeln.

(Beifall bei der FDP)

Andernfalls identifizieren sich die Menschen gerade nicht mit Europa, sondern empfinden es als eine Institution der Bevormundung und Gleichmacherei, die Rahmenbedingungen vorgeben will, die an den individuellen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger zwischen Schweden und Portugal beispielsweise schlicht vorbeigehen, weil man die Realitäten dort nicht zur Kenntnis nehmen will.

Das heißt für uns, dass soziale Reformen in alleiniger **Verantwortung der Mitgliedstaaten** verbleiben müssen. Anstatt die Sozialpolitik womöglich zu vereinheitlichen oder zentral steuern zu wollen, sollten wir die Europäische Union als Plattform für den Austausch und Vergleich der unterschiedlichen Sozialsysteme nutzen, um so in einen Wettbewerb der besten Sozialsysteme treten zu können. Aufgabe der EU muss es dabei sein, diesen Wettbewerb zu ermöglichen, Spielregeln zu schaffen und Spielregeln zu sichern, darüber zu wachen, dass das bisher Erreichte nicht verwässert wird, aber nicht, um den einzelnen Mitgliedstaat zu bevormunden.

Konkret zur Großen Anfrage! Die Große Anfrage versucht, den Rahmen abzudecken, der sich unter der Überschrift „Soziales Europa“ subsumieren lässt. Dabei wurden beispielsweise Fragen nach den in der Vergangenheit für bestimmte Programme ausgegebenen Fördermitteln gestellt. Es ist sinnvoll zu wissen, was alles in Schleswig-Holstein aus EU-Mitteln gefördert worden ist.

Lieber Kollege Fischer, dass aber die Gelegenheit nicht genutzt worden ist, auch nach den konkreten Ergebnissen der Projekte für Schleswig-Holstein zu fragen, die finanziert worden sind, habe ich ein wenig bedauert. Beispiel Gesundheitswesen: Da werden im **Bereich Gesundheitswesen** Projekte aufgelistet, die in den letzten zehn Jahren allein durch rund 14 Millionen € an EU-Fördermitteln mitfinanziert worden sind. Die Projekte reichen von der grenzüberschreitenden Entwicklung der Schwesternausbildung über die Verbesserung der Badewasserqualität bis hin zur Telemedizin. Was sie letztlich für den Standort Schleswig-Holstein konkret bewirkt haben, ist bedauerlicherweise nicht zu erfahren.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das mag neben der Fragestellung vielleicht auch daran liegen, dass „zentrale Übersichten über alle

(Dr. Heiner Garg)

geförderten Projektbereiche hinweg der Landesregierung nicht vorliegen“. Sinnvoll wäre es aber natürlich zu wissen, welche Projekte mit den Steuermitteln der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger zu welchem Ergebnis geführt haben.

Welche konkreten Ergebnisse konnten zum Beispiel aus dem bis 1999 geförderten Projekt der grenzüberschreitenden Schwesternausbildung abgeleitet werden, wenn zehn Jahre später immer noch die fehlende gegenseitige **Anerkennung von Berufsabschlüssen** als gravierendes Hemmnis des grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Arbeitsmarktes bezeichnet wird? Da ist zehn Jahre lang etwas gefördert worden - was ich grundsätzlich begrüße -, und wir haben bis heute noch keine grenzüberschreitende Anerkennung der Abschlüsse. Ich weiß, das liegt an den unterschiedlichen Ausbildungen in diesen Berufen. Trotzdem ist das ein Zustand, der uns nicht zufriedenstellen kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Wurde die grenzüberschreitende Schwesternausbildung auch nach Ablauf der Förderung fortgeführt, und welche Auswirkung hatte dieses gemeinsame Projekt auf die Ausbildungsinhalte in Sønderjylland und in Schleswig-Holstein? Das sind Fragen, die sich zwangsläufig beim Lesen der Antworten der Großen Anfrage stellen, die aber leider nicht wirklich beantwortet werden.

Wenn in der Großen Anfrage als primäres Ziel des europäischen Qualifikationsrahmens - ich zitiere wieder - „die Transparenz von Bildungsabschlüssen im europäischen Vergleich und die Schaffung von **Vergleichbarkeit von Kompetenzen und Qualifikationen**“ genannt wird, dann wäre es sicherlich auch sinnvoll zu wissen, inwieweit deutsche Abschlüsse, Beispiel Gesundheitssektor, im europäischen Ausland anerkannt werden beziehungsweise heute immer noch nicht anerkannt werden.

In der Vergangenheit hat sich die Europäische Union überwiegend auf den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, auf Standards bei den Arbeitszeiten oder auch auf den sozialen Schutz von Wanderarbeitnehmern innerhalb der EU konzentriert. Hier ist einiges geschehen, nicht nur durch Richtlinien und Verordnungen, sondern auch durch gestaltende Urteile des Europäischen Gerichtshofs mit teilweise unmittelbaren Auswirkungen auf die nationale Gesetzgebung.

Die Bürger in der **Europäischen Union** stellen sich aber zu Recht die Frage, was das Europa - wir fordern die Bürger auf, sich daran zu beteiligen und

zur Wahl zu gehen - ganz konkret für sie leistet. Welche **Vorteile** haben sie davon, wenn sie nicht nur im Urlaub ein Europa ohne Grenzen und mit einer - in großen Teilen Europas - einheitlichen Währung erfahren möchten, sondern auch im Arbeits- und im Alltagsleben? Ist der Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe unabhängig von Aufenthaltsort oder Nationalität gewährleistet? Stimmen die sozialen Rahmenbedingungen, oder stehen die Bürger in Europa noch unüberwindbaren Barrieren? Und damit meine ich nicht Sprachbarrieren.

Die Große Anfrage gibt hierzu einen ersten Überblick. Deutlich wird, dass es für viele Bereiche noch keinen einheitlichen Rahmen gibt. So werden zwar in mehreren Mitgliedstaaten erworbene Versicherungszeiten in der Rentenversicherung zusammengerechnet. Eine Regelung, dass beispielsweise Wissenschaftler einmal erworbene versorgungsrechtliche Anwartschaften bei einem Wechsel des Dienstherren nicht verlieren, gibt es aber noch nicht. Hier besteht konkreter Nachbesserungsbedarf.

Es gibt zwar grenzüberschreitende Studienangebote, in denen Studierende in bestimmten Fächern an bestimmten Universitäten einen zweiten akademischen Grad erwerben können. Generell steckt der Prozess der gegenseitigen Anerkennung von Hochschulabschlüssen nach wie vor in den Kinderschuhen. Hier gibt es konkret Nachholbedarf, ohne dass man vereinheitlichen muss.

(Beifall bei der FDP)

Es wird zwar Freizügigkeit in der Europäischen Union gewährt. Deutschland und Österreich bestehen aber als mittlerweile einzige Mitglieder der EU darauf, die Freizügigkeit für die im Jahr 2004 beigetretenen osteuropäischen Länder bis 2011 einzuschränken.

Ich fasse zusammen: Die Antworten auf die Große Anfrage sind mit Sicherheit ein Betrag für mehr Transparenz. Die EU finanziert viele interessante Programme und vielversprechende Ideen, um die entsprechenden Rahmenbedingungen in der europäischen Sozialpolitik auszufüllen. Es gibt viele Richtlinien, Programme und Fördertöpfe. Aber die konkreten Ergebnisse oder Auswirkungen der Programme auf Schleswig-Holstein sind wenig bekannt. Und die wenigen, die bekannt sind, sind, offen gestanden, wenig transparent. An der Stelle lohnt sich das Nachfragen und Nacharbeiten. Genau diese **Intransparenz** ist das Problem, das viele Bürgerinnen und Bürger mit der Institution Europa verbinden.

(Dr. Heiner Garg)

Die Große Anfrage macht deutlich, wie weit der Rahmen für ein **soziales Europa** sein kann. Ich meine aber - insoweit unterscheiden Herr Kollege Fischer und ich uns im Zweifel in der Interpretation der Antworten -, dass noch viele **originär nationale Aufgaben** zu lösen sind. Ich habe drei Beispiele genannt. Herausheben will ich noch einmal den gesamten Bereich der Bildungspolitik.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Mit **Bildung** meine ich wiederum nicht nur die Vermittlung von Sprachkompetenz in einem Europa, in dem es 23 Ansprachen gibt. Bildung ist die Grundvoraussetzung für Teilhabe, damit die Menschen das, was Politikerinnen und Politiker vor uns mit Europa schaffen wollten, auch wirklich nutzen können.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit werde ich meine Rede stark einkürzen, damit Frau Kollegin Spoorendonk auch noch das Vergnügen hat, hier Zuhörer zu finden. - Wir hatten gesagt: 13 Uhr. Ich muss für meine Fraktion ankündigen, dass wir in wenigen Minuten einen Termin haben, weswegen wir auch hier eingeschränkt sind.

Ich komme zum Thema.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin Birk, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Holger Astrup?

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich möchte die Zeit kürzen. Kommen wir deshalb zum Thema.

„Ein Sozialpakt für Europa ist an der Zeit“ - so habe ich meinen Beitrag betitelt. Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

„Europa steht 2009 vor einer Bewährungsprobe: Die Europäische Union muss die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit

ihrer Gründung bewältigen, gleichzeitig stehen die Wahlen zum Europäischen Parlament an. Im Herbst wird eine neue EU-Kommission ernannt.

Auch die Staats- und Regierungschefs haben auf ihrem letzten Gipfel Anfang April in London gezeigt, dass sie den Ernst der Lage noch nicht erkannt haben und den sozialen Folgen des Finanzdebakels ... zu wenig Bedeutung beimessen. Warum hätten sie sonst beschlossen, den geplanten Beschäftigungsgipfel mit allen 27 Staats- und Regierungschefs ausfallen zu lassen?“

Dies formulierte das DGB-Bundesvorstandsmitglied Gabriele Bischoff in ihrem Kommentar in der GEW-Zeitung vom Mai 2009.

Die **europäischen Gewerkschaften** fordern einen **Sozialpakt** für Europa, eine nachhaltige Sozialpolitik, das heißt Mindestlöhne in ganz Europa, einen Schutzschirm für Ausbildungsplätze, eine gründliche Revision der Entsenderichtlinie, um tatsächlich Maßnahmen gegen Lohndiskriminierung, insbesondere bei Leiharbeit, aber auch bei typischen Frauen- und Migrantearbeitsplätzen in allen Europäischen Ländern durchsetzen zu können. Das ist zugegebenermaßen eine Vision, aber wenn man keine Vision hat, kann man auch nicht die ersten Schritte gehen.

Dies unterstützen wir Grünen ebenso wie die Gewerkschaftsforderung nach einer konsequenten **Regulierung der Finanzmärkte**. Wenn die Europäische Union weiterhin diese wesentliche Aufgabe nicht konsequent anpackt, macht sie sich selbst überflüssig. An dieser Stelle sind wir ganz einer Meinung mit dem DGB-Vorstand. Ich bin auch dankbar, dass der Europaminister hier deutliche Worte gefunden hat. Die Grünen haben zur Lösung dieser Aufgabe das Konzept des Green New Deal formuliert.

An dieser Stelle käme ein Block zu diesem Konzept in meiner Rede, den ich aber nicht in aller Breite vortragen, sondern nur skizzieren will. Nur so viel: Eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die sich auf Arbeitsplätze im Bereich Klimaschutz und auf Investitionen in Bildung konzentriert, löst damit die dringendsten und gleichzeitig nachhaltigsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Aus dem Bericht der Landesregierung wird deutlich, wie viel hier noch zu tun ist.

Um mit dem Berichtsthema anzufangen: Es wird sehr deutlich, dass - mit einer großen Kraftanstrengung - die **Umstellung auf das Bachelor- und Masterstudium** zwar formal fast vollendet ist; aber

(Angelika Birk)

vom Ziel, vom Sinn dieser Maßnahme - bessere Studierbarkeit, bessere Lehre, internationale Anerkennung der Abschlüsse, mehr internationaler Austausch - sind wir noch meilenweit entfernt. Das haben auch meine Vorredner betont. Im Gegenteil, wir haben noch nicht einmal die **Prüfungsanerkennung** im innerdeutschen Verhältnis erreicht. Das sind hausgemachte Fehler. Dafür können wir nicht die EU verantwortlich machen; denn sie hat an dieser Stelle gar keine Richtlinienkompetenz. Hier wird mit der sogenannten offenen Methode, also mit dem Wettbewerb der besten Ideen, gearbeitet. Leider reicht aber diese offene Methode noch nicht einmal aus, um mit unserem dänischen Nachbarn die Abschlüsse abzugleichen, sodass sie Anerkennung finden. Auf das Thema sind wir schon verschiedentlich eingegangen. Herr Kollege Garg hat zu Recht das Beispiel Pflege zitiert.

Der Bericht hätte an dieser Stelle ruhig ehrlicher sein dürfen, so wie er die Differenzen und Probleme beim Vergaberecht und die daraus resultierenden Ungerechtigkeiten für die Arbeitnehmerfreizügigkeit immerhin benennt.

An dieser Stelle wäre noch viel zum Thema Berufsbildung und zu den ECDS-Punkten zu sagen. Ähnlich wie bei der Ausbildung an den Universitäten stehen wir hier vor einem Aushandlungsprozess, wie unsere **Berufsbildungsabschlüsse** wechselseitig in den verschiedenen Staaten anerkannt werden. An dieser Stelle nur der Hinweis: Wir haben noch die Drucksache der Landesregierung zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu bearbeiten. Auch hier gibt es „kommunizierende Röhren“ zu diesem Eurothema. Wir werden das im Ausschuss vertiefen.

Ich komme zu meinem letzten Punkt, der aber in dem Bericht überhaupt nicht „angetickt“ wird, obwohl er sehr wesentlich ist, ein Politikum. Es geht um das Thema **Arbeitszeitregelung**. Es war immerhin ein an einem Kieler Krankenhaus arbeitender Arzt, der mit seinem Prozess gegen die langen Bereitschaftszeiten - es geht um die berühmten **36-Stunden-Dienste** - ein wegweisendes Urteil durch mehrere Instanzen auch auf der europäischen Ebene erreicht hat.

(Werner Kalinka [CDU]: Sie haben den Antrag damals abgelehnt! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Damals haben sie noch regiert!)

Viele Menschen atmeten damals auf. Ausgerechnet der bundesdeutsche Arbeitsminister Scholz hat in den letzten Tagen mit seinem Veto - -

(Werner Kalinka [CDU]: Sie haben damals den Antrag zum Thema abgelehnt!)

- Ich möchte mich an dieser Stelle nicht mit dieser Polemik von Ihnen auseinandersetzen. Die war schon damals falsch und wird auch heute nicht richtig, Herr Kalinka.

Viele Menschen atmeten damals auf, wir auch. Ausgerechnet der bundesdeutsche Arbeitsminister Scholz hat in den vergangenen Tagen mit seinem Veto eine humane **Wochen- und Bereitschaftsdiensstarbeitsregelung** auf EU-Ebene blockiert. Das ist nicht das, was wir uns unter einem sozialen Europa vorstellen.

An dieser Stelle kann ich auch nur sehr pauschal sagen, Herr Kollege Garg: Wenn Sie **Wettbewerb** wollen, dann brauchen Sie faire Rahmenbedingungen und ein faires Regelwerk. Das sei auch dem Kollegen Herbst gesagt. Das haben wir natürlich nicht, wenn wir zwar grenzüberschreitenden Waren- und Leistungsverkehr haben, aber die Sicherung rudimentärer Bedürfnisse wie das Recht auf Schlaf nicht gewährleistet ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin Birk, lassen Sie mich bitte zwei Feststellungen machen.

Erstens. Der Ältestenrat hat das Ende der heutigen Tagung auf 13 Uhr festgesetzt, weil die Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Bundesparteitag wollten.

Zweitens. Die Beschlussfähigkeit des Parlaments ist bis zum Ende sicherzustellen, weil nachher noch alle Punkte ohne Aussprache aufgerufen werden.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Nummehr hat für die Abgeordneten des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das im Juli 2008 veröffentlichte Sozialpaket der EU-Kommission ist zweifelsohne ein Schritt in die richtige Richtung - ein Schritt hin zu einem sozialen Europa.

Umso bedauerlicher ist es - ich habe es bereits in der Debatte zum diesjährigen Europabericht angesprochen -, dass die tschechische EU-Ratspräsi-

(Anke Spoorendonk)

denschaft den für Anfang Mai geplanten **Sozialgipfel** abgesagt und weder die Kraft noch den Willen dazu gehabt hat, eine Ersatzveranstaltung vorzuschlagen.

Hauptthemen des genannten Gipfels hätten soziale und arbeitsmarktpolitische Fragen sein sollen, wobei vonseiten der Europäischen Kommission auch angedacht war, erstmals in der Geschichte der Europäischen Union einen Dialog zwischen den Staatschefs der EU und den Sozialpartnern auf europäischer Ebene zu organisieren.

Es mag sein, dass José Barroso als Kommissionsvorsitzender mit so einem Gipfel in erster Linie das soziale Image der Kommission aufpolieren wollte und die Kritiker recht hatten, die befürchteten, dass man damit angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen in Europa viel zu hohe Erwartungen wecken würde. Anders herum ist es eine vertane Chance, die nicht gerade die Glaubwürdigkeit der Ratsmitglieder stärkt, wenn sie in Sonntags- und Wahlkampfreden die **mangelnde soziale Dimension** in der **EU** anprangern.

Für den SSW steht fest: Die Grundlage der europäischen Zusammenarbeit darf sich nicht in der Freizügigkeit von Dienstleistungen, Verkehr und Kapital erschöpfen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen sollte die EU für eine **soziale Staaten-gemeinschaft** stehen, in der nicht nur der Markt regiert, sondern der Sozialstaatsgedanke eine tragende Säule der europäischen Zusammenarbeit bildet.

(Beifall beim SSW)

Lieber Kollege Herbst, ich spreche nicht von einer sozialen Union, ich spreche davon, dass der **Sozialstaatsgedanke** eine tragende Säule in der europäischen Zusammenarbeit sein muss.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Die **Freizügigkeit** der Arbeitnehmer ist somit ein zentrales soziales Thema der EU, von dem das deutsch-dänische Grenzland jeden Tag wieder aufs Neue profitiert.

Tausende Arbeitnehmer, unten ihnen auch viele ohne Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt, konnten in den vergangenen Jahren in Dänemark auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen. Die Entwicklung macht deutlich, dass wir dem Ziel eines grenzüberschreitenden, gemeinsamen Arbeitsmarktes sehr viel nähergekommen sind.

Aber zu den konkreten Problemen zählen immer noch die mangelnden **Sprachkenntnisse**. Daher fordern wir, dass die Landesregierung ihren Worten in dieser Hinsicht auch mehr Taten folgen lässt und den **Dänischunterricht** an den öffentlichen Schulen und den Beruflichen Schulen weiter ausbaut. Denn die Schaffung dieser Art von Rahmenbedingungen müssen wir selbst in die Hand nehmen, wenn wir ein soziales Europa wollen und das **Subsidiaritätsprinzip** auch ernst nehmen. Ohnedem geht es nicht.

Der SSW unterstützt die Landesregierung in ihren Bemühungen, **bilaterale Anerkennungsverfahren** zumindest für die wichtigsten beruflichen Abschlüsse zu erwirken und möglichst vielen **Berufsgruppen** die Möglichkeit zu geben, im Ausland zu arbeiten. Aus der Antwort auf eine von mir gestellte Kleine Anfrage zu dieser Thematik geht aber hervor, wie groß die Hürden sind, zum Beispiel Ausbildungen über die deutsch-dänische Grenze hinweg anzuerkennen.

Befürchtungen, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die daraus resultierende stärkere Konkurrenz vor allem eine **Absenkung der sozialen Standards** bedeutet, werden durch die Antwort der Landesregierung nicht bestätigt. Dennoch können wir uns sicherlich noch alle an das harte Ringen um die Einführung der **EU-Dienstleistungsrichtlinie** erinnern. Der SSW hatte sich damals gegen das **Herkunftsland-Prinzip** ausgesprochen wie die anderen Fraktionen auch, weil es das deutsche Lohn- und Beschäftigungsniveau gefährdet hätte. Der ursprüngliche Entwurf der EU-Richtlinie sah vor, dass Arbeitnehmer EU-weit jeweils nach den Tarifen ihres Heimatlandes entlohnt werden sollten. Damit wären Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein massiv durch Billigkonkurrenz aus dem europäischen Ausland bedroht worden. Die abgespeckte Version der EU-Dienstleistungsrichtlinie wurde schließlich ohne das Herkunftsland-Prinzip beschlossen und von allen auch so begrüßt.

In der genannten Richtlinie gibt es zwar tatsächlich Erleichterungen für die Niederlassung von Dienstleistungsbetrieben in ganz Europa, aber diese müssen sich nunmehr überwiegend an die Bestimmungen, Standards und Gesetze der jeweiligen Länder halten. Ich denke, das ist ein wichtiger Grundsatz im europäischen Miteinander, der den internationalen Wettbewerb fördert, aber faire Rahmenbedingungen für alle Wettbewerber schafft, egal, ob es sich nun um ein ausländisches oder ein einheimisches Unternehmen handelt.

(Anke Spoorendonk)

Die Landesregierung kommentiert ausführlich die Rechtsprechung des **Europäischen Gerichtshofs** in den letzten Jahren oder hauptsächlich des letzten Jahres, die mehr als alles andere die Notwendigkeit verdeutlicht, die **soziale Dimension** in der europäischen Zusammenarbeit zu stärken. Es geht dabei um Antidiskriminierung, um die Stärkung von Arbeitnehmerrechten zum Beispiel durch die Einrichtung eines Europäischen Betriebsrats, und es geht um Tariftreue.

Der SSW setzt sich bekanntlich schon seit vielen Jahren für die **Tariftreue** bei **öffentlichen Aufträgen** ein. Für uns steht daher fest: Wenn die Richter des EuGH unter anderem die Beschränkung auf öffentliche Aufträge als zu selektiv ablehnen, dann ist es unserer Meinung nach durchaus denkbar und vielleicht sogar auch notwendig, Tariftreue auch an **private Aufträge** zu binden.

Die Debatte um das **Tariftreuegesetz** beginnt also jetzt erst richtig. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns in dieser Frage auf sicherem Grund bewegen. Wer nämlich in Schleswig-Holstein kein Geld verdienen kann, weil er sich an Tarife hält und die anderen Anbieter ihm alle Aufträge wegschnappen, der wird entweder den Standort wechseln, Tarife unterbieten oder Beschäftigte entlassen. Auf jeden Fall wird der mittelständisch geprägte **Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein** geschwächt, und die Nachfrage sinkt, weil auch die Löhne sinken.

Genau diese **Abwärtsspirale** beobachten wir tatsächlich schon in einigen Branchen, in denen die Beschäftigten zu Hungerlöhnen arbeiten. Darum fordert der SSW die Einführung eines **Mindestlohns**. Die Landesregierung hat in ihrer Antwort ganz deutlich ihre Position bezogen, dass nämlich die Lohn- und Gehaltstarife in ganz Deutschland gelten müssen, um auch in Brüssel Bestand zu haben. Konsequenterweise müssen wir darum schleunigst die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach einem bundesweit geltenden Mindestlohn umsetzen.

Die Landesregierung kann das über ihre Stimme im **Bundesrat** tun. Die **Bundesregierung** hat mit dem vor wenigen Tagen in Kraft getretenen Mindestarbeitsbedingengesetz die Möglichkeit geschaffen, dass auch in **Branchen**, in denen keine Tarifverträge existieren oder nur eine geringe Tarifbindung besteht, Mindestlöhne eingeführt werden. Ich denke, wir müssen hier am Ball bleiben, denn das ist der richtige Weg.

Auch der **Gesundheitssektor** nimmt breiten Raum in der Beantwortung der Großen Anfrage ein. Die

grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen gehört in Schleswig-Holstein zu den ältesten grenzüberschreitenden Netzwerken überhaupt. Das **Flensburger Franziskus-Krankenhaus** belegt eindrücklich, dass die dänischen Patienten nicht nur helfen, Kapazitäten effizient auszunutzen, sondern dass sie auch in den Krankenhausalltag eingebunden werden. **Zweisprachige Patientenbegleitung** ist nämlich selbstverständlich und eines der ersten grenzüberschreitenden Ausbildungsprojekte überhaupt.

Die Landesregierung verweist in ihrer Antwort auf die **europäische Richtlinie** über die **Ausübung der Patientenrechte** in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, die die Rechtssicherheit für Patientinnen und Patienten verbessern soll. Für Schleswig-Holstein gilt es vor allem, die deutsch-dänischen Patientenverkehre rechtlich abzusichern. Der SSW hatte daher im letzten Jahr ein **deutsch-dänisches Rahmenabkommen** beantragt, um unter anderem einen besseren und schnelleren Zugang der Bewohner des Grenzlandes zu qualitativ hochwertigen Gesundheitsleistungen zu ermöglichen. Noch ist für uns nicht abzusehen, inwieweit die geplante Richtlinie so ein Abkommen ersetzen kann. Wir werden das weiter verfolgen.

Ich möchte aber auch noch einmal deutlich machen: Es ging uns dabei nicht darum, jetzt alles von uns wegzuschieben und alles der Ebene Kopenhagen und Berlin zuzuordnen. Das war nicht der Ansatz. Aber der Ansatz ist, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit dann auch die deutsch-dänische Kooperation im Gesundheitsbereich weiter ausgebaut werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der SSW betrachtet die Große Anfrage als ein Arbeitsinstrument. Ich möchte mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Europaministeriums, auch bei dem Minister für Justiz, Arbeit und Europa für die Beantwortung bedanken. Sie liefert die Grundlage für neue Initiativen und auch für vertiefte Debatten. Sie zeigt aber vor allem in aller Deutlichkeit die aktuelle Entscheidungslage und spricht auch konkrete Probleme an. Darum, denke ich, werden wir gute Anregungen aus dieser Großen Anfrage erhalten.

(Beifall bei SSW und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rolf Fischer das Wort.

Rolf Fischer [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich drei Punkte kurz ansprechen.

Der erste richtet sich an Frau Birk, die nun leider nicht mehr hier ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was heißt „leider“?)

Ein bisschen seltsam berührt es mich schon, dass wir auf der einen Seite immer die hohe Bedeutung von Europa betonen, aber hier mit dem Hinweis auf einen anderen Termin eine doch zentrale Debatte abkürzen. Das empfinde ich - das sollte ihr vielleicht ausgerichtet werden - als nicht ganz guten Stil und auch als nicht sehr überzeugend.

(Beifall bei SPD und CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das liegt auch daran, dass der Minister nicht da war! Das hätten wir einfach erwartet!)

- Vielleicht hören Sie einfach zu, was ich sage.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Habe ich gemacht!)

Das könnte vielleicht von Interesse sein.

Frau Birk hat auf die Entscheidung der Bundesregierung zur **EU-Arbeitsmarktrichtlinie** abgehoben und hat Herrn Scholz vorgeworfen, er habe diese verhindert. Ich will kurz zwei Sätze dazu sagen.

Es geht darum, dass in Deutschland 48 Stunden plus Ausnahmen geregelt sind. Diese **Ausnahmen** sollten von der EU abgeschafft werden. Das geht aber nicht. Das ist in Deutschland tarifvertraglich geregelt, also Sache der **Tarifpartner**. Insofern kann man diesem Kompromiss, der von der EU kommt, gar nicht zustimmen. Die Kritik besteht eher darin, dass es Europa bisher nicht gelungen ist, einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Das, was die konservative Seite möchte, nämlich die Ausdehnung auf 60 Stunden auf europäischer Ebene, ist für uns unerträglich. Deswegen muss das in dieser Form abgelehnt werden.

Das ist auch sozial verantwortlich und dem Tarifvertrag und dem Tarifsysteem geschuldet und insofern auch in Ordnung. Das ist der Sinn der Sache. Schauen Sie bitte nach, dann werden Sie sehen, dass das stimmt. Ich war nämlich darauf vorbereitet, weil ich ja die Pressemitteilung der grünen Kollegen aus Berlin gelesen habe und schon gedacht habe: Das wird sicherlich in irgendeiner Form auftauchen. Insofern bitte ich, das noch einmal nachzulesen. Dann werden Sie sehen, dass ich recht habe.

Dritter Punkt, den ich sagen will - ganz kurz nur als Ergänzung -: Es wird nicht möglich sein, dass Sie eine Wirtschafts- und Währungsunion durchsetzen, ohne die **Sozialunion** gleichwertig dagegengzustellen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das wird aus verschiedenen Gründen nicht möglich sein. Einen Grund möchte ich Ihnen nennen: Sie werden keine Akzeptanz für eine **Wirtschaftsunion** auf europäischer Ebene haben, die sich ausschließlich ökonomisch definiert. Das wird nicht ausreichen, um das Europa, das wir wollen, nämlich das Europa der Bürger - diese Formulierung habe ich heute sehr häufig gehört - zu bekommen. Das geht nur mit einer **Gleichwertigkeit**, die wir danebenstellen müssen. Sonst wird dieses Europa scheitern.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Martin Kayenburg:

Im Rahmen der verbliebenen Redezeit erteile ich dem Herrn Minister für Justiz, Arbeit und Europa, Uwe Döring, das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Erst zu spät kommen und dann reden!)

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa:

Herr Kollege, ich kann nur sagen: Arbeitszeitregelungen gelten für Minister nicht. Insofern überziehe ich hier meine Arbeitszeit etwas.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich höre Ihnen aber zu, Herr Minister!)

- Das ist sehr nett, herzlichen Dank. Ich freue mich immer.

Nur um einiges noch einmal klar zu sagen: Natürlich gehört jetzt in den Redebeiträgen auch ein bisschen Wahlkampf dazu. Es wäre ja merkwürdig, wenn diejenigen, die Politik machen, hier so tun würden, als wenn das nicht der Zeitpunkt wäre. Aber auch das ist irgendwann vorbei, und dann kann man wieder auf andere Weise Politik machen.

Ich möchte nur einige Dinge richtigstellen, um nicht missverstanden zu werden und um an das anzuschließen, was Herr Fischer gerade gesagt hat.

(Minister Uwe Döring)

Ich gebe Ihnen völlig recht, Herr Garg: Der **Binnenmarkt** ist ein Riesenerfolg. Ich muss auch sagen, auch der Binnenmarkt hat **soziale Teile**. Deutschland profitiert enorm vom Binnenmarkt. Dadurch haben wir Arbeitsplätze, weil wir exportieren können, weil wir Handel treiben können, übrigens gerade auch mit den neuen Beitrittsländern, wobei immer gesagt wird: Das ist eine schwierige Sache, das ist eine Bedrohung, möglicherweise nivelliert das alles. Dadurch, dass die **neuen Länder** beigetreten sind, haben wir neue Möglichkeiten, neue Chancen, **Export** zu betreiben, und zwar gerade im **Ostseeraum**, über den wir ja schon häufiger gesprochen haben. Das sind auch gleichzeitig neue Absatzmärkte, und das ist wichtig für **Arbeitsplätze** - um nicht missverstanden zu werden.

Die EU ist als Wirtschaftsgemeinschaft entstanden, und deswegen liegt da zurzeit auch der Schwerpunkt. Deswegen kann man auch keine pauschale Schelte des EuGH betreiben, weil er natürlich die Richtlinien anwenden muss, die vorhanden sind.

Was ich politisch kritisiere, ist, dass die andere Seite zurzeit noch politisch blind ist. Wir haben da nichts, und deswegen können wir auch keine anderen Entscheidungen des EuGH erwarten. Aber wir müssen politisch dafür kämpfen, dass diese andere Seite auch noch gestärkt wird.

Damit rede ich nicht der Gleichmacherei das Wort. Wir haben - zum Teil seit Jahrhunderten - **unterschiedliche Sozialsysteme**. In Dänemark ist vor über hundert Jahren eine völlig andere Weichenstellung erfolgt als bei uns zu Zeiten Bismarcks - etwa zur gleichen Zeit, um die damalige Jahrhundertwende. Das kann ich nicht von heute auf morgen harmonisieren.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Das ist auch gar nicht erforderlich. Aber es müssen sichere Rahmenbedingungen da sein,

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

und es muss so sein, dass das, was die **EU** festlegt, **Mindeststandards** sind.

Das, wofür wir uns alle eingesetzt haben, die **soziale Marktwirtschaft**, ist eine Erfolgsgeschichte Deutschlands. Daran haben alle Parteien mitgewirkt. Daran, dass diese soziale Marktwirtschaft nicht unter die Räder eines freien Binnenmarkts gerät, müssen wir doch alle ein Interesse haben. Ich möchte das nicht harmonisiert haben auf dem Niveau von Rumänien und Bulgarien. Ich möchte,

dass irgendwann Rumänien und Bulgarien unser Niveau haben. Dafür müssen wir uns einsetzen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Im Übrigen sind gut bezahlte **Arbeitsplätze** in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die besten Wirtschaftspartner, die wir uns vorstellen können. Diejenigen, die kein Geld haben, können nichts kaufen. Das heißt, wir müssen dafür sorgen, dass auch da entsprechende Systeme in ihrer Tradition aufgebaut werden. Ich rede damit nicht einer neuen Regelungskompetenz in Brüssel das Wort. Damit haben wir unsere Erfahrungen gemacht. Aber es müssen Mindeststandards gesetzt werden, die jeder einhalten muss. Man muss politisch darüber streiten, auf welchem Niveau diese sich bewegen. Aber dann muss das, was national da ist, abgesichert sein. Es darf nicht sein, dass das, was wir in 50, 60 Jahren hier gemeinsam erarbeitet haben, auf einmal ausgehebelt wird. Wenn das passiert, geschieht genau das, was wir in Diskussionen zur Europawahl jetzt miteinander erleben, nämlich dass die Menschen sagen: „Europa ist für mich eine Bedrohung.“ Das dürfen wir nicht zulassen, sondern die Menschen müssen sagen: „Europa ist ein Erfolgsmodell.“ Wir haben es durch eine lange Friedenszeit, aber wir müssen es auch haben durch eine Friedenszeit im sozialen Bereich und in der Wirtschaft. Dafür setze ich mich ein und nicht für eine Gleichmacherei.

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 16/2611, federführend dem Europaausschuss, mitberatend dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Deutsch-dänische Infrastrukturplanung intensivieren

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
[Drucksache 16/2555](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

(Präsident Martin Kayenburg)

Mit der Drucksache 16/2555 haben die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme vorgelegt. Wer dieser Entschließung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. März 2009

Bericht des Petitionsausschusses
Drucksache 16/2617

Ich erteile dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Detlef Buder, das Wort.

Detlef Buder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle Ihnen heute den aktuellen Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das 1. Quartal dieses Jahres vor. Der Bericht umfasst die Monate Januar bis März 2009.

In diesem Zeitraum haben sich 118 Petenten unserer Hilfe bedient. Die meisten **Petitionen** betrafen die **Bereiche Inneres, Justiz und Finanzen**. 101 Petitionen hat der Petitionsausschuss abschließend beraten. Davon konnten 38 % ganz oder zumindest teilweise im Sinne der Petenten entschieden werden. Mit diesem Ergebnis konnte der Petitionsausschuss seine gute Erfolgsquote der letzten Zeit beibehalten.

Ins neue Jahr startete der Ausschuss mit einem umfangreichen Arbeitspensum. Wir haben in diesen Monaten fünf Sitzungen, zwei Anhörungen, zwei Gesprächsrunden, zwei Ortstermine durchgeführt, eine Bürgersprechstunde in Rendsburg angeboten und am 9. Februar die Justizvollzugsanstalt Lübeck besucht. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Fernsehberichterstattung über unseren Besuch in der Justizvollzugsanstalt hinweisen.

Hinweisen möchte ich auch auf die nächste **Bürgersprechstunde** des Petitionsausschusses. Sie findet am Montag, dem 18. Mai, in der Zeit von 14 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum in Wedel statt. Wir setzen damit eine Tradition fort, die wir wieder aufgenommen haben, und wir werden in dieser Legislaturperiode noch weitere Bürgersprechstunden durchführen.

Um Ihnen einen aktuellen Einblick in die Arbeit des Petitionsausschusses zu vermitteln, nun einige Beispiele.

Zunächst ein Fall, der den Ausschuss Ende März auf die Insel Fehmarn führte: Eine Anwohnerin hatte sich an den Petitionsausschuss gewandt. Haus und Grundstück waren bei Regenfällen durch Überschwemmung erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Petentin machte hierfür die nicht ordnungsgemäße Instandhaltung örtlicher Entwässerungsanlagen verantwortlich. Vor Ort konnten wir feststellen, dass sich die vorgefundenen Entwässerungssituationen erheblich von den Plänen unterschieden, die uns zur Bearbeitung in Kiel vorgelegt worden waren. Jetzt soll die gesamte Entwässerung überarbeitet werden. Konkrete Abhilfemaßnahmen sollen eingeleitet werden. Es soll dort versucht werden, die Gesetze der Physik einzuhalten. Ich gehe davon aus, dass wir dieses Petitionsverfahren in Kürze ganz im Sinne der Petentin abschließen. Das Wasser fließt eben nicht den Berg hinauf. Das haben die in Fehmarn wahrscheinlich noch nicht so richtig begriffen.

Der eben geschilderte Fall zeigt, wie wichtig es sein kann, sich nicht auf vorgelegte Unterlagen zu verlassen, sondern sich selbst ein Bild vor Ort zu machen. Ich freue mich ganz besonders, dass die Kolleginnen und Kollegen immer wieder bereit sind, sich die Dinge vor Ort anzuschauen.

Manchmal ist es auch erforderlich, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, um eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten. Auf diese Weise konnte der Ausschuss einem schwerbehinderten Petenten aus Preetz helfen. Der körperlich schwer beeinträchtigte Mann ist dringend auf einen Umzug in eine behindertengerechte Wohnung angewiesen, verfügt aber nicht über die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel. Der Sachverhalt war aus verschiedenen Gründen problematisch, doch im Rahmen einer Gesprächsrunde hier im Landeshaus konnte gemeinsam mit allen beteiligten Stellen ein konkretes Hilfeangebot für den Petenten erarbeitet werden. Ich bedanke mich an dieser Stelle ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Plön und Bad Segeberg sowie der Stadt Preetz noch einmal ausdrücklich für ihre konstruktive Zusammenarbeit.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Weniger konstruktiv - und auch das gehört zum Bericht des Petitionsausschusses - gestaltete sich hingegen ein Baugenehmigungsverfahren im Kreis

(Detlef Buder)

Pinneberg. Ein Bauinteressent hatte sich beim Petitionsausschuss darüber beschwert, dass seine Bauanfrage abgelehnt worden ist, während ein anderer Bauherr nur wenige Monate später an derselben Stelle ein umfangreiche Baugenehmigung erhalten hat. Der Unmut des Petenten ist sowohl nach Aktenlage als auch nach Ansicht nachvollziehbar. Nach Durchführung eines Ortstermins und einer Gesprächsrunde drängte sich dem Petitionsausschuss der Eindruck der Ungleichbehandlung auf. Während dem Petenten mitgeteilt worden ist, das Grundstück sei unbebaubar, hat der andere Bauinteressent allein durch hartnäckiges Nachhaken sein Ziel erreicht und eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes erhalten können. Wir sind allerdings einhellig der Meinung gewesen, dass Hartnäckigkeit nicht ein Kriterium für die Erteilung einer Baugenehmigung sein kann.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir haben das der erteilenden Behörde auch sehr deutlich mitgeteilt. In seinem Beschluss hat der Ausschuss ausdrücklich beanstandet, dass der Petent nicht ebenso wie der andere Bauinteressent auf alternative Bebauungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht wurde.

Der hier entstandene Eindruck, dass mit zweierlei Maß gemessen wurde, widerspricht den Vorstellungen des Petitionsausschusses von einer bürgerfreundlichen, rechtskonform handelnden Verwaltung.

Mit diesen Beispielen aus unserer aktuellen Arbeit komme ich zum Schluss und bitte Sie, die Erledigung der Petitionen aus dem 1. Quartal 2009 zu bestätigen, damit wir in das wohlverdiente Wochenende gehen können.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 16/2617 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Stand und Perspektiven von Denkmalschutz und Denkmalpflege in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2644

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2654

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD, Drucksache 16/2654, abstimmen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist einstimmig angenommen.

Ich lasse jetzt über den Antrag der FDP, Drucksache 16/2644, in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 16/2651

Wir werden über die Punkte der Tagesordnung, für die eine Aussprache nicht vorgesehen ist, mit Ausnahme des Punktes 26 - Stand und Perspektiven von Denkmalschutz und Denkmalpflege in Schleswig-Holstein -, über den vorhin abgestimmt worden ist, in einer Gesamtabstimmung beschließen. Voraussetzung dafür ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Widerspruch sehe ich nicht.

Die entsprechenden Voten der Ausschüsse und der Fraktionen entnehmen Sie bitte der Sammeldrucksache 16/2651.

Ich weise daraufhin, dass in die Sammeldrucksache die Tagesordnungspunkte 14 und 27 mit den entsprechenden Empfehlungen einbezogen werden müssen. Dem ist einvernehmlich bereits zugestimmt worden.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 16/2651 in der soeben ergänzten Fassung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Da-

(Präsident Martin Kayenburg)

mit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Ich gebe bekannt, dass der Beginn der nächsten Tagung des Landtags, der 44. Tagung, am 17. Juni 2009, 10 Uhr, sein wird.

Ich wünsche allen ein erholsames Wochenende. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:29 Uhr